

Geschichte der RAF

Zunächst einmal stellt sich die Frage, was die RAF eigentlich ist. RAF bedeutet Rote Armee Fraktion. Sie entstand vor fast 29 Jahren am 14. Mai 1970 in einer Befreiungsaktion und hatte die Absicht die Gesellschaftsordnung der BRD zu zerstören.



Wichtige Mitglieder der linksgerichteten Terroristengruppe waren Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Holger Meins, Manfred Grashof, Jan-Carl Raspe und die zuletzt gefasste Ulrike Meinhof. Durch die Festnahme dieser Personen im Juni 1972 schien der Krieg der „6 gegen 60 Millionen“, wie Heinrich Böll es ausdrückt, vorüber zu sein. Doch die schlimmsten RAF-Terrorjahre - verübt durch die Nachfolge-Generation - lagen noch vor der Bundesrepublik. Sie fanden 1977 mit der Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback, des Bankiers Jürgen Ponto, sowie dem Mord an Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer und der Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut“ ihren Höhepunkt.

Vorläufer der RAF war die Baader-Meinhof-Gruppe, die nach der Studentenrevolte Ende der 60er Jahre die Polizei in Atem hielt. Begonnen hatte alles 1968 in Frankfurt, als Baader und Ensslin mit 2 Komplizen in der Nacht zum 3. April mit primitiven selbstgebauten Brandsätzen in einem Kaufhaus Feuer legten, um ein Zeichen gegen den Vietnam-Krieg zu setzen. Im Oktober wurden sie wegen versuchter menschengefährdender Brandstiftung zu 3 Jahren Haft verurteilt. Im Juni 1969 kamen sie auf freien Fuß - Baader wurde zunächst eine Haftverschonung zuerkannt. Er entzog sich aber der Reststrafe und wurde im April '70 in Berlin erneut gefasst. Gut 5 Wochen darauf wurde er unter anderem von der Journalistin Ulrike Meinhof befreit. Kurze Zeit später beginnt unter Führung von Baader und Meinhof der Aufbau der RAF. Dies war der Beginn des „bewaffneten Kampfes“, der sich vor allem gegen das „imperialistische System“ in der BRD, gegen die NATO und gegen den „Militärischen Komplex“ richtete.

Politischen Nährboden fand die RAF anfangs bei der außerparlamentarischen Opposition. Sie machte nach dem Tod von Benno Ohnesorg im Juni '67 sowie dem Anschlag auf Rudi Dutschke Ostern '68 keinen Unterschied mehr zwischen der „Gewalt gegen Sachen“ und der „Gewalt gegen Personen“. Im April '70 wurde das Arbeitszimmer des Berliner Kammergerichtspräsidenten Günter von Drenkmann in Brand gesteckt. Auf dem Plakat, das die Brandstifter neben Fotos von Baader zurückließen, prangte der Satz: „Macht kaputt, was euch kaputt macht.“ Im Juni '72 wurden Baader, Meinhof und Ensslin verhaftet, was die RAF lähmte.

Nachdem der „harte Kern“ der RAF mit Meinhof, Ensslin, Raspe und Meins festgenommen worden war, trat bei der 2. Generation die Befreiung der Gesinnungsgenossen und der Kampf gegen das System der Bundesrepublik in den Vordergrund. Im April '75 überfiel ein „Kommando“ die Deutsche Botschaft in Stockholm, um ihren Führungskader freizupressen. 2 RAF-Mitglieder und 2 Botschaftsangestellte werden durch einen Sprengsatz getötet, als die Forderung nicht erfüllt wurde. Am 8. Mai '76 wurde Ulrike Meinhof in ihrer Zelle tot aufgefunden. Man vermutete Selbstmord.



Im blutigsten Terrorjahr der RAF 1977 werden am 7. April Buback, sein Fahrer und ein Polizist auf offener Straße erschossen. Am 30. Juli stirbt Ponto, als er sich seiner Entführung widersetzt. Fünf Wochen später töten Terroristen vier Begleiter von Hanns Martin Schleyer und entführen ihn; die Forderung war, die Freilassung von 11 RAF-Mitgliedern. Als der Krisenstab unter Bundeskanzler Helmut Schmidt auch nach der Entführung einer Lufthansamaschine mit 91 Menschen an Bord, welche dann durch die GSG 9 Einheit befreit wurden, nicht auf die Forderungen eingingen bedeutete das den Tod für Schleyer. Darauf nahmen sich Baader, Ensslin und Raspe am 18. Oktober in ihren Zellen in Stammheim das Leben.

Der Tod ihres Führungskaders schwächt die RAF für Jahre. Weiter Attentate, wie etwa auf NATO-Oberbefehlshaber Alexander Haig und US-General Frederick Kroesen schlugen fehl. Und als 1982 Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt und Adelheid Schulz gefasst wurden ging auch die Gewalt der 2. Generation zu Ende.

Der folgenden Generation legen die Behörden unter anderem die Morde am Vorstandsvorsitzenden des Rüstungskonzerns MTU, Ernst Zimmermann (1985), an Siemens-Manager Karl Heinz Beckurts (1986), an dem Diplomaten Gerold von Braunmühl (1986) sowie an dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen (1989), und an Treuhandchef Detlev Karsten Rohwedder (1991) zur Last.

Im April 1992 kündigte die RAF den vorläufigen Verzicht auf Anschläge gegen führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat an. Mit dem Sprengstoffanschlag auf den Neubau der Justizvollzugsanstalt in Weiterstadt bei Darmstadt im März '93 zeigte jedoch die RAF-Kommandoebene erneut ihre Aktionsbereitschaft. Mit dem Tod von Wolfgang Grams und der Verhaftung von Birgit Hogefeld im Juli '93 in Bad Kleinen galt die Rote Armee Fraktion als zerschlagen.

Von 1971 bis 1993 kamen mindestens 30 Menschen bei RAF-Anschlägen ums Leben. In der Gesellschaft blieb die RAF immer isoliert. Nach mehr als 20 Jahren bewaffneten Kampfes hat die RAF nun im April 1998 in einem Brief an die Nachrichtenagentur in Bonn ihre Selbstauflösung bekannt gegeben - sich dabei Entschuldigt und Fehler eingestanden.



„Es ist uns nicht möglich, auf eine glatte und fehlerlose Geschichte zurück-zublicken“, heißt es in dem achtseitigen Schreiben. Unterzeichnet ist es mit „Rote-Armee-Fraktion“ und mit dem typischen Emblem - dem fünfzackigen Stern mit Maschinen-pistole. Es würdigt all die, die sich dafür entschieden hätten, „im bewaffneten Kampf alles zu geben und in ihm gestorben sind“. Genannt werden unter Anderem die Führungsmitglieder der einstigen „Baader-Meinhof-Gruppe“.

Durch den RAF-Terror bekam der Begriff „innere Sicherheit“ eine neue Bedeutung, das Strafrecht hat sich seit der Zeit grundlegend verändert. Die Attentate der sich selbst als Stadtguerilla verstehenden Linksterroristen beeinflussten die Gesetzgebung und Justiz wie nie zuvor.

Bis zum heutigen Tag verbüßen noch mehrere RAF-Mitglieder zum Teil lebenslange Haftstrafen. Oft haben Freunde und Angehörige deren Freilassung gefordert - jedoch vergeblich. Denn die RAF war Staatsfeind Nr. 1.

Die RAF - Rote Armee Fraktion

A. Schmitt

I. Die Entstehung der RAF

1. Die Gründer
2. Der politische und gesellschaftliche Hintergrund
3. Die Entstehung des Namens

II. Der Organisationsaufbau

III. Die Sympathien im Volk

IV. Der „harte Kern“ (Die 1.Generation)

1. Bombenanschläge
2. Unterstützung durch weitere linksradikale Gruppierungen
3. Verhaftung der Führungsebene

V. Die 2.Generation

1. Die Mitglieder
2. Die Aktionen:
 - Geiselnahme in der deutschen Botschaft in Stockholm
 - Ermordung des Generalbundesanwalts Siegfried Buback und des Vorstandsvorsitzenden der Dresdner Bank Jürgen Ponto
 - Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer
 - Entführung der Lufthansamaschine „Landshut“ und die Folgen
 - Anschlag auf den NATO-Oberbefehlshaber in Europa Alexander Haig
 - Anschlag auf den Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa Friedrich Kroessen
 - Überfall auf das Hauptquartier der US-Streitkräfte in Rammstein
 - weitere Anschläge

VI. Die Mithilfe der Bevölkerung

VII. Die Auflösung

Deutschreferat von Anja Schmitt, Klasse 11c

Die RAF - Rote Armee Fraktion

Als Gründer gelten:

Andreas Baader

- geb. 06. Mai 1943 in München
- wächst ohne Vater auf
- faul, aber sehr intelligent, hat eine ausgeprägte Willensstärke
- Studium sozialer Fragen
- zieht im Alter von 20 Jahren nach Berlin, lernt dort G. Ensslin kennen

Ulrike Meinhof

- geb. 07. September 1934 in Oldenburg
- wächst ohne Vater auf
- beliebt, intelligent, überzeugte Christin
- engagierte sich gegen Atomwaffen und für den Frieden
- Sprecherin des „Anti-Atomtod-Ausschusses“
- studierte Pädagogik und Psychologie
- Mitglied im SDS (**S**ozialistischer **D**eutscher **S**tudenten**b**und)
- 1960 Chefredakteurin bei „konkret“ (eine linke Studentenzeitschrift)
- 1961 Heirat, später bekommt sie Zwillinge
- nach der Scheidung 1968 nach West-Berlin

Gudrun Ensslin

- geb. 1940 in der Schwäbischen Alb
- klug, sozial, sprachgewandt, Tochter eines Pfarrers
- gründete 1963 den Kleinverlag „Studio für neue Literatur“ mit ihrem Verlobten
- gewann immer mehr Abstand vom Elternhaus

Die Studentenunruhen im Jahre 1968 richteten sich vor allem gegen

- die Verlogenheit der Politik,
- die Vertuschung der Nazi-Verbrechen,
- die veralteten Methoden, nach denen an Universitäten gelehrt wurde
- die USA, welche Krieg gegen den Vietnam führte,
- den Schah von Persien, welcher in Deutschland mit allen Ehren empfangen wurde, obwohl er die Opposition in seinem Land niedergeschlagen hatte
- das übertrieben harte Durchgreifen der Polizei gegen Demonstranten, besonders gegen Studenten (der Student Benno Ohnesorg wurde von einem später freigesprochenen Polizisten erschossen, er fühlte sich von dem Studenten bedroht)

— dies führte zur Radikalisierung

In der Presse, vor allem der BILD-Zeitung, wurde immer häufiger falsch berichtet. So wurde aus dem geplanten „Pudding-Attentat“ auf US Vizepräsident Hubert Humphrey ein „Bombenattentat“.

Ulrike Meinhof schrieb danach in „konkret“: „Nicht Napalmbomben auf Frauen, Kinder und Greise abzuwerfen, ist demnach kriminell, sondern dagegen zu protestieren. Es gilt als unfein, mit Pudding und Quark auf Politiker zu zielen, nicht aber, Politiker zu empfangen, die Dörfer ausradieren lassen und Städte bombardieren.“

Die Studenten selbst hatten mit dem später einsetzenden Terrorismus nichts zu tun, doch die gleiche Verbitterung führte zur Bildung der RAF.

Zu Beginn waren die Demonstranten Idealisten ohne Maschinenpistolen. Ulrike Meinhof betonte, Frieden könne man nur durch Waffenlosigkeit gewinnen. Das harte Durchgreifen

der Polizei bewirkte bald das Gegenteil. Meinhof jetzt: „Jede politische Arbeit ist perspektivlos, wenn man nicht gleichzeitig auch die Bewaffnung betreibt.“

Der 2. April 1968 gilt als die Geburtsstunde der RAF. Gudrun Ensslin, Andreas Baader und zwei Freunde (Thorwald Proll und Horst Söhnlein) legten einen Brandsatz im Frankfurter „Kaufhaus Schneider“. Im „Kaufhof“ wurde ein weiterer Sprengsatz versteckt. Wer hier die Täter waren, konnte nicht eindeutig nachgewiesen werden. Es entstand zwar ein Sachschaden von insgesamt 673204 DM, Menschen wurden aber nicht verletzt, da die Sprengsätze um Mitternacht detonierten.

Zwei Jahre später, am 14. Mai 1970 war Ulrike Meinhof in den Untergrund abgetriftet. Sie befreite Baader, der bei dem Versuch, Waffen zu beschaffen, geschnappt worden war, gewaltsam aus der Haft. Dabei wurde ein 62-jähriger Justizbeamter durch einen Leber-Steckschuß getötet.

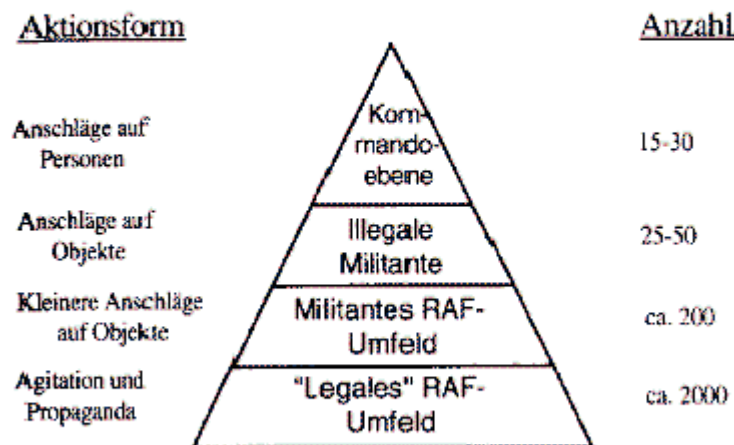
Es war der Anfang einer Eskalation der Gewalt.

In der Öffentlichkeit nannte man die Organisation „Baader-Meinhof-Gruppe“ oder „Baader-Meinhof-Bande“. 1971 verfasste Ulrike Meinhof ein Manifest zur korrekten Selbstdarstellung der Gruppe: Das „Konzept Stadtguerilla“. Darin tauchte zum ersten Mal der Begriff „Rote Armee Fraktion“ auf. Auf der Titelseite war eine Kalaschnikow-Maschinenpistole abgebildet.

· Folie 1

Über den Namen wurde gemeinsam entschieden. Erst im Nachhinein kamen einigen Mitgliedern Zweifel: RAF ist auch die Abkürzung für Royal Airforce (britische königliche Luftwaffe), die im 2. Weltkrieg zahlreiche Bomben über Deutschland abwarfen.

Auch die Bezeichnung „Rote Armee“ weckte bei den Bürgern nicht gerade freundliche Assoziationen.



- Quelle: Bundeskriminalamt TE 23 -

Organisationsaufbau der RAF

Die Ideen der Terroristen wurden in zahlreichen „Terroristischen Schriften“ in Form von Flugblättern und kleineren Zeitschriften an die Öffentlichkeit weitergegeben.

· Folie 2

Um das Aufspüren wichtiger und belastender Unterlagen und Waffen durch die Polizei zu vermeiden, legte man sog. „Erddepots“ an.

· Folie 3

Am 16. Mai 1971 veröffentlichte das Allensbacher Meinungsforschungsinstitut die Ergebnisse einer Repräsentativumfrage zum Thema „Baader-Meinhof: Verbrecher oder Helden?“

Bei 1000 Befragten

- fanden 18%, die RAF handele „auch heute noch aus politischer Überzeugung“
- äußerten 31% keine Meinung
- kannten 82% die RAF

- Jeder vierte Bürger unter 30 gestand „gewisse Sympathien“ für die RAF ein.
- Jeder zehnte Norddeutsche erklärte sich bereit, gesuchte Untergrundkämpfer für eine Nacht zu beherbergen. Im Bundesdurchschnitt war es jeder zwanzigste.

Zu dieser Zeit hatte die RAF noch viele Sympathisanten in der Bevölkerung. Mit der zunehmenden Gewaltbereitschaft der Gruppe nahm die Beliebtheit rapide ab.

Die zunehmende Gewaltbereitschaft soll hier anhand des Monats Mai 1972 aufgezeigt werden:

Im Mai 1972 verminten die amerikanische Luftwaffe Häfen in Nordvietnam. Als Gegenaktion bereitete die RAF mehrere Bombenanschläge auf amerikanische Einrichtungen vor:

- 11. Mai: Drei Rohrbomben verwüsteten das Eingangsportal und Offizierscasino des V. US-Korps im IG-Farben-Haus in Frankfurt/Main. 13 Verletzte, ein Toter.
- 24. Mai 1972: Bombenanschlag auf den Kassernenblock 28 der US-Armee in Heidelberg. Drei Tote, fünf Verletzte.

Weitere Bombenanschläge:

- 12. Mai 1972: In der Augsburger Polizeidirektion detonierten zwei Stahlrohrsprengkörper. Fünf Verletzte.
- 12. Mai 1972: Ein mit Sprengstoff beladener Ford 12M flog auf dem Parkhof des Münchner Landeskriminalamts in die Luft. 60 Autos werden demoliert, zahlreiche Fensterscheiben in der Umgebung zerbrachen.
- 15. Mai 1972: Das Auto des Bundesrichters Buddenberg explodierte in Karlsruhe. Seine Frau saß am Steuer und wurde schwer verletzt.
- 19. Mai 1972: Explosion mehrerer Bomben im Hamburger Axel Springer Verlag. 17 Verletzte, zwei davon schwer.

Bei einigen Anschlägen hatte die RAF Unterstützung von weniger straff organisierten, linksradikalen Gruppierungen, z.B. die „Bewegung 2. Juni“ oder die „Revolutionären Zellen“ (RZ). Die RZ verübte jedoch im Gegensatz zur RAF und der „Bewegung 2. Juni“ nie Anschläge auf Personen, sondern nur auf Gebäude.

Der sog. „Harte Kern“ (z.B. Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Holger Meins) wurde innerhalb weniger Wochen im Jahre 1972 verhaftet, da Horst Herold, Leiter des Bundeskriminalamtes Wiesbaden, ein in seiner Größe in Deutschland noch nie dagewesenes Fahndungsnetz aufgebaut hatte.

Zunächst kam jeder Gefangene in eine andere Haftanstalt. Kontakte zu Gleichgesinnten waren strengstens untersagt. Die RAF hatte sich in der Haft einen Verhaltenskatalog aufgestellt: Kein Wort zu den „Pigs“, vor allem zu Ärzten. Keine Mithilfe, aber auch keine Provokation.

Ende 1972 traten die verhafteten Mitglieder der RAF in Hungerstreik, um die Haftbedingungen zu verbessern. Der Streik dauerte 2 Monate. Weitere Hungerstreiks folgten, Holger Meins starb am 9.11.1974 an den Folgen seiner Unterernährung. 1974 wurden die Gefangenen in den Hochsicherheitstrakt der eigens hierfür umgebauten Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim verlegt.

Trotz der Verhaftung der Führungsspitze der RAF gingen die Anschläge weiter. Durch ein neu aufgebautes Informationssystem namens „Moby Dick“ verständigten sich die Gefangenen untereinander und mit der Außenwelt. Über die im Frühjahr 1973 noch

unkontrollierte Verteidigerpost wurden beispielsweise Nachrichten an die einzelnen Gefangenen verteilt.

Eine neue Generation der RAF bildete sich heran. Sie wollten „weniger planen und mehr handeln“.

· Folie 4

So wurde am 25. April 1975 die deutsche Botschaft in Stockholm überfallen und elf Geißeln genommen. Unter ihnen der deutsche Militärattaché Andreas Baron von Mirbach, welcher von den Terroristen erschossen wurde, um ihre Entschlossenheit zu demonstrieren. Man forderte die Freilassung von 26 Gefangenen aus der BRD, unter ihnen Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Jan-Carl Raspe und Gudrun Ensslin. Die Bundesregierung blieb hart, man wollte den Forderungen nicht nachgeben. Die Terroristen drohten, stündlich eine Geisel zu erschießen. Sprengstoff wurde jedoch versehentlich von den Besetzern zur Explosion gebracht. Drei Tote und mehrere Verletzte waren das Resultat.

Drei Wochen nach dem Anschlag begann der Prozeß gegen den „harten Kern“ der RAF in Stuttgart-Stammheim.

1977 erreichte der Linksterrorismus seinen Höhepunkt. Im September wurde Generalbundesanwalt Siegfried Buback ermordet, wenig später der Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank, Jürgen Ponto.

Im September wurde Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer entführt, um die Freilassung von RAF-Häftlingen zu erreichen.

· Folie 5

Zur Bestärkung dieser Forderung entführte ein palästinensisches Terrorkommando die Lufthansamaschine „Landshut“ nach Mogadischu in Somalia, wodurch die internationale Zusammenarbeit des Terrorismus offenbar wurde. Bereits 1970 wurden Mitglieder der RAF, unter anderem die gesamte Führungsebene, im Nahen Osten von den palästinensischen Terroristen nach deren militanten Methoden ausgebildet.

Die Regierung Schmidt/Genscher blieb aber gegenüber den Forderungen der Terroristen unnachgiebig. Das Sonderkommando des Bundesgrenzschutzes „GSG 9“, welches eigens zur Bekämpfung des Terrorismus gegründet worden war, befreite alle Flugzeuggeiseln, nachdem der Flugkapitän Jürgen Schumann hingerichtet worden war. Schleyer wurde nach dem fehlgeschlagenen Terrorakt ermordet.

Diese mißlungene Doppelaktion im sogenannten „Deutschen Herbst“ veranlaßte die inhaftierten Führer der RAF, Selbstmord zu begehen. Ulrike Meinhof erhängte sich bereits am 8. Mai 1976 in ihrer Zelle in Stuttgart-Stammheim.

In der Folgezeit verübte die zweite und dritte Generation der RAF unter Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt weitere Anschläge, z.B. auf den NATO-Oberbefehlshaber in Europa, Alexander Haig im Juni 1979 und auf den Oberbefehlshaber der U.S.-Streitkräfte in Europa, Friedrich Kroesen, im September 1981, die beide fehlschlagen. Ein Überfall auf das Hauptquartier der U.S.-Streitkräfte in Ramstein im August 1981 kostete zwei Soldaten das Leben, zwanzig wurden verletzt.

· Folie 6

In den 80er Jahren fielen noch weitere Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft der RAF zum Opfer, z.B. der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Dr. Alfred Herrhausen (1989).

· Folie 7

Weitere Attentate folgten (Folie 8), welche die Bundesbürger immer wieder in Angst und Schrecken versetzten. Neue Gesetze im Strafrecht wurden nötig, um gegen die Terroristen vorgehen zu können. Auch die Bevölkerung wurde um Mithilfe gebeten.

· Fahndungsplakat, Vorwort des Bundesministers des Inneren (Folie 9)

Doch insgesamt nahm der Linksterrorismus an Bedeutung immer weiter ab. Der Zusammenbruch der DDR und die offene Abkehr führender in Haft befindlicher RAF-Terroristen vom gewaltsamen „Kampf“ führten dazu, dass die RAF im April 1992 erklärte, man werde „Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat“ vorerst einstellen. Durch den Verlust jeglicher Organisation, bildeten sich einzelne Splittergruppen aus der Hausbesetzerszene und radikalen Atomgegnern, die aber nur unerhebliche Attentatsversuche unternahmen.

Im Frühjahr 1998 erhielt das Bundeskriminalamt einen Brief von der RAF, in dem die „Waffenniederlegung“ und die Auflösung der militanten Organisation bekannt gegeben wurde.

Quellen:

- Aust Stefan: Der Baader-Meinhof-Komplex
Hamburg, 1986
- Fachredaktionen des Bibliographischen Instituts (Hrsg.): Schüler Duden Politik und Gesellschaft
Mannheim, Leipzig, 1992
- Schieren Stefan, Schumacher Stephan, Wesche Katrin, Weidemann Jens: Staat, Wirtschaft & Recht
Bergisch Gladbach, 1995
- F.A. Brockhaus (Hrsg.): dtv-Brockhaus-Lexikon Band 2
Mannheim, 1989
- Informationen der Polizei Erlangen
- Zeitungsberichte aus den Nordbayerischen Nachrichten vom 31.10.1997 und vom 02.04.1998
- Bericht in der Zeitschrift „Der Spiegel“, Ausgabe 42/1997: „Wir waren sehr deutsch“ über Birgit Hogefeld.
- Dokumentationsreihe des Fernsehsenders ARD: „Im Fadenkreuz - Deutschland und die RAF“

Ideologie und Strategie der **Rote Armee Fraktion**

Vorwort

Ideologie und Strategie der **Rote Armee Fraktion**: Was bewegt eine geringe Anzahl von jungen Menschen dazu, ihr bisheriges Leben hinter sich zu lassen, ihre Identität aufzugeben, sämtliche soziale Bindungen zu sprengen, und mit der letztlichen Konsequenz - des eigenen Lebens - gegen einen demokratischen Rechtsstaat mit den Mitteln der Gewalt zu Felde zu ziehen? Welche Motivation ist ausschlaggebend dafür, daß die einzige Möglichkeit, Mißstände zu beseitigen, darin gesehen wird, diesen verhaßten Staat mittels Brand-, Bombenanschlägen und sogar Mord in seinen Grundfesten zu erschüttern? Das "Warum" - also die ideologische Begründung der **Rote Armee Fraktion** - ist mit Sicherheit einer der Fragen, die niemals abschließend beantwortet werden kann, vielleicht nicht einmal von den Beteiligten selbst. Führt man sich vor Augen, wie vielfältig die Faktoren sind, die hier hineinspielen, so muß einleuchten, daß ein globaler Erklärungsversuch zum Scheitern verurteilt ist.

Nicht nur die persönlichen, eigenständigen Lebenserfahrungen der beteiligten Personen spielen eine gewichtige Rolle, hinzu kommen die Bereiche der Gruppendynamik, Isolation, oftmals auch eine Fehleinschätzung der tatsächlichen Gegebenheiten bis hin zum Realitätsverlust, psychischer Druck durch Fahndung und letztlich auch das Verhalten des "Gegners" - also der Staatsmacht - und die Reaktionen aus der Bevölkerung. Diese ganzen Faktoren, die mit Sicherheit nicht abschließend sind, haben möglicherweise Einfluß auf das Entstehen der **Rote Armee Fraktion** überhaupt und auf die anschließenden Gewaltakte Einfluß genommen. Somit halte ich es für vermessen, eine Erklärung über die Motivation dieser linksterroristischen Gruppe abzugeben, die den Anspruch erhebt, vollkommen zu sein. Es muß vielmehr Ziel sein, einzelne Thematiken aus der Gesamtheit dieser Faktoren herauszunehmen, und anhand dieser versuchen zu erklären, warum dies zu einer ideologischen Begründung herangezogen werden könnte. Hierbei sei gleich vorweg angemerkt, daß die Umschreibung "ideologische Begründung" keinesfalls gleichzusetzen ist mit einer Rechtfertigung oder Legitimation.

Bevor ich in die eigentliche Thematik einsteige, will ich noch kurz ein paar Worte über den Terrorismus allgemein verlieren. Hier stellt sich zunächst die Frage, was Terrorismus überhaupt ist. Nach Konrad Hobe ist er " [...] das Verbreiten von Schrecken durch unberechenbare und überraschende, aber systematisch eingesetzte Gewalttaten, um politische Ziele zu erreichen."

Viele Wörterbücher definieren den Terrorismus auch als ein System der Angst oder Schreckensherrschaft.

Der Historiker Walter Laquer hingegen macht bezüglich einer umfassenden Definition des Terrorismus folgende Aussage: "Eine solche Definition gibt es nicht, und es wird sie auch in naher Zukunft nicht geben.". Diese Aussage beruht hauptsächlich darauf, daß es den "Terrorismus" schon sehr lange in den unterschiedlichsten Facetten gegeben hat, vom griechischen und römischen Tyrannenmord bis hin zu den heutigen Terroristengruppen. Er ist also mitnichten ein neuerliches gesellschaftliches Schreckgespenst. Dieses gesamte Spektrum unter eine allgemeingültige Definition zu subsumieren, mit all seinen unterschiedlichen Zielrichtungen, Ideologien und Strategien, dürfte nur schwerlich zu erreichen sein. Selbst unter den neueren Terrorismusgruppierungen gibt es die unterschiedlichsten Formen in Bezug auf Zielrichtung, Ideologie und Strategie. Man kann hier unterscheiden in separatistische Bewegungen (z. B. ETA in Spanien, IRA in Nordirland), sozialrevolutionäre Aufstandsbewegungen gegen diktatorische Regimes (z. B. Guerillabewegungen in Südamerika) und schließlich die sozialrevolutionären Gruppierungen, welche gegen demokratische-parlamentarische Systeme (z. B. Brigade Rosse in Italien, RAF in Deutschland) ankämpfen. Nicht vergessen werden darf natürlich

auch der staatlich oder privat ausgeübte Terrorismus (z. B. Diktaturen, Ku Klux Klan in den USA).

Wobei sich viele Formen des oben genannten Terrorismus von selbst erklären, wie beispielsweise die Unabhängigkeitsbestrebungen in Nordirland oder die gewaltsame Auflehnung gegen ein diktatorisches Regime sowie der Versuch eben dieses Regimes, seine Macht durch Gewaltanwendung zu etablieren, so erscheint dem objektiven Beobachter die Gewaltanwendung gegen ein demokratisch-parlamentarisches Regierungssystem, wie die BRD, durch eine Gruppierung als vermutlich am unverständlichsten. Diese Gruppierungen haben auch in stärkerem Maße versucht, ihre Taten ideologisch zu rechtfertigen, hauptsächlich Grundlagen bilden hierbei die Erklärungen zu sogenannten "Aktionen", wie beispielsweise die erste Erklärung des Kollektivs **Rote Armee Fraktion** anlässlich der Baader-Befreiung am 14.05.1970 aus der Bibliothek des Zentralinstituts für soziale Fragen in Berlin: "Die Rote Armee aufbauen". Diese ideologischen und strategischen Ansatzpunkte herauszuarbeiten und aufzuzeigen, werde ich auf den folgenden Seiten versuchen.

1. Wie alles anfang

"Also da fängt denn meine Geschichte an. Solange du angepaßt bist, kriegst du ja nie einen Widerspruch mit, hast du nur eine instinktive Abneigung, sagen wir mal gegen eine Belastung, gegen Streß, gegen den Leistungsdruck, in dem du drin bist, den machst du ja mit, automatisch, weil du ja nichts anderes kennst und nichts anderes siehst, [...]"

Die **Rote Armee Fraktion** ist aus der studentischen Protestbewegung Berlins am Ende der 60er Jahre entstanden. Somit ist ihre Entstehungsgeschichte und -grundlage unweigerlich mit dieser Protestbewegung verknüpft, wenn auch im weiteren Verlauf der Geschichte die Gruppierung um Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Horst Mahler und Ulrike Meinhof sich immer weiter in puncto Ideologie, Zielrichtung und vor allem Strategie von dieser Außerparlamentarischen Opposition (**APO**) entfernt hat. Eine gemeinsame Grundlage hatten beide Bewegungen. Es stellt sich nun die Frage: "Warum gab es zu diesem Zeitpunkt in Berlin eine solche - zur etablierten Gesellschaftsform konträr verlaufende - Protestbewegung?" Wie so oft läßt sich dieses Phänomen nicht mit einer eindeutigen Aussage erklären und sicherlich war das Zusammenkommen mehrerer Faktoren für die studentische Protestbewegung und die **APO** ursächlich. Sicherlich war ein Punkt die sogenannte "Nachkriegsgeneration", welche in den 50er und 60er Jahren in einer Wohlstandsgesellschaft aufgewachsen war, und nun, mit der Kenntnis um die Grenzen des kapitalistischen und materiellen Wachstums, nach neuen, anderen Lebensinhalten und Idealen suchend, gegen die bestehende Gesellschaftsordnung revoltierte. Ein anderer Aspekt ist die Tatsache, daß diese Protestbewegung in großem Maße an Berlin gebunden war. Mit dem Otto-Suhr-Institut war die größte Einrichtung zur Ausbildung von Politikern am Ort, das heißt, eine nicht unerheblich große Anzahl an jungen, politisch interessierten und auch engagierten Menschen, befand sich zu diesem Zeitpunkt in Berlin. Auch die Befreiung vom Wehrdienst in dieser Stadt mag von nicht ganz unwesentlicher Bedeutung gewesen sein, da sie hierdurch einige junge Männer anzog, die dem Staat und seinen Institutionen gegenüber eher kritisch eingestellt waren. Letztlich könnte auch die geographische Lage Berlins, als kapitalistische und marktwirtschaftlich orientierte Enklave im Staatsgebiet der sozialistischen und volkswirtschaftlich ausgerichteten DDR, eine Rolle gespielt haben, da dies eine frühzeitige Gegenkultur begünstigte. Mischt man diesen objektiven Faktoren nun noch einige individuelle, soziologische und psychologische Faktoren - der junge Student, aus der Provinz kommend, seine neue Freiheit in einer fremden, anonymen und von den verschiedensten Kulturkreisen durchfluteten Stadt genießend und auf Gleichgesinnte stoßend - hinzu, ist der Weg in eine protestbereite, junge und revolutionierende Bewegung vielleicht nicht mehr ganz so abstrus.

"Für mich war es einfach klar am Anfang, ich habe die langen Haare schön gefunden. Daß du dich selber entdeckst, verstehst du. Früher als du klein warst, da kamen die Leute und

sagten, ach wie schön gekämmte Haare du hast, wie schön geputzt sind deine Schuhe oder wie nett gebügelt ist dein Hemd, das ist aber ein nettes Kind. [...] Am Anfang ist nur Verwirrung und denn gehst du bewußt, da gefällst du dir natürlich in der Rebellsituation, ganz klar, weil du dir selber gefällst auch."

Zu Beginn der Studentenrevolten "beschränkten" sich die Aktionen des Sozialistischen Deutschen Studentenbund (**SDS**) sowie mehrerer anderer kleinerer Gruppierungen wie der Kommune 1, umherschweifende Haschrebellen, Blues, u.s.w. auf Demonstrationen, Sit-ins, Teach-ins, Happenings und vor allem in Diskussionen über das weitere Vorgehen. Zentrale Themen hierbei waren schon zu Beginn dieser Protestbewegung die Anti-Imperialismus-Theorie, der Vietnam Krieg, das Springer´sche Pressemonopol und dessen Hetzkampagne gegen die Studentendemonstrationen sowie die Kritik an der bundesrepublikanischen Gesellschaft an sich. Da sich viele dieser Thematiken auch in der späteren Ideologie der **Rote Armee Fraktion** wiederfinden, wird auf diese an anderer Stelle gesondert eingegangen.

Auch wurde zu diesem Zeitpunkt schon über die Legitimation der Gewaltanwendung gegenüber dem Staat und seinen Institutionen diskutiert. Die große Mehrheit der **APO** lehnte diese Art der Revolution ab, wohingegen sich einzelne Personen, darunter auch Andreas Baader und Gudrun Ensslin - sich berufend auf die Theorien von Marx, Lenin, Mao Tse-tung, Marcuse und Che Guevara - eher gewalttätigen Aktionen zuwandten. Dazu aber ebenfalls später mehr. Die Frage, ob denn nun gewaltsame Aktionen gegen den Staat gerechtfertigt seien, beantworteten Staat und Gesellschaft, wenn auch vermutlich unabsichtlich, zumindest teilweise selbst. Zwei entscheidende Ereignisse haben höchstwahrscheinlich den Weg hin zum bundesdeutschen Terrorismus stärker als alles andere geebnet: Am 02.06.1967, anlässlich einer Demonstration gegen den Besuch des Schah von Persien und dessen Frau in Berlin, wurde der Demonstrant **Benno Ohnesorg** von Kriminalobermeister Karl Heinz Kurras in einem Hinterhof der Krummen Straße, Berlin, erschossen. Warum sich der Schuß aus der Dienstwaffe löste und dem Student tödliche Kopfverletzungen zufügte, konnte später nicht mehr zweifelsfrei festgestellt werden.

Nur eines stand für die studentische Revolutionsbewegung zum damaligen Zeitpunkt fest: *Die Auseinandersetzung hat ihr erstes Todesopfer gefordert. Es ist einer aus den eigenen Reihen. Der Staat ist für dessen gewaltsamen Tod verantwortlich.* Kurz, die junge Bewegung hatte ihren ersten Märtyrer.

Das zweite einschneidende Ereignis ist das Attentat auf den charismatischen Führer des **SDS**, **Rudi Dutschke** am 11.04.68, an dessen Folgen er elf Jahre später verstarb.

In beiden Fällen ist die Staatsgewalt sowie die Presse nicht ganz unschuldig, und beide müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie an der Entscheidungsfindung hin zur Gewaltanwendung durch einige Personen aus dem Umfeld der **APO**, mitbeteiligt gewesen sind. Nach dem Tod von **Benno Ohnesorg** erlebte der **SDS** seinen Mitgliederboom, die Gewaltdiskussion geriet in die entscheidende Phase, man redete "[...] darüber, ob man als Ausdruck des Protests zu Gewalt greifen darf [...] Eier gegen Fassaden, Steine gegen Autos, [...] gibt es stärkere Formen des Widerstandes, die legitim sind und mehr bewirken?"

Es ist keine Frage, daß Politik und Polizei zu diesem Zeitpunkt mit dieser, noch nie dagewesenen, Situation völlig überfordert waren und versuchten, mit hartem Vorgehen die eigene Ohnmacht zu überspielen und die Sache in den Griff zu bekommen.

Weiter darf auch kein Hehl daraus gemacht werden, inwieweit die Presse, und hier insbesondere der Springer Verlag, versucht hat, die öffentliche Meinung zu einer absoluten Negation der studentischen Revolution zu bewegen. Die junge Linke in der BRD hatte diese sogenannte "Hetzkampagne" der Presse für das Attentat auf **Rudi Dutschke**,

durch einen jungen - eher dem nationalistischen Lager zuzuordnenden - Arbeiter, verantwortlich gemacht.

Michael Baumann beschreibt in seinem Buch "Wie alles anfang", was ihn nach diesen Ereignissen bewegt hat, und er steht mit seinen Gefühlen sicherlich für viele Personen der damaligen **APO**, und vielleicht kann auch hier - zumindest ein bißchen - herauskristallisiert werden, warum von nun ab sich einige Personen nicht mehr mit Demonstrationen, Sit-ins und Diskussionen begnügen wollten, sondern nach neuen Ausdrucksformen für ihre Anliegen suchten, das heißt den Weg der Gegengewalt beschreiten wollten: *"Zwei Tage vorher war er (Benno Ohnesorg, der Verf.) beim Extradienst (studentische Zeitschrift) und hat den abonniert, und ich habe da gerade ausgeholfen bei der Abonnementstelle, und habe ihn denn noch so kurz gesehen, also zwei Tage vorher und habe denn drei, vier Tage später vor seinem Sarg gestanden, und das hat mir echt einen irrsinnigen Flash denn gegeben, also das kann man schlecht beschreiben, da ist in mir fürchterlich was abgefahren. [...] Und das Attentat auf Rudi [...] Als ich denn über die Straße bin und diese Fackeln und dieses Rufen immer "Rudi Dutschke", das war eben für mich die Verkörperung der ganzen Geschichte. Die Kugel war genauso gegen dich, da haben sie das erste Mal nun voll auf dich geschossen. Wer da schießt, ist scheißegal. Da war natürlich klar, jetzt zuhauen, kein Pardon mehr geben."*

2. Wege in die Illegalität

Was sich bis zu dem Jahr 1968 im Rahmen der studentischen Protestbewegung an Aktionen abgespielt hatte, war zumeist noch im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung abgelaufen, das heißt, bis auf vereinzelte Sachbeschädigungen oder Widerstände gegen die Staatsgewalt waren nicht gezielt Rechtsnormen verletzt worden. Dieses änderte sich jedoch schlagartig mit dem 2. April 1968. An jenem Abend waren in den beiden Frankfurter Kaufhäusern Schneider und Kaufhof mehrere Brandsätze gezündet worden und richteten nicht unerheblichen Sachschaden an. Die beiden Brandstiftungen wurden dem aus München stammenden Andreas Baader, der schwäbischen Pfarrerstochter Gudrun Ensslin, dem aus Kassel stammenden Architekten Sohn Thorwald Proll sowie dem Schauspieler Horst Söhnlein im anschließenden Strafprozeß zugeschrieben. *"Vor Gericht erklärten sie, die Tat sei Ausdruck des Protests gegen die Gleichgültigkeit, mit der die Menschen dem Völkermord in Vietnam zusehen."*

Vorausgegangen war diesen beiden Aktionen eine Brandstiftung am 22. Mai 1967 in dem Brüsseler Kaufhaus "A l'Innovation", bei welchem 251 Menschen ums Leben gekommen waren und eine anschließende Stellungnahme der Kommune I, in welcher gefordert wurde, daß es nun an der Zeit sei, die Berliner Kaufhäuser in Brand zu setzen: *"[...] Wenn es irgendwo brennt in der nächsten Zeit, wenn irgendwo eine Kaserne in die Luft geht, wenn irgendwo in einem Stadion die Tribüne einstürzt, seid bitte nicht überrascht. Genausowenig wie beim Überschreiten der Demarkationslinie durch die Amis, die Bombardierung des Stadtzentrums von Hanoi, dem Einmarsch der Marines in China. Brüssel hat uns die einzige Antwort darauf gegeben: burn, ware-house, burn! Kommune I (24.05.67)".*

Bislang war über konkrete Gewaltanwendung nur diskutiert worden, an jenem 2. April machten dann vier Personen ernst. Auch wenn die Geburtsstunde der **Rote Armee Fraktion** erst mit der Baader-Befreiung offiziell in Verbindung gebracht wird, so waren die beiden Kaufhausbrände doch der erste Schritt in die Illegalität und für einen, wenn auch zunächst nur sehr kleinen Personenkreis, die Frage der Legitimation von Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele beantwortet. Zur Begründung gaben Baader und Ensslin im Prozeß an, daß sie mit der Brandstiftung ein Zeichen gegen die Gleichgültigkeit der Menschen in der BRD gegenüber dem Völkermord in Vietnam setzen wollten. Wie sie weiter ausführten, würde es im Rahmen der **APO** keine Möglichkeit in Form von Demonstrationen und ähnlichem geben, um die Bevölkerung auf

diese Mißstände aufmerksam zu machen, Andreas Baader ging sogar noch weiter in dem er sagte: *"Damit ist bewiesen, daß die revolutionäre Bewegung in der Bundesrepublik tot ist."* Hiermit grenzte er sich und seine Mitstreiter von der restlichen linken Protestbewegung aus. Und bereits in dieser ersten, recht spontanen und ungeplanten Aktion, äußern sich Ideologien der späteren **Rote Armee Fraktion**.

Zum einen wird, durch den Hinweis auf den Vietnamkrieg, die Imperialismus-Kritik und somit die Anti-Imperialismus-Theorie hingewiesen, das heißt auf die Ausbeutung der Dritten Welt durch die westlichen Industrienationen, insbesondere durch die Vereinigten Staaten von Amerika, zu deren eigenem Profit. Zum zweiten wird das Versagen der revolutionären Kräfte wie Proletariat, kommunistische Parteien und - hier konkret benannt - der Studentenbewegung genannt. Ein solches Scheitern erfordert das Tätigwerden einer sogenannten Avantgarde, die der gesamtrevolutionären Bewegung zu neuem und ganzheitlichem Schwung verhelfen soll. Zum Dritten findet sich auch das sogenannte 'Primat der Praxis' in den Ausführungen von Baader und Ensslin in deren Strafprozeß. Dies bedeutet, kurz zusammengefaßt, daß die Tat im Vordergrund und am Anfang stehen muß, und später erst die Theorie. Hier wird die Kritik an der gescheiterten Studentenrevolte deutlich, die sich selbst über ihre endlosen Diskussionen über die Anwendung von Gewalt und das weitere Vorgehen totgeredet habe. Auf die einzelnen Theorien wird an anderer Stelle näher eingegangen.

Die Kaufhausbrände von Frankfurt wurden von der sogenannten Neuen Linken unterschiedlich gewertet. Während der gemäßigte und auch größere Teil der Revolutionsbewegung die Gewaltanwendung für sich verneinte und die Anschläge verurteilte, gab es einen radikaleren Teil, der diese Aktion gut hieß und aus dessen Kreisen sich auch die späteren Mitglieder terroristischer Vereinigungen rekrutierten.

3. Entstehung der **Rote Armee Fraktion** und ihre Ideologie

Das Strafmaß für die beiden Brandstiftungen wurde von der Vierten Großen Strafkammer des Landgerichts Frankfurt auf drei Jahre festgesetzt. Während der Haft kam Gudrun Ensslin erstmals mit der konkret-Kolumnistin Ulrike Meinhof in Kontakt, die sie zum Zwecke eines Interviews besuchte. Andreas Baaders Anwalt im Brandstifterprozeß war der Berliner Rechtsanwalt Horst Mahler. Diese vier Personen sollten fortan als Führungskader der sogenannten ersten RAF-Generation gelten.

Zum ersten Mal meldete sich das Kollektiv **RAF** anläßlich der Baader-Befreiung am 14. Mai 1970 aus dem Zentralinstitut für Soziale Fragen, Berlin, zu Wort. Dieses Datum gilt gemeinhin als Geburtsstunde der sogenannten 'Baader-Meinhof-Bande'.

Andreas Baader und seine Komplizen waren acht Monate nach dem Urteil des Landgerichts Frankfurt auf freien Fuß gekommen und nach der für sie negativen Revisionsentscheidung des Bundesgerichtshofs nach Frankreich geflüchtet. Baader wurde im Rahmen einer Verkehrskontrolle in der Nacht zum 4. April 1970 in Berlin festgenommen und wieder inhaftiert.

Nach der Befreiung Andreas Baaders erhielt die Szene-Zeitung 883 einen Brief mit der Erklärung zur Baader-Befreiung: "Die Rote Armee aufbauen". Am Ende dieses Schreibens heißt es: "Die Klassenkämpfe entfalten Das Proletariat organisieren Mit dem bewaffneten Widerstand beginnen Die Rote Armee aufbauen!" Bereits aus dieser ersten Erklärung gehen wesentliche Grundsätze für die Gründung der **Rote Armee Fraktion** hervor.

3.1 Die Rote Armee aufbauen

Schon der Bestandteil 'Fraktion' im Namen dieser terroristischen Vereinigung deutet darauf hin, daß es sich hierbei nur um einen Teil des Gesamten handelt, also um eine Gruppe aus der Roten Armee. Hier stellt sich nun die Frage: Warum gibt es diese Gruppe

innerhalb der Roten Armee, welche Ziele und Aufgaben hat sie, und was ist die Rote Armee überhaupt, beziehungsweise soll sie darstellen. Der erste Teil der Frage soll zuerst beantwortet werden: Ulrike Meinhof, die als Verfasserin dieser Schrift vermutet wird, sieht die **RAF** als kleinen Teil einer großen Bewegung - der Roten Armee - an, welche jedoch zunächst aufgebaut werden muß. Es muß vorausgesetzt werden, daß im Gedankengut der **RAF** eine Revolution, also die Umstürzung der bestehenden Macht- und Gesellschaftsverhältnisse unbedingt notwendig war. Jedoch hatte hier, anders als bei der klassischen marxistischen Theorie, das sogenannte revolutionäre Subjekt, das Industrieproletariat, sowie die orthodoxen kommunistischen Parteien versagt, auch die Studentenrevolte konnte in den Augen der Mitglieder als gescheitert angesehen werden. Die Mitglieder der neuen Linken wurden in der Erklärung zur Baader-Befreiung als intellektuelle "Schwätzer", "Hosenscheißer" und "Alles-besser-Wisser" tituliert. Das Industrieproletariat, welches im klassischen marxistischen Sinne als das revolutionäre Subjekt

betrachtet wurde, zeigte jedoch keinerlei revolutionäres Bewußtsein und somit nach Ansicht der **RAF** ein falsches. Dies rührte nach Meinung von Ulrike Meinhof aus den bisher erlittenen Niederlagen, Beeinflussung durch die herrschende Klasse und schließlich auch durch die Beteiligung des Industrieproletariats an der Ausbeutung der Dritten Welt her, was sich beispielsweise im günstigen Erwerb von Kaffee, Bananen, sonstigen Produkten und Leistungen widerspiegelt. Hierdurch wurde dann der Schluß gezogen, daß das Industrieproletariat als revolutionäres Subjekt gar kein Interesse für gesellschaftliche Veränderungen zeigte, beziehungsweise die unabdingbare Notwendigkeit hierfür gar nicht erkennen konnte, ohne daß nicht eine kleine Gruppierung, man könnte auch sagen 'Fraktion', das Proletariat über die tatsächlichen Umstände aufklärte, es organisierte und schließlich im revolutionären Kampf führte. Die **RAF** sah sich somit als eine Avantgarde im leninistischen Sinn, deren Ziel und Aufgabe es war, den Klassenkampf durch einzelne Aktionen auf einer breiten Ebene zu entfesseln und das nun in der Gesellschaft freigewordene revolutionäre Potential zu organisieren und die entstandene Rote Armee in ihrem Kampf gegen die herrschende Klasse zu führen. Hiermit ist auch schon der zweite Teil der Frage beantwortet: Als Rote Armee kann nach Auffassung der **RAF** die durch ihre Aktionen hervorgerufene, breite, revolutionäre Gesellschaftsebene verstanden werden, die sich hauptsächlich aus dem ausgebeuteten Industrieproletariat rekrutiert und letztlich für den Umsturz des bisherigen Systems verantwortlich ist. Die Mitglieder dieser terroristischen Vereinigung waren sich bewußt, daß es einer kleinen Gruppierung wie der **RAF** nicht möglich sein würde, die bestehenden Gesellschaftsverhältnisse zu stürzen und eine neue Gesellschaftsordnung zu errichten, daß es einer breiten Massenbewegung bedurfte, um die bestehenden gesellschaftlichen Mißstände zu beseitigen. Die Auflösung der terroristischen Vereinigung im April 1998 hat gezeigt, daß sie die Lage völlig falsch eingeschätzt hatte, da es einfach nicht zur Entfaltung des Klassenkampfes auf breiter Ebene kam, beziehungsweise gar kein revolutionäres Potential in der Gesellschaft vorhanden war und ist.

3.2 Negation des Kapitalismus

Einen Hauptgrund für die Umwälzung des bestehenden Systems sah die **RAF** in der Gesellschaftsform selbst, dem Kapitalismus. So schreibt - vermutlich wieder Ulrike Meinhof - in dem Grundsatzpapier "Dem Volk dienen Rote Armee Fraktion: Stadtguerilla und Klassenkampf": *"20000 Menschen sterben jedes Jahr - weil die Aktionäre der Automobilindustrie nur für ihre Profite produzieren lassen und dabei keine Rücksicht auf die technische Sicherheit der Autos und den Straßenbau nehmen. 5000 Menschen sterben jedes Jahr - am Arbeitsplatz oder auf dem Weg dahin oder auf dem Heimweg, weil es den Produktionsmittelbesitzern nur auf ihre Profite ankommt [...] 12000 Menschen begehen jedes Jahr Selbstmord, weil sie nicht im Dienst des Kapitals hinsterben wollen, [...] 1000 Kinder werden jedes Jahr ermordet, weil die zu kleinen Wohnungen nur dazu da sind, daß Haus- und Grundbesitzer eine hohe Rendite einstreichen können."*

Nach dieser sogenannten zweiten **RAF**-Schrift, ist das Kapital die Wurzel allen Übels. Durch die Herrschaft selbigens lasse sich die Ausbeutung der Dritten Welt durch die westlichen Industriestaaten begründen, da dort billige Arbeitskräfte zu einem Hungerlohn in Bergwerken, Produktionshallen, auf Kaffee- oder Fruchtplantagen schuften müssen. Ulrike Meinhof nimmt hier unter anderem Bezug auf den Besuch des Bundeskanzlers Willy Brandt beim Schah in Persien: *"Nach dem Kniefall des Kanzlers in Polen nun der Kniefall vor dem Mörder Schah."* Bei diesem Besuch wären jedoch nicht die Interessen der BRD vertreten worden, sondern die Interessen der deutschen Großkonzerne.

Auch habe der Kapitalismus tiefgreifenden Einfluß auf die bundesrepublikanische Gesellschaft. Die Anhäufung des Kapitals sei Hauptzweck der Produktionsmittelbesitzer, hierdurch würde das Industrieproletariat noch mehr ausgebeutet, büße noch mehr an Macht ein, wohingegen der Einfluß der Produktionsmittelbesitzer zunehme und sich auf Politik und Gesellschaft auswirke. Welcher Unternehmer kann an einem politisch mächtigen Proletariat interessiert sein? Hiermit zielte die **RAF** populistisch auf das revolutionäre Subjekt, das Industrieproletariat ab, um wie oben beschrieben, eine breite Bevölkerungsschicht für ihre Zwecke erreichen zu können. Denn nur wem bewußt war, daß die eigene Ausbeutung durch die Bourgeoisie auf der Herrschaft des Kapitals beruht, würde sich gegen eine solche Herrschaftsordnung wenden. Ferner wurde der Kapitalismus auch als revolutionistischer Hemmer angesehen, da er verantwortlich dafür war, daß es kein einheitliches Proletariat weltweit geben konnte. So war einem Proletarier eines westlichen Industriestaates der Kampf gegen die Ausbeutung der Dritten Welt schwerlich vermittelbar, da selbige für ihn eine finanzielle Bereicherung darstellte.

3.3 Die Faschismus-Theorie

Ein nicht unbedeutender Faktor für die Begründung der **APO** und somit auch der **RAF** ist die Theorie vom faschistoiden Staat. Eine Reflexion über die jüngere deutsche Vergangenheit hatte bereits Ende der fünfziger Jahre eingesetzt. Die jungen, politisch interessierten Menschen fragten sich: Welche Rolle in der NS-Diktatur haben meine Eltern, Verwandten und Bekannten gespielt, wo sind die damals beteiligten Personen jetzt? Nehmen sie vielleicht noch immer politische und gesellschaftliche Führungsaufgaben wahr?

Die Vermutung, in einem mehr und mehr zum Faschismus neigenden Land zu leben, wurde durch die Notstandsgesetze - mit der Einschränkung von Grundrechten -, das harte Vorgehen der staatlichen Macht gegen die Protestbewegungen und nicht zuletzt durch die Reaktionen aus dem Ausland bestärkt. In enger Verbindung zur Faschismus-Theorie steht die Kampfansage gegen den **Vietnam-Krieg**. Hier wurde eine Verbindung zum zweiten Weltkrieg hergestellt, welchen die damalige Generation nicht zu verhindern wußte, womit feststand, daß die Geschichte sich nicht wiederholen dürfte und dieser eskalierende Krieg mit allen Mitteln bekämpft werden mußte. Ferner wurde ein faschistischer Komplott der westlichen Industrienationen, an der Spitze die Vereinigten Staaten von Amerika, gegen die Dritte Welt angenommen. Dieser Umstand sollte den **Vietnam-Krieg** erst möglich gemacht haben.

Einen weiteren ideologischen und strategischen Ansatzpunkt bot die Faschismustheorie noch dazu: Ziel der **RAF** war es, durch ihre Aktionen, den Staat zu Gegengewalt zu bewegen, auf daß dieser sein wahres, faschistisches Gesicht zeigen würde. Das Heraufbeschwören der staatlichen Gegengewalt, verursacht durch gezielte Anschläge, war einer der Hauptpunkte der terroristischen Strategie, da man vermutete, hierdurch die Akzeptanz und Unterstützung der Bevölkerung zu bekommen und schließlich den antiimperialistischen Kampf gemeinsam zu führen: *"das ist die dialektik der strategie des antiimperialistischen kampfes: daß durch die defensive die reaktion des systems, die eskalation der konterrevolution, die umwandlung des politischen ausnahmestandes in den militärischen ausnahmestand der feind sich kenntlich macht, sichtbar - und so, durch seinen eigenen terror, die massen gegen sich aufbringt, die widersprüche verschärft, den revolutionären kampf zwingend macht."*

Die Faschismus-Theorie erlangt ihren Höhepunkt nach der Ergreifung des Führungskaders Baader, Raspe, Ensslin und Meinhof 1972 und der anschließenden Haft in Stuttgart-Stammheim. Demnach zeigte der Staat jetzt, da er der Haupttäter habhaft geworden war, sein wahres, faschistisches Gesicht, durch die sogenannte Isolationsfolter und den toten Trakt. Die gefangengenommenen Führungskader der **RAF** erlebten eine strenge Einzelhaft, zum einen getrennt untereinander und zum anderen von den übrigen Häftlingen. In einer Notiz stellt Ulrike Meinhof zu ihren Haftbedingungen in der Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf fest: *"der politische Begriff für den toten Trakt, Köln, sage ich ganz klar - ist: Das Gas [...] Meine Auschwitzphantasien darin waren realistisch"*

Mit der Theorie vom faschistoiden Staat und der jetzigen Situation der Führungspersonen in der Haft erkannte die **RAF** eine neue Legitimation für ihr gewalttätiges Handeln: sich selbst!

Zu keinem Zeitpunkt erhielt die Gruppe mehr Sympathie in der Gesellschaft wie zu Beginn ihrer Haft. Verantwortlich waren hierfür die gegründeten Komitees gegen die Isolationsfolter und deren Öffentlichkeitsarbeit mittels Flugblättern und Demonstrationen. Gründer dieser Komitees waren die Köpfe der **RAF** selbst. Durch ihre Verteidiger und den noch nicht inhaftierten Mitgliedern der Gruppe sollte eine Organisation entstehen, die der Öffentlichkeit die ´grausamen´ Haftbedingungen der Gefangenen deutlich machen sollte. Tatsächlich erlebten diese Komitees einen Mitgliederboom und die Öffentlichkeit schenkte den Thesen von der Folter der politischen Gefangenen auf breiter Basis Glauben. 1975 entstand in Paris sogar das Internationale Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in Europa. Ein weiterer positiver Faktor der Komitees war, daß sich aus ihnen neue Mitglieder der **RAF** rekrutierten. Die gewonnene Sympathie für die Gruppe in der Öffentlichkeit verlor sich jedoch allmählich und schwand mit dem Deutschen Herbst auf Null. Trotzdem blieb eine der hauptsächlichen Ideologien für die zweite und dritte Generation der terroristischen Vereinigung die gewaltsame Freipressung der vom faschistischen Staat gefolterten Inhaftierten, beziehungsweise die Verbesserung der Haftbedingungen.

3.4 Antiimperialistischer Kampf

Die Imperialismus-Theorie steht in engem Zusammenhang mit der Negation des Kapitalismus, da die Herrschaft des Kapitals erst eine Ausbeutung der Dritten Welt ermöglicht, beziehungsweise für die westlichen Industrienationen notwendig macht. Nur durch weitere, kostengünstige Arbeitskräfte, welche in großer Zahl in Afrika, Asien und Lateinamerika zur Verfügung stehen, ist eine weitere Akkumulation des Kapitals möglich, was schließlich auch Ziel des Kapitalismus ist.

Die **RAF** berief sich bei ihrer Imperialismus-Theorie hauptsächlich auf Lenin, Marx und Mao Tse-tung. Es wird in diesem ideologischen Ansatz darauf abgehoben, daß die ehemaligen Kolonien zwar alle ihre politische Unabhängigkeit erreicht hätten, jedoch jetzt der Neokolonialismus in Form der ökonomischen Ausbeutung an dessen Stelle getreten sei. Folge hieraus sei auch, daß in besagten Ländern meist eine, durch die Imperialismusstaaten initiierte, Militärdiktatur herrscht, die möglichen Reformismus mit gewalttätigen Mitteln niederschlagen würde. Die **RAF** sah sich auch in großem Maße als solidarisch mit den Widerstandsbewegungen in Lateinamerika, Asien und Afrika. Sie war im strategischen Sinn sogar nach deren Guerillataktik aufgebaut und agierte auch so. In dem Grundsatzpapier "Die Aktion des Schwarzen September in München Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes" schreibt Ulrike Meinhof: *"Die Genossen vom Schwarzen September haben ihren eigenen Schwarzen September 1970 - als die jordanische Armee über 20000 Palästinenser hingemetzelt hat, dahin zurückgetragen, wo dieses Massaker ursprünglich ausgeheckt worden ist: Westdeutschland - früher Nazideutschland - jetzt imperialistisches Zentrum. [...] dahin, wo der Springerkonzern Israels Blitzkrieg im Juni 1967 als antikommunistische Orgie gefeiert hat [...] Dahin, von wo aus der Imperialismus - wenn anders er die arabischen Befreiungsbewegungen nicht*

zur Unterwerfung erpressen kann - seine Bombengeschwader gegen sie starten wird: Westdeutschland - München - Natoflughafen Fürstenfeldbruck [...] Vietnam ist die grauenhafte Erfahrung der Dritten Welt, daß der Imperialismus entschlossen ist, Völkermord an ihnen zu begehen, wenn nichts mehr bei ihnen herauszuholen ist - sie als Markt, als Militärbasis, als Rohstofflieferant, als Lieferant von billigen Arbeitskräften nicht mehr mitmachen [...]"

In diesem Schreiben zeigen sich drei Hauptpunkte der linksterroristischen Imperialismus-Theorie:

1. Das Bündnis der westlichen Industrienationen gegen die Dritte Welt, mit den USA als Anführer dieses Bündnisses,
2. die BRD als strategisches Zentrum des westlichen Imperialismus in Europa, und schließlich
3. die notwendige Solidarisierung mit den Befreiungsbewegungen - Guerillas - in den unterdrückten Ländern.

Im Rahmen um die Diskussion des antiimperialistischen Kampfes tauchte oftmals der Terminus des *"als interessiert unterstellten Dritten"* auf. Nach der Ideologie der **RAF** handelt es sich hierbei zum einen um die Länder der Dritten Welt, zum anderen um die neue Linke in der Bundesrepublik Deutschland. Durch die Solidarisierung mit den Befreiungskämpfern jener Länder gegen die imperialistischen Aggressoren der westlichen Welt, sah die Terrorgruppe ihre eigenen Anschläge auf dem Boden der BRD als gerechtfertigt an, da sie sowohl im Sinne der unterdrückten Bevölkerung der Dritten Welt, als auch im Sinne des bundesrepublikanischen Proletariats geschehen waren. Dieses entsprach auch den Theorien von Mao Tse-tung und Che Guevara, welche die weltweite Auflehnung des Proletariats gegen die imperialistische Aggression propagierten.

Mit den USA als treibende Kraft und Vorreiter des westlichen Imperialismus waren auch die Ziele der linksterroristischen Anschläge klar vorgegeben: sämtliche US-amerikanische Einrichtungen auf dem Boden der BRD. Die Spur des terroristischen Kampfes gegen den Aggressor USA zog sich fortan durch die Geschichte der **RAF**, beginnend mit dem Bombenattentat auf das Hauptquartier des V. Corps der US-Armee in Frankfurt am 11. Mai 1972, über das Autobombenattentat auf das Heidelberger Hauptquartier der US-Landstreitkräfte am 24. Mai 1972 bis hin zum Anschlag auf die US-Airbase in Frankfurt am 08. August 1986. Weitere antiimperialistische Ziele von Aktionen waren Vertreter der Militärmacht der USA sowie Einrichtungen und Personen des westlichen Militärpaktes NATO.

Hier möchte ich mit der Abhandlung über die ideologischen Ansätze der **RAF** endigen. Wie bereits in der Einleitung erwähnt, ist dieses Feld sehr umfangreich und theoretisch komplex. Auch waren sich die ideologischen Köpfe der Vereinigung - Ulrike Meinhof und Horst Mahler - über wesentliche Teile der Ideologie der **RAF** uneins, wie dies aus den Analysen zum Terrorismus durch Fetscher und Rohrmoser hervorgeht. Dieses Spannungsverhältnis über die ideologische und strategische Vorgehensweise hat schließlich zum Ausschluß von Horst Mahler aus der Gruppierung geführt. Herr Mahler teilte auf eine Anfrage meinerseits mit, daß " [...] die ideologische Grundlage [...] die Leninsche Imperialismustheorie in ihrer Zuspitzung auf die Situation in den 60er Jahren [...]" war. Er führte weiter aus, daß die " [...] Befreiungskriege der Völker der sog. Dritten Welt [...] als die moderne Erscheinungsform des Klassenkrieges zwischen Kapital und Arbeit [...] " gesehen wurden und berief sich hierbei auf Lenins Schrift "Staat und Revolution, die in diesem "[...] Kontext [...] zu lesen [...]" sei.

4. Strategische Grundlagen der **RAF**

Wie bereits oben erwähnt, waren sich die führenden ideologischen Köpfe der **RAF** über die Theorie und Pragmatismus nicht in allen Bereichen einig. Grundlegender Streitpunkt war die Frage des revolutionären Subjekts, das heißt, wem die Aktionen der avantgardistischen Bewegung dienen sollten. Horst Mahler vertrat hierbei die Meinung (in seiner "Erklärung zum Prozeßbeginn", d. Verf.), daß das westliche Industrieproletariat als 'interessiert unterstellter Dritter' entfallen müsse, vielmehr hätten sich die Aktionen der Gruppe an den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt zu orientieren. Im Gegensatz dazu hoffte und vertraute Ulrike Meinhof auf das wachsende revolutionäre Bewußtsein der Massen in den kapitalistisch orientierten, westlichen Industrieländern. Tatsächlich ist die Suche nach dem revolutionären Subjekt ein ständiger zentraler Punkt in der Geschichte der **RAF** gewesen. Und er hat sicherlich auch mit zur Auflösung der Vereinigung geführt, da sie es nicht vermochte, diesem habhaft zu werden, beziehungsweise es dieses Subjekt gar nicht gab. So ist es auch nicht verwunderlich, daß sich die Gruppe mehr und mehr selbst thematisierte. War zu Beginn noch der Kampf im Auftrag des Volkes geführt worden, so richtete sich im weiteren Verlauf das Hauptaugenmerk mehr und mehr auf die Freipressung der inhaftierten Genossinnen und Genossen. Standen zu Beginn noch hauptsächlich Bombenanschläge auf strategische Stützpunkte der US-Armee und NATO im Mittelpunkt der Aktionen, so wandelte sich dies mit der Zeit in Entführungen und gezielten Mordanschlägen auf einzelne Personen mit dem Höhepunkt 1977, dem Deutschen Herbst. Hiermit wurde auch eine andere Zielrichtung deutlich: Nicht mehr das Entfachen eines von einer breiten Öffentlichkeit getragenen revolutionären Feuers war Ziel der Aktion, sondern die Erpressung des Staates durch Entführung und Mord. Man könnte sogar sagen, daß das anfängliche revolutionäre Subjekt, das Volk der Bundesrepublik Deutschland, immer mehr zum Opfer der terroristischen Aktion wurde, auch wenn dies oftmals von der Gruppe nicht beabsichtigt war, beispielsweise bei dem Bombenattentat auf das Springer-Verlagshaus in Hamburg am 19. Mai 1972. Diese unrühmlichen Aktionen gipfelten in der Entführung der Lufthansamaschine Landshut, besetzt mit 86 Urlaubspassagieren und 5 Besatzungsmitgliedern, durch das Kommando Martyr Halimeh auf dem Flug LH 181 von Palma de Mallorca nach Frankfurt. Diese Flugzeugentführung war der Bevölkerung, für welche die **RAF** vorgab zu kämpfen, nicht mehr vermittelbar. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hatte die **RAF** ihr angestrebtes revolutionäres Subjekt für immer verloren. In ihrer Auflösungserklärung vom März 1998 erläutern die verbliebenen Mitglieder der Gruppierung, daß es "ein strategischer Fehler" war, "neben der illegalen, bewaffneten keine politisch-soziale Organisation aufzubauen". Weiter wird an selbiger Stelle erklärt: "*Die ausbleibende politisch-soziale Organisierung ist ein entscheidender Fehler der RAF gewesen. Es ist nicht der einzige, aber ein wichtiger Grund, weshalb die RAF kein stärkeres Befreiungsprojekt aufbauen konnte und letztlich die entscheidende Voraussetzung fehlte, im Aufbau einer nach Befreiung suchenden und kämpfenden Gegenbewegung einen stärkeren Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung zu nehmen.*"

4.1 Bewaffneter Kampf

"Wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir uns mit ihm auseinanderzusetzen. Das heißt, wir haben nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden [...] Was wir machen und gleichzeitig zeigen wollen, das ist: daß bewaffnete Auseinandersetzungen durchführbar sind, daß es möglich ist, Aktionen zu machen, wo wir siegen, und nicht, wo die andere Seite siegt."

Die bewaffnete Gewaltanwendung gegenüber dem Staat und seinen Institutionen stand für die **RAF** vermutlich nie in Frage. Schon in ihrer Geburtsstunde am 14. Mai 1970 war Andreas Baader mit Waffengewalt und sogar unter Verletzung eines Institutsbediensteten befreit worden. Die Theorien zur bewaffneten Revolution lieferten Lenin, Mao Tse-tung, Che Guevara, und schließlich Carlos Marighella. Die Terroristen haben sich häufig auf

Lenins "Partisanenkrieg" von 1906 berufen. Darin heißt der Theoretiker den bewaffneten Kampf einzelner Personen gut. Dieser solle zum einen der Tötung einzelner Personen, wie Polizeibeamten und Vorgesetzten dienen, und zum anderen die Enteignung ermöglichen, sprich Banküberfälle und ähnliches zu begehen. Völlig außer acht gelassen wurde von der Gruppe, daß es sich hierbei nicht um eine Theorie an sich handelte, sondern dies lediglich eine Analyse der Revolution von 1905 war. Weiter wurden auch die sonstigen theoretischen Voraussetzungen des bewaffneten Kampfes von der **RAF** nicht beachtet. Alle Befürworter des bewaffneten Kampfes wie Marx, Mao-Tse-tung, Che Guevara und Luxemburg, räumten diese Möglichkeit des Widerstandes nur zu einem Zeitpunkt der allergrößten Not und absoluter Unterdrückung der Bevölkerung ein, somit als ultima ratio. Diese Umstände waren schlicht und ergreifend in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der 70er Jahre nicht gegeben.

Die wahren Gründe für den bewaffneten Kampf waren wohl anderer Natur. Zum einen sah es die Gruppierung - aus den Erfahrungen der Studentenrevolte - als erwiesen an, daß es keine andere Möglichkeit des politischen und gesellschaftlichen Umsturzes als durch gezielte Bombenanschläge und Tötungen von Menschen gab. Es wurde davon ausgegangen, daß der Staat nicht mehr konsensfähig sei, und, wie bereits an anderer Stelle erwähnt, müsse durch gezielte bewaffnete Aktionen der Staat selbst zur Gewalt animiert werden, auf daß die Bevölkerung erkenne, daß das staatliche Gewaltmonopol nur ein Instrument der herrschenden Klasse war. Diese Theorie trat insbesondere während der Zeit des Stammheimer Prozesses und der Haft der Führungskader im Vordergrund. Zu diesem Zeitpunkt habe demnach der Staat sein wahres Gesicht gezeigt, durch die Transformation der staatlichen Macht in willkürliche Gewaltanwendung, was durch den angeblichen, permanenten Bruch der Verfassung zum Ausdruck gekommen sei. Somit glaubte die Gruppierung vom verfassungsgemäß zugesicherten, gewalttätigen Widerstandsrecht gebrauch machen zu können. Zum anderen war das Führen einer Waffe aus der Sicht der Mitglieder der **RAF** notwendig, um einer möglichen Verhaftung durch die Polizei zu entgehen, das Gegenüber war schließlich ebenfalls bewaffnet. Klaus Jünschke erklärte in einem TV-Interview, daß der bewaffnete Kampf mit dem Menschenbild der Gruppe und ihren Zielen eigentlich unvereinbar gewesen sei. Jedoch sei kein Banküberfall mit Platzpatronen begangen worden.

4.2 Das Konzept Stadtguerilla

Nach der Terroristen-Ausbildung und dem Erlernen des bewaffneten Kampfes im El-Fatah-Camp in der jordanischen Wüste im Sommer 1970 kehrte die Gruppe, bereit und gerüstet für den antiimperialistischen Kampf auf dem Boden der BRD, in die Heimat zurück. Hier begann sie nun die Logistik für das Konzept Stadtguerilla aufzubauen. Beim Aufbau dieser Logistik bezog sich die **RAF** hauptsächlich auf die Ausführungen von Carlos Marighella in seinem "Mini-Handbuch des Stadtguerilla". Marighella war ein brasilianischer Guerillaführer und hatte dieses Handbuch für den Kampf gegen südamerikanische Militärdiktaturen geschrieben. Dieses Handbuch war sozusagen die Bibel sämtlicher westeuropäischer Terrorgruppen. Da das Konzept Stadtguerilla eine derart entscheidende Bedeutung für die strategische Vorgehensweise, nicht nur der **RAF**, hatte, soll es hier etwas näher erläutert werden.

Was ist ein Stadtguerilla?

Carlos Marighella führt hierzu in seinem Mini-Handbuch aus: *"Der SG (Stadtguerilla, d. Verf.) ist jemand, der die Militärdiktatur mit Waffen bekämpft und dabei mit unkonventionellen Methoden vorgeht. Als politischer Revolutionär und glühender Patriot ist er ein Kämpfer für die Befreiung seines Landes, ein Freund des Volkes und der Freiheit. [...] Der SG unterscheidet sich jedoch radikal vom Gesetzlosen. Der Gesetzlose will sich mit seinen Aktionen persönlich bereichern, greift wahllos an und macht keinen Unterschied zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern. Deshalb sind so viele einfache Menschen unter seinen Opfern. Der SG hingegen folgt einem politischen Ziel und führt*

seine Angriffe nur gegen die Regierung, die großen Kapitalisten und ausländische Imperialisten, insbesondere die US-Imperialisten."

Weiter führt Marighella dann noch die persönlichen Eigenschaften des Stadtguerilla aus, wie zum Beispiel Mut, Entschlossenheit, Schlauheit, Beweglichkeit, Anpassungsfähigkeit und so weiter.

Welche Ziele hat der bewaffnete Kampf?

Marighella nennt hierzu zwei grundlegende Ziele des bewaffneten Kampfes des Stadtguerilla im Rahmen des Klassenkampfes:

"a) die physische Liquidierung der Chefs und Henkersknechte der Streitkräfte und der Polizei

b) die Enteignung von Vermögen und Produktionsmitteln, die der Regierung, den Monopolkapitalisten, Großgrundbesitzern und Imperialisten gehören; mit kleineren Enteignungen für den individuellen Bedarf der SG und größeren für die notwendigen Mittel der Revolution selbst."

Diese beiden Ziele wurden schon an anderer Stelle genannt. Der bewaffnete Kampf sollte also zum einen zur gewaltsamen Vernichtung der herrschenden Klasse und der Exekutive führen und zum anderen der Enteignung selbiger Personen dienen, um die notwendigen Mittel für die Revolution zu beschaffen. Hier steckt bereits eine grundlegende Aussage, auf welche sich die Mitglieder der Gruppe und ihre Verteidiger während der Terroristenprozesse beriefen: Der gewöhnliche Straftäter verübt seine Straftat zumeist in eigener Bereicherungsabsicht, der Revolutionär ist an einer persönlichen Bereicherung jedoch gar nicht interessiert, sondern will die rechtswidrig erlangten Geldmittel der Revolution, also dem Volk, zur Verfügung stellen. Der Revolutionär könne somit nicht wie ein "normaler" Straftäter abgeurteilt werden. Und tatsächlich verwickelten sich die verantwortlichen Richter und Politiker zu diesem Thema in widersprüchliche Aussagen. Zum einen wurde den Angeklagten der **RAF** bei der Strafzumessung der politische Aspekt der Tat aberkannt, zum anderen wurde die Terrorgruppe wieder von diesen Personen als größte politische Herausforderung der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet.

Wie sieht der Aufbau der Logistik aus?

Marighella bezieht sich in seinem Handbuch zunächst auf die herkömmliche Logistik der "Schweine/Militaristen". Diese läßt sich durch die Formel VTAM abkürzen, das bedeutet, Verpflegung, Treibstoff, Ausrüstung und Munition. Für den Stadtguerilla, der mit nichts anfängt und bislang keine Unterstützung hat, gilt die Formel

M - Motorisierung

G - Geld

W - Waffen

M - Munition

S - Sprengstoff

Nachdem die Gruppe aus dem Trainingslager in Jordanien zurückgekehrt war, machte sie sich sogleich an den Aufbau der Logistik im Sinne Marighellas. Autos, meist große und starke Fahrzeuge wurden gestohlen oder unterschlagen, restliche Mitglieder der **RAF** wurden in den Umgang mit den aus Jordanien eingeführten Schußwaffen eingewiesen, es

wurde mit Sprengstoff und Brandbomben experimentiert und schließlich auch Banküberfälle durchgeführt. Hier wurde die selbstentwickelte Taktik des Dreierschlags angewandt, was bedeutet, daß mehrere Mitglieder zur selben Zeit drei unterschiedliche Banken der selben Stadt überfielen, um somit der polizeilichen Fahndung besser entgehen zu können.

Weitere Maßnahmen zum Aufbau der Logistik waren das Fälschen von Ausweisen, Pässen, Führerscheinen, Kraftfahrzeugscheinen und Kraftfahrzeugkennzeichen. Hierzu hatte die Gruppe ebenfalls ein neues System entwickelt, das der sogenannten "Doublettenfahrzeuge". Hierbei wurden Fahrzeuge gestohlen und anschließend die amtlichen Kennzeichen typen- und farbgleicher real existierender Fahrzeuge nachgeprägt, so daß bei einer polizeilichen Abfrage der Kennzeichen kein Verdacht auf das betreffende Fahrzeug fallen konnte.

Ein weiterer zentraler Punkt der Logistik war das Vorhandensein von ausreichenden Unterschlupfmöglichkeiten im gesamten Bundesgebiet. Hierzu wurden sogenannte konspirative Wohnungen durch Strohänner angemietet, welche sich aus dem legalen Umfeld der Gruppierung rekrutieren. Diese Strohänner hatten lediglich den Auftrag, die Mietverträge zu unterzeichnen und ihre Namen für Wohnung und Klingel herzugeben. Anfang der 70er Jahre bestand das legale Umfeld der **RAF** hauptsächlich aus Linken und liberalorientierten Bürgern. Diese Personengruppen waren - zumindest noch in dieser Zeit - auch bereit, den gesuchten **RAF**-Mitgliedern Unterschlupf zu gewähren.

Insgesamt war der Aufbau der Logistik der Terrorgruppe niemals abgeschlossen. Ständig mußten neue Fahrzeuge entwendet, andere Wohnungen gemietet, neue Ausweisdokumente, Waffen und Munition beschafft werden. Im Rahmen der zweiten Generation wurde es üblich, daß sogenannte Erddepots angelegt wurden, welche sich ebenfalls über die ganze Bundesrepublik verteilten. Neben Waffen und Munition befanden sich in diesen Erddepots auch Ausweispapiere. Sie dienten hauptsächlich der Unterstützung von auf der Flucht befindlichen Genossinnen und Genossen. Bis heute sind nicht alle dieser Erddepots entdeckt worden.

Betrachtet man die Tatsache, daß die **RAF** versucht hatte, aus dem Untergrund und der Illegalität heraus, inmitten des ständigen Fahndungsdrucks, also ohne die Möglichkeit offen und legal irgendwelche Dinge zu erledigen, und dazu unter dem selbst auferlegten Zwang, ständig "Aktionen" durchzuführen, muß klar werden, daß dieses Unterfangen zum Scheitern verurteilt war. Bommi Baumann bezeichnete in einem Fernseh-Interview den Versuch des Aufbaus der Terrorgruppe aus der Illegalität heraus als "absoluten Schwachsinn"

Wie sieht das Vorgehen des Stadtguerilla aus?

Marighella erklärt in seinem "Mini-Handbuch des Stadtguerilla" die Technik als "*agressive Technik, d. h. sie hat offensiven oder Angriffs-Charakter*". Es wird weiter ausgeführt, daß aufgrund der größeren Macht in Personal und Waffen seitens des Gegenübers die Techniken ständig variieren müßten. Auf eine durchgeführte Aktion müsse umgehend der Rückzug erfolgen, um die eigene Kampfkraft zu erhalten und den Gegner zu ermüden, zu demoralisieren und zu verwirren. Im weiteren führt Marighella die entscheidenden Vorteile des Konzepts Stadtguerilla auf. Dies sind, unter dem Begriff Anfangs-Vorteile zusammengefaßt, die Überraschung des Feindes, die bessere Kenntnis der Umgebung, die größere Mobilität und Schnelligkeit gegenüber dem Feind, sowie der bessere Informationsdienst und die Entschiedenheit des Stadtguerilla im Kampf um Freiheit und Revolution. Erstaunlicherweise hat sich die **RAF** fast in ihrer gesamten aktiven Zeit an diese Grundprinzipien des bewaffneten Kampfs gehalten. Anschläge wurden von langer Hand geplant und vorbereitet, das Opfer, beziehungsweise Objekt sowie dessen Umgebung tagelang beobachtet, Fluchtmittel und Wege bereitgehalten. Die meisten Aktionen waren zuvor bis ins kleinste Detail durchgespielt und diskutiert um alle

möglichen Eventualitäten abgedeckt zu haben. Nach einer durchgeführten Aktion wurde über Fehler Einzelner, der Gesamtktion und Verbesserungen für die Zukunft diskutiert.

Schlußbemerkung zum Konzept Stadtguerilla

Ulrike Meinhof hat in dem Grundsatzpapier "Das Konzept Stadtguerilla" Ausführungen über Theorie und Pragmatik dieser Vorgehensweise gemacht: *"Das Konzept Stadtguerilla stammt aus Lateinamerika. Es ist dort, was es auch hier nur sein kann: die revolutionäre Interventionsmethode von insgesamt schwachen revolutionären Kräften. [...] Stadtguerilla ist [...] die unvermeidliche Antwort auf Notstandsgesetze und Handgranatengesetz [...] Stadtguerilla zielt darauf, den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen, den Mythos von der Allgegenwart des Systems und seiner Unverletzbarkeit zu zerstören. Stadtguerilla setzt die Organisation eines illegalen Apparates voraus, das sind Wohnungen, Waffen, Munition, Autos, Papiere. Was dabei im einzelnen zu beachten ist, hat Marighella in seinem "Minihandbuch der Stadtguerilla" beschrieben. Was dabei noch zu beachten ist, sind wir jederzeit jedem bereit zu sagen, der es wissen muß, wenn er es machen will. Wir wissen noch nicht viel, aber schon einiges."*

Der strategische Hauptkritikpunkt am Konzept der Stadtguerilla ist, daß die **RAF** versuchte, ein für Lateinamerika entwickeltes Konzept des bewaffneten Guerillakampfes ohne erwähnenswerte Einschränkungen zu übernehmen. Die geographischen, infrastrukturellen, sozialen und gesellschaftlichen Differenzen zwischen Brasilien und der Bundesrepublik Deutschland waren schlicht und ergreifend zu groß, um sich einfach darüber hinwegzusetzen. Dort ein unwegsames und Regenwaldgebiet mit wenig ausgebauten Straßen und Wegen, hier ein Land mit einer der höchsten Bevölkerungsdichte der Welt, mehreren großen und kleinen Städten und einer sehr gut ausgebauten Infrastruktur. Dort ein dünnbesiedeltes und mit unzähligen Versteckmöglichkeiten ausgebildetes Gelände, hier ein Gebiet mit relativ modernem Überwachungs- und Kontrollapparat seitens der Polizei. Dort eine Militärdiktatur und hier ein parlamentarisches Regierungssystem auf der Grundlage einer freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Ein weiterer Punkt, weshalb die **RAF** das Konzept Stadtguerilla für sich in Anspruch nahm, war die Tatsache, daß Guerillagruppierungen, insbesondere in Vietnam und Algerien Mitte dieses Jahrhunderts große Erfolge verbucht hatten. Jedoch wurde nicht bedacht, daß diese Erfolge gegen fremde, kolonialistische Armeen errungen worden waren, so daß dies wiederum nicht übertragbar auf die BRD war. Auch fehlte der **RAF** die in Marighellas Handbuch beschriebene Unterstützung aus der Bevölkerung, wohingegen sich oben genannten Guerilleros auf die Unterstützung breiter, vom Staat geknechteter Massen verlassen konnten. Auch ist es zu einer Entfaltung des revolutionären Kampfes auf einer breiten gesellschaftlichen Ebene in der BRD nicht gekommen. Dieses wird jedoch durch Marighella als Voraussetzung für den Erfolg des Guerillakampfes gesehen.

Mitte der 70er Jahre entfernte sich die **RAF** mehr und mehr von der Strategie des Guerillakampfes, welche hauptsächlich von Horst Mahler vertreten wurde. Dieser wurde auch 1974 von der Gruppe ausgeschlossen. Ulrike Meinhof ging dann mit der sogenannten dritten **RAF**-Schrift auf die terroristische **Sabotage-Strategie** über, welche auf die Zerstörung der Logistik und Versorgungsnetze des imperialistischen Systems abzielte. Aber wie Mahler zuvor, gelang es Ulrike Meinhof mit dieser Theorie nicht, Strategie und Ideologie in Einklang zu bringen. Sie konnte sich selbst nicht vorstellen, daß ihr ideologisches, revolutionäres Subjekt, das Industrieproletariat, mit der strategischen Zerstörung der Versorgungsanlagen der BRD zu begeistern sei um sich schließlich dem revolutionären Kampf anzuschließen.

4.3 Terroristische Strategie

Nachdem Ausschluß des Verfechters der Guerillastrategie, Horts Mahler, und des Widerspruchs der Sabotage-Strategie mit der Ideologie des revolutionären Subjekts, ging die Gruppierung Mitte der 70er Jahre zur **terroristischen Strategie** über. Diese wurde in Ansätzen schon weiter oben geschildert. Diese Form des bewaffneten Kampfes sieht vor, daß durch gezielte Attentate auf staatliche Einrichtungen und Personen, das System zu Maßnahmen gezwungen wird, die in der Bevölkerung Empörung und Solidarisierung mit den Terroristen hervorbringt. Mit dieser Negation der bestehenden politischen und gesellschaftlichen Ordnung durch die Bevölkerung sah die Gruppe dann die Möglichkeit, in einen Volkskrieg überzugehen. Vorteil dieser Demaskierung des Staates war es, daß Strategie und Ideologie dieselben Ziele hatten, nämlich die Mobilisierung breiter Massen hin zum Volkskrieg gegen den Staat.

Interessant ist hierbei die Tatsache, daß die führenden Köpfe der **RAF** erst zu dem Zeitpunkt, als sie bereits inhaftiert waren, ihr strategisches Konzept für den antimperialistischen Kampf geformt hatten. Zuvor war die Gruppe vom sogenannten **Primat der Praxis** ausgegangen, welches besagt, daß erst durch den praktischen Kampf die Theorie erkannt werden kann. Kritiker meinen, daß die Terrorgruppe hiermit versuchte, ihr theoretisches Defizit zu überspielen. Dieses läßt sich auch mit der Tatsache begründen, daß erst zum Zeitpunkt der Gefangenschaft von Baader, Ensslin, Meinhof und anderer Führungskräfte die ideologischen und strategischen Theorien für den bewaffneten Kampf entwickelt wurden. In dieser Zeit wurden durch die Führungskader in den Haftanstalten mannigfaltig theoretische und praktische Literatur zum revolutionären Kampf gelesen.

Ulrike Meinhof sieht dies in der Grundsatzschrift "Das Konzept Stadtguerilla" jedoch anders oder gibt dies zumindest so vor: *"In der Papierproduktion der Organisationen erkennen wir ihre Praxis wieder als den Konkurrenzkampf von Intellektuellen, die sich vor einer imaginären Jury, die die Arbeiterklasse nicht sein kann, weil ihre Sprache schon deren Mitsprache ausschließt, den Rang um die bessere Marx-Rezeption ablaufen. Es ist ihnen peinlicher, bei einem falschen Marx-Zitat ertappt zu werden als bei einer Lüge, wenn von der Praxis die Rede ist. Die Seitenzahlen, die sie in ihren Anmerkungen angeben, stimmen fast immer, die Mitgliederzahlen, die sie für ihre Organisation angeben, stimmen fast nie."*

Man könnte durch ihre Argumentation auch auf Frustration und Desillusionierung in Richtung Studentenrevolte schließen, die es ihrer Ansicht nach nicht geschafft hatte, den theoretischen Hintergrund tatsächlich in die Praxis umzusetzen, und den entscheidenden Schritt hin zum bewaffneten Kampf nicht vollzogen hatte.

Abschließend zu der terroristischen Strategie läßt sich anmerken, daß auch diese nicht die gewünschten Ziele zu erreichen vermochte. Je brutaler die Gruppe versuchte, den faschistischen Staat zu demaskieren und in Mißkredit zu bringen, desto mehr wandte sich die Bevölkerung von ihr ab und forderte zum Teil sogar die Todesstrafe für Terroristen der **RAF**.

4.4 Strategien der jüngeren Generationen

Die zweite und insbesondere dritte Generation der **RAF** hatte eine neue Konzeption für den strategischen Kampf gegen den Weltimperialismus entwickelt. Die sogenannte "westeuropäische antiimperialistische Front" sollte sich aus zwei Ebenen zusammensetzen: Zum einen war dies die auf internationaler Zusammenarbeit basierende "Auslandsfront", zum anderen die auf einem Zusammenschluß der bundesdeutschen linken Kräfte basierende "Inlandsfront". Ziel der Verbindungen zu anderen europäischen Terrorgruppen war es, den Kampf gegen das imperialistische System nicht nur auf deutschem Territorium zu führen, sondern die linksterroristischen Aktionen auf den gesamten europäischen Kontinent auszudehnen. Ein Grund war möglicherweise die zunehmende Desillusionierung der Terrorgruppe hinsichtlich eines

Volkskrieges auf breiter Ebene. Die **RAF** mußte allmählich erkennen, daß ihr auserkorenes revolutionäres Subjekt, das Industrieproletariat sowie die Linke in Deutschland, nicht bereit war, mit ihr gegen den Staat zu Felde zu ziehen. Um dieser Niederlage in ideologischer und strategischer Hinsicht entgegenzutreten, wurde versucht, auf dem gesamten europäischen Kontinent, durch gemeinsame Anschläge, Macht, Einigkeit und Größe zu demonstrieren. Aus diesem Grund ging die **RAF** Verbindungen zu den Brigade Rosse in Italien, der Action directe in Frankreich und den Cellules Communistes Combattantes in Belgien. Diese Versuche einer "Auslandsfront" scheiterte jedoch alsbald, da sowohl ein Großteil der Brigade Rosse als auch der Action directe Mitte der 80er Jahre von der Polizei verhaftet wurde.

Die zweite Ebene, der strategische Aufbau einer "Inlandsfront" soll mittels eines Schaubilds erläutert werden:

Aufbau der **RAF** Mitte der 80er Jahre

Aktionsform Personenzahl

RAF

Kom-

Anschläge auf Personen mando- 15 - 30

ebene

Anschläge auf Objekte Illegale Militante 20 - 50

Kleinere Anschläge Militantes RAF-Umfeld ca. 200

auf Objekte

Agitation

und Propa- Legales RAF-Umfeld ca. 2000

ganda

p>Nach diesem Schaubild des Bundeskriminalamts, TE 23, bestand das legale Sympathisanten-Umfeld der **RAF** aus circa 2000 Personen, wobei es sich hierbei um hauptsächlich um Personen der linken Szene in deutschen Großstädten handelte. Diesen sogenannten "Legalen" kam als Aufgabe die propagandistische Arbeit in der Öffentlichkeit sowie die Werbung neuer Mitglieder und Aktivisten zu. Hauptsächlich waren diese Personen im Bereich der Komitees gegen die Isolationsfolter tätig und unterstützten die Inhaftierten mittels Flugblattaktionen und Demonstrationen. Eine Stufe darüber befanden sich die circa 200 Personen des militanten Umfelds der Gruppierung, welche für fiskalische Tätigkeiten eingesetzt wurden, wie den Kauf von Materialien zu Herstellung von Sprengsätzen, das Anmieten von Wohnungen und so weiter. Auch führte diese Ebene

bereits mehrere kleinere Sprengstoffattentate auf öffentliche Einrichtungen und Firmengebäude durch. Die auf 20 bis 50 Personen geschätzten illegalen Militanten waren bereits im bewaffneten Kampf spezialisiert und führten Anschläge auf Objekte mit größerem Ausmaß und höherem Entdeckungsrisiko aus. Sie standen vermutlich auch in unmittelbarer Verbindung mit dem sogenannten harten Kern der **RAF**, welcher Mitte der 80er Jahre aus etwa 15 bis 30 Personen bestanden haben dürfte. Dieser Personenkreis der Kommandoebene war den Strafverfolgungsbehörden fast gänzlich unbekannt, da er, im Gegensatz zu den Vorgängern, auf absolute Professionalität und Nichtentdeckung ausgerichtet war. Deshalb waren auch der Kommandoebene Anschläge auf Menschen vorbehalten.

p>

p>4.5 Der eigene Körper als Waffe

p>Im Zeitraum der Gefangenschaft der Führungskader der **RAF** Mitte der 70er Jahre, wurde durch die Inhaftierten in mehreren Hungerstreikaktionen versucht, die Demaskierung des Staates voranzutreiben. Dieses war, wie die terroristische Strategie, der Versuch, die Bevölkerung auf die Seite der Gruppe zu ziehen. Durch ihre Hungerstreikaktionen versuchten die Inhaftierten auf ihre desolaten Haftbedingungen aufmerksam zu machen. Es sollte in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, daß der faschistische Staat nun mit seinen erbitterten Gegnern abrechnen werde, sie physisch wie psychisch zu brechen, jetzt, da seine Aktionen dem Blickwinkel der Öffentlichkeit entzogen waren. Hierzu war jedoch sowohl der Kontakt unter den Gefangenen als auch zwischen Gefangenen und oben genannten Komitees gegen die Isolationsfolter sowie dem sympathisierenden Umfeld notwendig, um gemeinsam die Hungerstreikaktionen absprechen zu können. Hierzu bedienten sich die Inhaftierten ihrer Verteidiger, welche Instruktionen und Anweisungen der Führungskader mittels Verteidigerpost sowohl unter den Gefangenen selbst, als auch aus dem Gefängnis heraus transportierten. Ebenso verlief der Weg umgekehrt. Somit konnte ein ständiger Austausch zwischen Führung, Aktionisten außerhalb des Gefängnisses und Sympathisanten der **RAF** stattfinden. Tatsächlich wuchs das Sympathisantenfeld durch die durchgeführten Hungerstreikaktionen stark an. Positiver Nebeneffekt war, daß sich aus diesem Sympathisantenfeld neue Mitglieder für den Kampf im Untergrund finden ließen.

Zentrale Themen der Hungerstreikaktionen waren die Aufhebung der Isolationshaft für politisch Gefangene und die Gleichstellung mit anderen Gefangenen. Im Verlauf des dritten kollektiven Hungerstreiks verstarb dann am 09. November 1974 Holger Meins an den Folgen der Unterernährung. In der Öffentlichkeit versuchte die **RAF** den Tod Meins als politischen Mord darzustellen.

Auf dem gleichen Weg, wie die Inhaftierten mit den Genossinnen und Genossen außerhalb des Gefängnisses mittels Schriftstücken kommunizierten und umgekehrt, wurden noch viele weitere Gegenstände zu den Inhaftierten übermittelt. So gelang es den Verteidigern auch, Fotoapparate, Radiosender und sogar Waffen in die Zelle zu schmuggeln. Letztere erlangten im Verlauf der Eskalation zwischen Staat und Terrorgruppe im Herbst 1977 entscheidende Bedeutung. Als die führenden Köpfe der Gruppe ihre letzte Chance auf Freiheit durch die Entführung von H.-M. Schleyer und der Lufthansamaschine Landshut sahen, war ihnen vermutlich schon bewußt, was beim Scheitern der Aktion die Konsequenz sein mußte. **RAF**-intern wurde die Aktion als "suicide-action" bezeichnet, was jedoch niemals offiziell eingeräumt wurde. Die Gefangenen waren für den Fall, daß sich ihre Freilassung trotz der günstigen Ausgangsposition nicht erfüllen sollte, bereit, ihr Leben als letztes strategisches Mittel einzusetzen. So sagte der Gefangene Raspe gegenüber dem BKA-Beamten Alfred Klaus, neun Tage vor seinem Selbstmord aus, "*daß die politische Katastrophe die toten Gefangenen und nicht die befreiten sein werden [...] Die Bundesregierung wird künftig nicht mehr über die Gefangenen verfügen können.*"

Nachdem die **RAF**-Gefangenen sich selbst als ideologisches Thema erkannt hatten, war plötzlich nicht mehr nur die Bevölkerung ihr revolutionäres Subjekt sondern sie selbst auch. Dies erforderte auch eine andere strategische Vorgehensweise. Neben den weiter

durchgeführten Bombenattentaten und Ermordungen politischer und wirtschaftlicher Führungskräfte, wurde nach der erfolgreichen Lorenz-Entführung durch die **Bewegung 2. Juni**, auch die Entführung von Menschen als Mittel zur Freipressung der Inhaftierten gesehen. Was bei Jürgen Ponto aufgrund seines Widerstands und anschließenden Ermordung mißglückte, sollte bei H.-M. Schleyer und der Lufthansamaschine gelingen.

Tatsächlich aber zeigte der Staat sich nicht als erpressbar, denn auch er hatte aus den Erfahrungen der Lorenz-Entführung seine Lehren gezogen, und somit setzten die Gefangenen Baader, Ensslin und Raspe als letztes Mittel im Kampf gegen die Staatsmacht ihr Leben ein und begingen kollektiven Selbstmord. Irmgard Möller überlebte den Suizidversuch. In den linken Kreisen wurde heftigst über die entstandene Mord-Legende diskutiert. Es gelang den verbliebenen Mitgliedern jedoch nicht, diese finale Waffe des Freitods als endgültige staatliche Demaskierung in der Öffentlichkeit zu verkaufen. Diese war angesichts der jüngsten Geschehnisse ohnehin angewidert von soviel Haß und Brutalität, daß sie dem Zugriff der **RAF** längst entschwunden war. Nichts desto trotz war diese letzte Aktion der alten Führungsgruppe für die nachfolgenden Generationen Anlaß genug, um noch 20 Jahre den blutigen Kampf gegen Staat und Gesellschaft weiter zu führen.

R.A.F.



Rote Armee Fraktion

(Ein Teil Deutscher Geschichte)

R.A.F. - Die Stadtguerilla



Hanns-Martin-Schleyer; Gefangener der RAF im Herbst 1977; er wurde hingerichtet

Vor einigen Monaten habe ich begonnen, mich mit diesem Thema zu befassen. Für mich war es ganz klar, diesen Teil der Deutschen Geschichte für mich selber aufzuarbeiten. Da es mittlerweile viele junge Menschen gibt, die nichts mit dem Kürzel "RAF" anzufangen wissen, fand ich das es an der Zeit ist, auch mal im Net etwas darüber zu veröffentlichen. Eine solche Geschichte kann aber nicht erzählt werden, ohne ein paar Bilder

mit einzuarbeiten. Letztenendes möchte ich noch darauf hinweisen, das ich nicht unbedingt ein Anhänger solcher radikalen Gruppierungen bin, noch das ich beurteilen/verurteilen will. Es war eine andere Zeit, eine andere Erziehung und ein anderes Denken. Ich hoffe, ihr findet diese Seite ein wenig Interessant. Viel Spaß, Arthur Brehm (19.8.99)

Um eine solche Geschichte zu erzählen, muß man auch die Anfänge, bzw. die Gründe nennen, warum sich eine solche Gruppierung zusammentat. Es reicht nicht, einfach nur die Taten (auch die, welche der R.A.F. zugeschrieben werden).

Leider konnte ich (aus Platzmangel) nur eine grobe Übersicht liefern, aber ich habe es geschafft, auch ein paar Bilder zu scannen und einzufügen.....

Niemand wird als Terrorist geboren; ein Terrorist wird man aus Überzeugung, Sympathie oder Opportunismus.

Alles fing damit an, das am Ende der Studentenunruhen Demonstranten erschossen wurden.

Benno Ohnesorg wurde von dem Polizisten Karl-Heinz Kurras am 2.Juni 1967 erschossen.

Ob Kurras aus Wut, Panik geschossen hat - oder ob es ein Unfall war- kann heute nicht mehr gesagt werden. "Die ist mir losgegangen" hat er zu einem Kollegen gesagt.

Am 11.April 1968 schoss der fehlgeleitete rechtsradikale Malergeselle Josef Bachmann auf den Studentenführer Rudi Dutschke. Sie hatten sich vorher nie gesehen.

Die Brutalität, mit der der Staat gegen die Demonstranten vorging war ein idealer Nährboden für Gegenaktionen und Gewalt.

Andreas Baader, RAF-Anführer der ersten Generation, hatte einmal zu seiner Mutter gesagt: "Weißt Du Mutter, in einem Staat, wo Polizei mit Gummiknüppel gegen singende junge Leute vorgeht, da ist etwas nicht in Ordnung"



Andreas Baader

Zeittafel:

1968

2./3. April

In Frankfurt brehnnen die Kaufhäuser Schneider und Kaufhof. Als Ursache für die Feuer ermittelt die Polizei Brandbomben, die kurz vor Feierabend in den Geschäften deponiert worden waren. Zwei Tage später verhaften Kriminalbeamte Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Horst Söhnlein und Thorwald Proll in Frankfurt.

14. Oktober

Vor dem Landgericht Frankfurt beginnt der Prozess gegen die Kaufhaus-Brandstifter

31. Oktober

Wegen des Brandes im Kaufhaus Schneider verurteilt das Landgericht Frankfurt Baader, Ensslin, Proll und Söhnlein zu jeweils 3 Jahren Zuchthaus.

1969

10. November

Der Bundesgerichtshof verwirft die Revision gegen das Brandstifter-Urteil des Frankfurter Landgerichts. Baader, Ensslin und Proll setzen sich nach Paris ab; Prolls Schwester Astrid stößt später zu ihnen. Sie wird später für 1 Jahr ein aktives Mitglied der RAF.



Gudrun Ensslin und Andreas Baader in Paris



Astrid Proll, Schwester von Thorwald Proll

1970

Februar

Andreas Baader und Gudrun Ensslin kommen zu Ulrike Meinhof nach Berlin; Meinhof wird später Aktivistin und Sprachrohr. Fälschlicherweise wird die RAF dann "Baader-Meinhof-Bande" genannt.

4. April

Andreas Baader wird in Berlin verhaftet

14. Mai

Ulrike Meinhof, Irene Görgens, Ingrid Schubert und andere befreien Andreas Baader bei einer Ausführung in die Bibliothek Berlin-Dahlem. Ein Bibliothek-Angestellter wird durch einen Schuß in die Leber schwer verletzt.

15. Juni

*Der Spiegel druckt in der Ausgabe 25 die Tonbanderklärung Ulrike Meinhoffs ab; ein Wortlaut:
"Natürlich kann geschossen werden"*

Juni bis August

Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Horst Maler und ca. 15 andere "Genossen" aus Berlin reisen nach Jordanien und lassen sich in einem Camp der "El Fatah" militärisch ausbilden.

29. September

Die Gruppe verübt den "Dreierschlag" in Berlin; sie überfällt zur selben Zeit drei Banken. An der Aktion sind mindestens 16 Personen beteiligt. Beute : über 217.000 Mark.

8. Oktober

*In der Knesebeckstraße 89 in Berlin verhaftet die Polizei HORST MAHLER, INGRID SCHUBERT,
MONIKA BERBERICH, BRIGITTE ASDONK und IRENE GOERGENS.*

1971



Fahndungsfoto des BKA vom 15.2.1971

15.Januar

Bei zwei Überfällen zur selben Zeit erbeutet die Gruppe in Kassel 114.000 Mark

6.Mai

Astrid Proll wird in Hamburg verhaftet

15.Juli

Bei einem Feuergefecht mit der Polizei kommt in Hamburg Petra Schelm ums Leben

22.Oktober

Beim Versuch, drei verdächtige zu überprüfen, wird in Hamburg der Zivilfahnder Norbert Schmidt von einem RAF-Mitglied erschossen. Der Mörder ist bis heute nicht überführt.

22.Dezember

Bei einem Überfall auf die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank in Kaiserslautern erbeutet die Gruppe 134.000 Mark. Dabei erschießen RAF-Mitglieder den Polizeibeamten Herbert Schoner

1972**2.März**

In Notwehr töten ein Polizeibeamter Thomas Weisbecker in Augsburg

3. März

Manfred Grashof erschießt in Hamburg den Kriminalhauptkommissar Hans Eckardt. Grashof selbst wird schwer verletzt und zusammen mit Wolfgang Grundmann verhaftet

11.Mai

Bei einem Bombenanschlag auf das US-Hauptquartier des V.Corps der US-Armee in Frankfurt werden eine Person getötet und dreizehn verletzt ("Kommando Petra Schelm")

12.Mai

Zwei Bomben explodieren in der Polizeidirektion Augsburg, sieben Verletzte. Vor dem Landeskriminalamt in München fliegt eine Autobombe des Kommando Thomas Weisbecker in die Luft. Zehn Menschen werden verletzt. Sachschaden : 600.000 Mark.

15.Mai

In Karlsruhe explodiert eine Bombe unter dem VW Käfer von Bundesrichter Wolfgang Buddenberg, der für die Ermittlungen gegen die Baader-Meinhof-Bande zuständig ist. Buddenbergs Frau wird schwer verletzt ("Kommando Manfred Grashof")

19. Mai

Im Verlagshaus Springer in Hamburg gehen zwei Bomben hoch und verletzen 38 Menschen. Ein "Kommando 2. Juni" (2.Juni 1967: Todestag von Benno Ohnesorg) bezichtigt sich der Tat.

24. Mai

Im Heidelberger Hauptquartier der US-Landstreitkräfte in Europa werden durch zwei Autobomben des "Kommando 15.Juli (15.Juli 1971:Todestag von Petra Schelm) drei Soldaten getötet und fünf Menschen verletzt (5 Jahre später werden für diese 6 Anschläge im Mai'72 Baader, Ensslin und Raspe vom Oberlandesgericht Stuttgart zu lebenslanger Haft verurteilt, Meinhof und Meins sind zu diesem Zeitpunkt schon tot.).

1.Juni

In Frankfurt verhaftet die Polizei Baader, Meins und Raspe

7.Juni

Gudrun Ensslin wird in Hamburg verhaftet

9.Juni

Brigitte Mohnhaupt und Bernhard Braun werden in Berlin verhaftet.

15. Juni

Die Polizei verhaftet Ulrike Meinhof und Gerhard Müller in Hannover-Langenhagen

9. Juli

Festnahme von Klaus Jünschke und Irmgard Möller in Offenbach

1973

17. Januar bis 16. Februar

*Erster kollektiver RAF-Hungerstreik; die Hungerstreik-Erklärung" gibt Andreas Baader im Strafpro-
zeß gegen Horst Mahler in Berlin ab. Die Forderung : Aufhebung der Isolation als
Folter für die Politischen Häftlinge in der BRD*

8. Mai bis 29. Juni

*Insgesamt 40 Häftlinge beteiligen sich am zweiten kollektiven Hungerstreik.
Forderung : Gleichstellung aller politischen Gefangenen mit allen anderen
Gefangenen.*

1974

4. Februar

*Die später nach dem Datum ihrer Verhaftung benannte Gruppe "4.2." wird von der
Polizei im Schlaf überwältigt : in Hamburg Christa Eckes, Helmut Pohl, Ilse
Stachowiak und Eberhard Becker, in Frankfurt Wolfgang Beer, Margrit Schiller und ein
24 jähriger Ex-Student.*

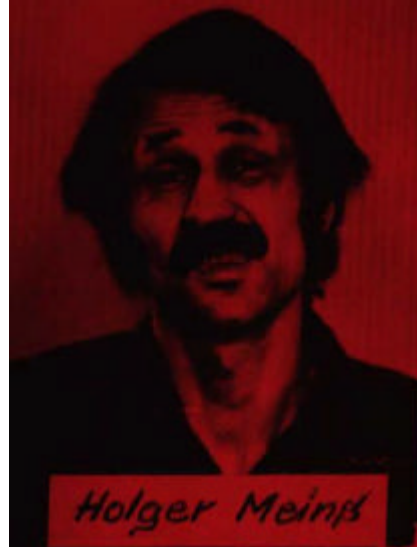
13. September (bis 5. Februar '75)

*Mit großer Entschlossenheit beteiligen sich insgesamt 31 Häftling am dritten
kollektiven Hungerstreik*

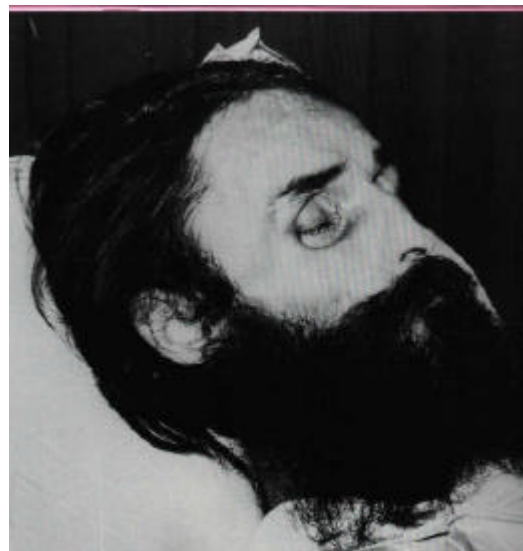
9. November

Holger Meins stirbt an den Folgen des Hungerstreiks

Er ist der erste Hungertote der RAF



Meins bei seiner Festnahme im Juni '72



Meins nach seinem Tod im November '74

1975

24.April

Das RAF-Kommando "Holger Meins" überfällt in Stockholm die bundesdeutsche Botschaft, fordert die Freilassung von 26 Gesinnungsgenossen und erschießt zwei Diplomaten. Die Täter : Lutz Tauber, Karl-Heinz Dellwo, Bernhard Rößner, Hanna Krabbe, Siegfried Hausner und Ulrich Wessel. Wessel kommt bei einer Explosion des von den Terroristen ausgelegten Sprengstoffes ums Leben. Hausner stirbt einige Tage später an den Folgen der Explosion

9.Mai

Ulrike Meinhof begeht, laut offizieller Seite, in ihrer Zelle der Haftanstalt Stuttgart-Stammheim, Selbstmord.

In RAF-Kreisen wird dementiert und behauptet, sie sei ermordet worden.



Foto aus der Zeit, als Ulrike Meinhof noch bei der Zeitung "konkret" war.

1976

30.November

Auf der Autobahn bei Butzbach in Hessen stellt die Polizei Siegfried Haag und Roland Mayer. Die Beamten finden bei ihnen die sogenannten "Haag/Meyer-Papiere", die unter anderem Aufzeichnungen über beabsichtigte Aktionen enthalten.

1977

8.Februar

*Brigitte Mohnhaupt wird aus der Haftanstalt Bühl entlassen.
Sie wird später der führende Kopf der Bande.*

7.März

Das Kommando "Ulrike Meinhof" ermordet in Karlsruhe den Generalsbundesanwalt Siegfried Buback und zwei seiner Begleiter. Knut Folkerts, Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt werden später für diese Tat verurteilt; bei Günther Sonnenberg wird von einer Strafverfolgung abgesehen - er hat schon für andere Delikte lebenslange Haft bekommen.

28.März

Das Oberlandesgericht Stuttgart verurteilt Baader, Ensslin und Raspe zu lebenslanger Haft - wegen vier Morden und 34 versuchten Morden.

1.Juli

Bei einem Überfall auf das Waffengeschäft Fischlein in Frankfurt erbeutet die RAF

fünfzehn Revolver und drei Pistolen. Täter - nach Erkenntnissen der Polizei - waren Knut Folkerts und Willi-Peter Stoll.

30.Juli

Nach einem gescheiterten Entführungsversuch erschießt ein RAF-Kommando Jürgen Ponto, den Sprecher der Dresdner Bank, in seinem Haus in Oberursel. (Später werden deswegen verurteilt: Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar Peter Jürgen Boock, Sieglinde Hoffman und Susanne Albrecht; das Verfahren gegen Adelheid Schulz hat der Bundesgerichtshof wegen der Verurteilung in anderen Fällen eingestellt.) Susanne Albrecht, eine der Täter, war die Paten-Nichte von Ponto...

25.August

Ein Raketenwerfer-Anschlag der RAF auf das Gebäude der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe scheitert, weil die Täter vergaßen, das Läutwerk des Weckers aufzuziehen (in diesem Falle war es Peter-Jürgen Boock, der als Waffenspezialist der RAF galt. Zu diesem Zeitpunkt war Boock schon schwer drogenabhängig.), durch den die Anlage gezündet werden sollte. Für diese Tat werden Boock, Mohnhaupt und Christian Klar später verurteilt.

5.September

*Das RAF-Kommando "Siegfried Hausner" entführt in Köln den Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer.
Im Kugelhagel des Überfalls sterben sein Fahrer und drei Begleitschützer.
Die RAF fordert die Freilassung von elf Gesinnungsgenossen aus der Haft*

22.September

*In Utrecht (Niederlande) erschießt Knut Folkerts einen Polizeibeamten, der versuchte ihn festzunehmen.
Folkerts wird verhaftet; die Deutschen Ermittlungsbehörden versuchen mit Folkert einen Deal :
Zahlung von DM 1.000.000 und eine neue Identität gegen die Nennung des Versteckes der RAF und den Aufenthaltsort von Hanns-Martin Schleyer.
Folkerts lehnt trotz der hohen psychischen Belastung der Festnahme ab.*

13.Oktober

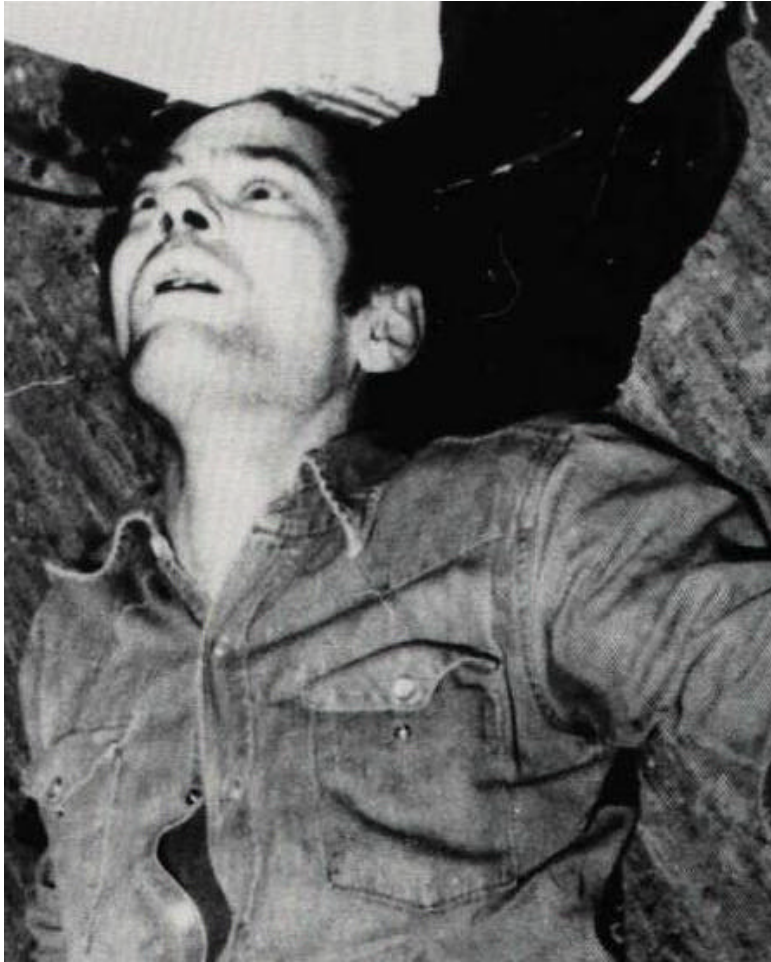
*Auf dem Flug von Mallorca nach Frankfurt entführen arabische Terroristen die Lufthansamaschine "Landshut" und verlangen die Freilassung der inhaftierten RAF-Mitglieder ("Kommando Maryr Halimeh" / "Organisation für den Kampf gegen den Weltimperialismus").
Während der anschließenden Flugodyssee erschießt drei Tage später in Aden der Anführer des Kommandos Zohair Youssif Akache den Landshut- Kapitän Jürgen Schuhmann.*

18.Oktober

Ein GSG 9 - Kommando stürmt die "Landshut" auf dem Flughafen Mugadischu, befreit alle Geiseln und erschießt drei der Entführer. Die Überlebende Souhailah Sayeh wird am 25. April 1978 in Somalia zu 20 Jahren Haft verurteilt

18.Oktober

*Baader, Ensslin und Raspe sterben in im Knast in Stuttgart-Stammheim.
Irmgard Möller wird schwer verletzt mit Stichen in der Brust aufgefunden und gerettet.
Von offizieller Seite wird behauptet, sie hätten sich selbst getötet.
Im engeren sowie auch im weiteren RAF - Umfeld geht man von der Theorie der staatlichen Hinrichtung aus.
Tatsache ist, das Waffen, Sprengstoff und eine kommunikationsanlage in den Zellen der RAF's gefunden wird.*



Baader tot auf dem Boden seiner Zelle. Der dunkle Fleck rechts neben seinem Kopf ist Blut, das aus der Schusswunde am Kopf austrat.



Die Todeswaffe von Jan-Carl-Raspe vor dem Versteck in der Wand seiner Zelle. Es ist eine Walther PP, Kaliber 7,65 ohne Griffschalen

19.Oktober

Die Leiche Hanns-Martin Schleyers wird im Kofferraum eines Audi 100 in Mühlhausen gefunden. Später werden wegen Mordes folgende RAF-Mitglieder angeklagt : Peter Jürgen Boock, Rolf Klemens Wagner, Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar, Adelheid Schulz und Stefan Wisniewski. Bei Rolf Heißler und Angelika Speitel sieht die Bundesanwaltschaft wegen bereits verhängter Haft von einer weiteren Klage ab. Ebenfalls zu keiner Anklage kommt es gegen Knut Folkerts, der in den Niederlanden zu lebenslanger Haft verurteilt wurde (wegen des Polizistenmordes vom 22.9.77). Willy Peter Stoll wird beim Versuch der Festnahme am 6.September 1978 in Düsseldorf erschossen.

1978**11.Mai**

Brigitte Mohnhaupt, Peter Jürgen Boock, Sieglinde Hofmann und Rolf Klemens Wagner werden in Jugoslawien verhaftet. Im November lassen sie die Jugoslawen in ein Land ihrer Wahl ausreisen.

24.September

In einem Wald bei Dortmund kommt es zu einem Feuergefecht zwischen zwei Polizisten und drei RAF-Mitgliedern, nachdem die Beamten die Terroristen bei einem Übungsschießen überrascht hatten. Ein Polizeibeamter und Michael Knoll werden getötet. Angelika Speitel wird verhaftet. Werner Lotze kann entkommen.

1.November

RAF-Mitglieder erschießen in Kerkrade (Holland) zwei niederländische Zollbeamte und verletzen einen schwer.

1979**19.März**

Raf-Überfall auf die Bank für Gemeinwirtschaft in Darmstadt, Beute : 49.000 DM

17.April

RAF-Überfall auf die Schmidt-Bank in Nürnberg, Beute : 200.000 DM

25.Juni

Anschlag auf den Nato-Oberbefehlshaber General Alexander Haig in Obourg/Belgien ("Kommando Andreas Baader"). Haig entgeht der 20 Kilogramm - Sprengladung auf dem Weg ins Nato - Hauptquartier in Brüssel unverletzt, zwei Leibwächter in dem folgenden Begleitfahrzeug werden verletzt. Täter unter anderem : Wagner, Lotze und Albrecht.

19.November

Wagner und drei weitere RAF-Mitglieder überfallen eine Filiale der Schweizer Volksbank in Zürich. Beute : 437000 Schweizer Franken (ca.500.000 Mark). Bei der Flucht erschießen die Täter eine Passantin und verletzen einen Passanten sowie zwei Polizeibeamte.

1980



Fahndungsfoto des BKA vom November 1980

Im Frühjahr schließen sich Teile der "Bewegung 2. Juni" der RAF an.

15.Juli

Bei einem Straßenverkehrsunfall in Bietigheim-Bissingen kommen Juliane Plambeck und Wolfgang Beer ums Leben.

1981

2.Februar bis 18.April

An dem längerfristig vorbereiteten Hungerstreik nehmen 68 Gefangene in 16 Haftanstalten teil. Sie fordern eine Zusammenlegung aller politischen Gefangenen

16.April

Sigurd Debus stirbt an den folgen des Hungerstreiks.

31.August

Das Kommando "Sigurd Debus" verübt auf das Hauptquartier der US-Luftstreikräfte Europa in Ramstein einen Bombenanschlag. 14 Menschen werden verletzt, es

*entsteht ein Sachschaden von 7,2 Millionen Mark.
Helmut Pohl wird später deswegen verurteilt.*

15. September

*In Heidelberg entgeht US-General Frederik Kroesen nur knapp einem Raketenanschlag des "Kommando Gudrun Ensslin". Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar werden später dafür verurteilt.
Mit der selben sorte von Raketen konnten in der DDR die RAF-Aussteiger im selben Zeitraum "üben".*

1982

Juni

Das im Mai verfaßte RAF-Grundsatz-Papier "Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front" ("Mai-Papier") taucht auf.

15. September

Die RAF überfällt eine Filiale der Bochumer Sparkasse in Bochum (Ingrid Jakobsmeier wird später dafür verurteilt)

11. November

Brigitte Mohnhaupt und Adelheid Schulz werden am DEPOT 1 in Heusenstamm/Hessen festgenommen

16. November

Die Polizei nimmt Christian Klar am Depot "Daphne" bei Aumühle im Sachsenwald in der Nähe Hamburgs fest.

1984

2. Juli

In Frankfurt werden in der Berger Straße Ingrid Jakobsmeier, Helmut Pohl, Stefan Frey, Christa Eckes, Ernst-Volker Staub und Barbara Ernst verhaftet. Die Beamten entdecken ein "Aktionspapier" an die Adresse des "Widerstandes"

15. März

Bei einem Banküberfall in Würzburg erbeutet die RAF 171.000 Mark

5. November

Durch einen Überfall auf das Waffengeschäft Walla in Maxdorf bei Ludwigshafen beschafft sich die RAF 22 Handfeuerwaffen, 2 Gewehre sowie 2.800 Schuss Munition. Eva Haule-Frimpong wird dafür später verurteilt.

4. Dezember bis 5. Februar (1985)

39 Häftlinge beteiligen sich am neunten kollektiven RAF-Hungerstreik

18. Dezember

Ein Sprengstoffanschlag auf die Nato-Schule in Oberammergau scheitert durch einen

*technischen Defekt.
Das Kommando Jan Raspe bekennt sich später dafür.
Für diesen Anschlag wird Eva Haule-Frimpong später verurteilt*

1985

15.Januar

Gemeinsames Kommuniqué von RAF und Action Directe : "POUR L'UNITÉ DES RÉVOLUTIONNAIRES EN EUROPE DE L'OUEST" /// "FÜR DIE EINHEIT DER REVOLUTIONÄRE IN WESTEUROPA"

25.Januar

*Ermordung von René Audran in La Celle-Saint-Cloud bei Paris durch das
"Kommando Elisabeth van Dyck"
der Action Directe.*

1.Februar

*Das RAF-Kommando "Patsy o'Hara" ermordet MTU-Chef Ernst Zimmermann in
Gauting bei München*

3.Juni

*Bei einem bewaffneten Überfall auf einen Geldboten des "Esbella"-Marktes in
Kirchentellinsfurt bei Tübingen erbeutet die RAF 157.700 Mark*

7.August

*In Wiesbaden ermordet die RAF den U.S.-Soldaten Edward Pimental, um in den
Besitz seines Ausweises zu kommen.*

8.August

*Anschlag des RAF-Kommandos "George Jackson" auf die U.S.-Airbase in Frankfurt.
Zwei Tote, elf Verletzte und eine Million DM Sachschaden*

1986

31.Januar bis 4.Februar

*In Frankfurt veranstaltet das RAF-Umfeld den Kongreß "Antiimperialistischer und
antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa". Es nehmen ca. 1.000 Teilnehmer teil.*

9.Juli

*Durch eine Sprengladung am Straßenrand ermordet die RAF in Straßlach das
Siemens-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Beckurts und dessen Fahrer Eckhard Groppler
auf dem Weg zur Arbeit "Kommando Mara Cagol"*

2.August

*Verhaftung von Eva Haule-Frimpong, Cristian Kluth und Luitgard Hornstein in
Rüsselsheim in einer Eisdiele*

10.Oktober

*Ermordung von Gerold von Braunmühl in Bonn Ippendorf. Braunmühl war beim
Auswärtigen Amt in Bonn.
Das Kommando "Ingrid Schubert" bekennt sich zu dem Attentat.*

17.November

Die Action Directe ermordet Renault-Chef Georges Besse in Paris

1987

21.Februar

*Führende Mitglieder der Action Directe werden in der Nähe von Orléans in Frankreich
verhaftet.*

1988

20.September

*In Bonn scheitert ein Anschlag auf Finanzstaatssekretär Hans Tietmeyer. Das
Kommando "Khaled Aker" bekennt sich zu dem Attentat.
Die RAF erklärt, die Ursache für das Scheitern sei die nicht funktionierende
Maschinenpistole gewesen, womit zuerst der Fahrer erschossen werden sollte.*

1989

1.Februar bis 12.Mai

47 Häftlinge beteiligen sich am 10. kollektiven Hungerstreik der RAF

30.November

*In Bad Homburg ermordet das RAF-Kommando "Wolfgang Beer" den Deutsche-
Bank-Vorstandssprecher
Alfred Herrhausen mit einer Hohl-Sprengladung, die auf einem Fahrrad am
Straßenrand deponiert wurde.
Mit Herrhausen stirbt auch sein Fahrer.*

1990

2./3. März

Nach einem angeblich von der RAF stammenden Selbstblichungsschreiben, das am 5. März bei zwei Nachrichtenagenturen in Bonn eintrifft, hat die RAF in Kempten / Allgäu einen auf Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle vorbereiteten Anschlag abgebrochen. Acht Wochen später dementiert die RAF in einem eindeutig authentischen Schreiben, mit der angeblichen Kiechle-Aktion etwas zu tun zu haben.

Juni

In der DDR werden zehn RAF-Aussteiger enttarnt:

Susanne Albrecht am 6. Juni in Berlin

Inge Vieth am 12. Juni in Magdeburg

Werner Lotze und Christine Dümlein am 14. Juni in Senftenberg

Ekkehard von Seckendorf-Gudent und Monika Helbin am 14. Juni in Frankfurt/Oder

Sigrid Sternebeck und Baptist Ralf-Friedrich am 15. Juni in Schwedt

Silke Maier-Witt und Henning Beer am 18. Juni in Neubrandenburg

27. Juli

Innenstaatssekretär Hans Neussel entgeht um Haaresbreite einem Sprengstoffanschlag der RAF, als er über die Autobahnausfahrt Bonn-Auerberg zum Bundesinnenministerium fahren will (Kommando José Manuel Sevillano). Neussel kommt mit leichten Verletzungen.

Geheimdienst - Experten sprechen jedoch von einem Anschlag, der eindeutig einem Geheimdienst-Anschlag entspricht; ähnlich dem tödlichen Anschlag auf Herrhausen.

1991

13. Februar

Ein RAF-Kommando feuert 250 Gewehrpatronen von der gegenüberliegenden Rheinseite auf die US-Botschaft in Bonn ("Kommando Vincent Spano").

Die Täter feuerten von einer Mauer aus und benutzten Katzenstreu-Säcke als Unterlagen.

Die Schüsse verletzten keinen, aber man fand noch Kilometerweit hinter der Amerikanischen Botschaft in Privathäusern einschläge der Geschosse.

Dieser Anschlag liegt in der Zeit des "Desert Storm"

18. März

Fünf Ex-Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit werden wegen des Verdachtes der "Beihilfe zum Mord" festgenommen.

Der ebenfalls unter Tatverdacht stehende ehemalige Mfs-Offizier Helmut Voight entgeht der Polizei

Er muß wohl gewarnt worden sein.....

1. April

Ein mutmaßlicher Scharfschütze der RAF ermordet Treuhandchef Detlef Karsten Rohwedder in seinem Haus in Düsseldorf-Oberkassel. Das Kommando "Ulrich Wessel" bekennt sich zur Tat.

Rohwedder stand zu dem Zeitpunkt des Attentates unter ständigem Personenschutz, der uniformierte als auch zivile Personenschützer um sich hatte.

Es muß sehr bezweifelt werden, ob dieser Anschlag der RAF zugeschrieben werden kann.

1992

5. Januar

Auf dem Dreikönigstreffen der FDP in Stuttgart erklärt Bundesjustizminister Klaus Kinkel : " DER STAAT MUß DORT, WO ES ANGEBRACHT IST, ZUR VERSÖHNUNG BEREIT SEIN". Kinkel verweist darauf, daß nach den Vorschriften des Strafgesetzbuches auch für Ex-Terroristen eine vorzeitige Entlassung aus der Haft in Betracht kommt ("Kinkel - Initiative")

10. April

Die RAF erklärt, daß sie die "Eskalation zurücknimmt", "Angriffe auf Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat" vorerst nicht mehr erfolgen, da sie eine politische Diskussion führen wolle.

Erklärung der RAF vom 10.04.1992

WIR HABEN UNS ENTSCHIEDEN, DASS WIR VON UNS AUS DIE ESKALATION ZURÜCKNEHMEN. DASS HEISST, WIR WERDEN ANGRIFFE AUF FÜHRENDE REPRÄSENTANTEN AUS WIRTSCHAFT UND STAAT FÜR DEN JETZT NOTWENDIGEN PROZESS EINSTELLEN.

dieser prozess von diskussionen und aufbau einer gegenmacht von unten schliesst für uns als einen ganz wesentlichen bestandteil den kampf für die freiheit der politischen gefangenen mit ein. aus 20 jahren ausnahmezustand gegen die gefangenen, folter und vernichtung, geht es jetzt darum, ihr recht auf leben durchzusetzen - ihre freiheit erkämpfen !

wenn sie diejenigen, die diesen prozess für sich in die hand nehmen, mit ihrer walze aus repression und vernichtung plattmachen, also weiter auf krieg gegen unten setzen, dann ist für uns die phase des zurück - nehmens der eskalation vorbei - wir werden uns das nicht tatenlos anschauen.

wenn sie uns, also alle, die für eine menschliche gesellschaft kämpfen, nicht leben lassen, dann müssen sie wissen, dass ihre eliten auch nicht leben können. auch wenn es nicht unser interesse ist : krieg kann nur mit krieg beantwortet werden.

rote armee fraktion
10. 4. 1992

Erklärung der RAF vom 29.06.1992

wenn der staat diesen prozeß niedermachen will. ist es eine frage
an alle. wie wir unsere vorstellungen dann dagegen durchkämpfen -
und wir werden uns da nicht aus der verantwortung ziehen.



August

In dem sogenannten "August-Papier" räumt die RAF ein, daß es ihr nicht Gelungen sei, die Grundidee - den "Front-Gedanken" - des "Mai-Papiers" aus dem Jahr 1982 zu verwirklichen. 1988 sei ihr klar geworden, schreibt die dritte RAF-Generation in ihrem ersten Grundsatzpapier, daß der eingeschlagen Weg - Ermordung von Repräsentanten des Staates - nicht zum Erfolg führen könne, deshalb bemühe sie sich nun darum, eine breitere revolutionäre Basis herzustellen.

1993

27. März

*Das Kommando "Katharina Hammerschmidt" verübt mit rund 200 Kilogramm Sprengstoff einen Anschlag auf die Jusitzvollzugsanstalt Weiterstadt bei Darmstadt.
Schaden : rund 100 Millionen Mark*



27. Juni

Bei einem Polizeieinsatz auf dem Bahnhof von Bad Kleinen in Mecklenburg-Vorpommern kommen ein GSG9-Beamter und der mutmaßliche RAF-Terrorist Wolfgang Grams ums Leben. Birgit Hogefeld wird verhaftet. Ein weiteres verdächtiges Paar mit einem Opel Kadett kann flüchten.



Wolfgang Grams



Birgit Hogefeld

Der V-Mann Klaus Steinmetz hat die Polizei auf die Spur der beiden steckbrieflich gesuchten mutmaßlichen Terroristen geführt. Infolge dieses Einsatzes, der als Desaster von Bad Kleinen in die Polizei-Geschichte eingeht, tritt Bundesinnenminister Rudolf Seiders zurück; Generalbundesanwalt Alexander von Stahl wird entlassen.

Der Tathergang von Bad Kleinen

Der Spitzel vom Verfassungsschutz

Die Tötung Wolfgang Grams



Die Bahnunterführung, von wo aus der Zugriff erfolgen sollte.



Blick vom Treppenaufgang zum Bahnsteig 3/4

Folgendes Material stammt von der Verfassungsschutz-Info-CD-Rom aus dem Jahr 1999

Schweigen zur Geschichte der RAF

Nicht eingelöst hat die RAF-Kommandoebene bis heute ihr Versprechen, ein Resümee aus ihrer Geschichte zu ziehen und damit zu dem von ihr geforderten Neuorientierungsprozeß politisch beizutragen. In ihrer Erklärung vom 9. Dezember 1996 kündigte sie zwar an, sie wolle "dazu beitragen, ein kollektives Bewußtsein über unsere Geschichte zu ermöglichen - mit dem Sinn, daraus Erkenntnisse zu gewinnen, die uns allen etwas für eine bessere, freiere, starke und emanzipative Politik für die Umwälzung der Verhältnisse in die Hand gibt". Seitdem herrscht von Seiten der RAF jedoch Schweigen.

Dies ist umso bemerkenswerter, als das Jahr 1997 aufgrund des öffentlichen Interesses für den 20. Jahrestag des sogenannten Deutschen Herbstes Anlaß zu einer entsprechenden Erklärung der RAF geboten hätte.

20 Jahre Deutscher Herbst

Das Thema "20 Jahre Deutscher Herbst" wurde im Laufe des Jahres 1997 sowohl in einer breiten Medienöffentlichkeit als auch in Veranstaltungen der linksextremistischen Szene aufgegriffen. Die Szeneveranstaltungen lebten häufig von dem Auftreten ehemaliger RAF-Inhaftierter, die auf diese Weise ihre Memoiren vermarkteten. So fanden insbesondere im

Oktober und November 1997 in verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens Vortrags- und Informationsveranstaltungen und Buchlesungen mit ehemaligen Mitgliedern der RAF und der "Bewegung 2. Juni" statt. Zum Teil glitt die Auseinandersetzung mit dem Thema "Deutscher Herbst" in Szeneveranstaltungen auf ein primitives Niveau ab. So wurden auf einer "Terrorparty" im "Autonomen Zentrum" in Aachen am 3. Oktober 1997 Imitationen aus der RAF-Zeit mit aggressiv-polemischen Inhalt ausgestellt, darunter, in Anspielung auf ein Mord-Opfer der RAF, Schweinegehacktes. Die Aachener Szeneschrift "streng gemein" (Ausgabe vom 6. November 1997) nahm auf der Titelseite mit dem Hinweis "Herbstzeit" und einer Abbildung sowie im Text auf die "Terrorparty" Bezug.

Im Laufe des Jahres äußerten sich viele "Ehemalige" in Interviews oder auf Veranstaltungen zu ihrer Vergangenheit. Eine einheitliche Auffassung zur Geschichte der RAF war dabei nicht zu erkennen.

Keine Distanz zur Vergangenheit

Nur vereinzelt distanzieren sich ehemalige RAF-Mitglieder wie Klaus Jünschke oder Birgit Hogeferd von der früheren Politik des bewaffneten Kampfes.

Überwiegend rechtfertigten die Ehemaligen ihr damaliges Handeln. So referierten die einstigen Mitglieder der RAF bzw. der "Bewegung 2. Juni" Roland Mayer, Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Gabriele Rollnik auf einer Veranstaltung im Mai 1997 in Zürich unter dem Motto "Der Aufruf war berechtigt". Rollnik bezeichnete dabei den bewaffneten Kampf "als Mittel, das benutzt werden mußte, in dieser geschichtlichen Phase". Die ehemalige RAF-Inhaftierte Irmgard Möller erklärte in einem Interview (Der Spiegel Nr. 17/97 vom 21. April 97): "Es war für mich der richtige Weg, trotz der ganzen Knastjahre ... Es gibt nichts zu bereuen."

Rechtfertigung der Mordanschläge

Die Frage nach den Opfern der Terroranschläge sparten die Ehemaligen aus. In den Veranstaltungen der linksextremistischen Szene gelang dies schon deswegen, weil die Zuhörer in erster Linie an einer abstrakten Gewaltdiskussion und an Wegweisungen für die Zukunft interessiert waren (siehe 3.2.5). Nach den Ermordeten und ihren Angehörigen fragte in der Regel niemand. Soweit die Opferthematik von Ehemaligen angesprochen wurde, die den bewaffneten Kampf als zulässiges Mittel betrachten, schlossen sie die Ermordung der Opfer ausdrücklich in ihre Rechtfertigung mit ein. Irmgard Möller argumentierte zur Ermordung des 1977 von der RAF entführten Arbeitgeberpräsidenten Schleyer: "... wenn man nicht bereit ist, jemanden wie Schleyer zu töten, darf man ihn gar nicht erst entführen." Die Anfang 1997 aus der Haft entlassene ehemalige Angehörige der RAF und "Bewegung 2. Juni", Inge Vieth, erklärte zu ihrer Erschießung eines sie verfolgenden französischen Polizisten in ihrem Buch "Nie war ich furchtloser": "Ich habe all die Jahre nicht das geringste Bedauern für den niedergeschossenen Polizisten empfinden können."

Umfeld kritisiert Aussteiger-Memoiren

Die Aussagen und das Verhalten der Ehemaligen sind im linksextremistischen Spektrum umstritten. Kritisiert wurde zum einen die fehlende Zukunftsperspektive (siehe 3.2.5) und zum anderen, daß die Ehemaligen mit ihren "Aussteiger-Memoiren" aus eigennützigen Motiven Geschichtsverfälschung betrieben. So kam es zu einer öffentlichen

Kontroverse um das Buch "Nie war ich furchtloser" von Inge Viett. Ein ehemaliges Mitglied der "Bewegung 2. Juni" bezeichnete es als "Gehabe, mit dem die alte Stadtguerilla endgültig abgewickelt werden soll", und warf allen MemoirenschreiberInnen vor, die "ehemals kollektiv gemachte antikapitalistische Geschichte zu gewinnbringenden Buchveröffentlichungen, Talk-Show-Auftritten und Lesungen" vorzugsweise vor bürgerlichem Publikum zu vermarkten.

Quellen:



Terroristen

Tobias Wunschik

BAADER-MEINHOF'S KINDER

| | | |
|---|--|---|
|  <p>ALBRECHT Susanne 26 Jahre Größe: 176 bis 178 cm grünbraune Augen, Lefzen leicht geöffnet</p> |  <p>KLAR Christian 28 Jahre Größe: 180 bis 182 cm blau-weiße Augen, Lefzen leicht geöffnet</p> |  <p>SCHULZ Adelheid 25 Jahre Größe: 160 bis 162 cm grünbraune Augen, Lefzen leicht geöffnet</p> |
|  <p>BOOCK Peter, Jürgen 29 Jahre Größe: 172 cm braune Augen, Muttermaut auf rechter Wangenseite</p> |  <p>KRABBE Friederike 30 Jahre Größe: 172 cm blaubraune Augen, kleine gelbliche Blaue</p> |  <p>FREYTAG-LÖFFEL Ekkehard von 40 Jahre Größe: 178 cm braune Augen, Wunde an der linken Wange neben dem Ohr, Brustwunde</p> |
|  <p>DÜMLEIN Christine 31 Jahre Größe: 172 cm braune Augen, Lefzenflack an der linken Wangenseite</p> |  <p>LOTZE Werner, Bernhard 28 Jahre Größe: 177 bis 179 cm braune Augen, Lefzenflack an der linken Wangenseite</p> |  <p>SIEPMANN Ingrid 38 Jahre Größe: 171 cm braune Augen, Lefzenflack links neben der Nase und über linken Augenbraue, zahlreich narbenartige Fleck über der Oberlippe rechts</p> |
|  <p>FRIEDRICH Baptist-Ralf 34 Jahre Größe: 181 cm braune Augen, Muttermaut an linker Stirn- und Wangenseite</p> |  <p>MAIER-WITT Silke 30 Jahre Größe: 171 cm braune Augen</p> |  <p>STERNEBECK Sigrid 31 Jahre Größe: 169 cm braune Augen</p> |
|  <p>MEILMAN Ralf 30 Jahre Größe: 170 cm braune Augen, 2 Muttermaut-Wunden unterhalb des linken Mundwinkels, Muttermaut links vom Kiefer, Wangen gelbliche gelbliche Größe</p> |  <p>GOMMERS Ulrike 30 Jahre Größe: 160 bis 162 cm braune Augen, Brustwunde</p> |  <p>MEISSNER Ingrid 30 Jahre Größe: 165 cm braune Augen, Lefzenflack rechts neben der Nase, Muttermaut unterhalb des linken Mundwinkels, zahlreich narbenartige Fleck</p> |

DIE ZWEITE GENERATION DER RAF

Für Hinweise, die zur Ergreifung einer der genannten Personen führen, sind je 50.000 DM als Belohnung ausgesetzt, die unter Ausschluss des Rechtsweges anerkannt und
verleitet werden. Die Belohnungen sind nicht für Personen bestimmt, zu deren Berufspflichten die Verfolgung strafbarer Handlungen gehört.

Vorsicht Schußwaffen!

Westdeutscher Verlag



und natürlich der Film "Todesspiel", Teil 1 und 2

Das Desaster von Bad Kleinen

Die Tötung von Wolfgang Grams

Die Verhaftung von Birgit Hogefeld

Der Tod des GSG9-Beamten Michael Newrzella



Wolfgang Grams



Die Kollegen von Newrzella bei seiner Beerdigung



Birgit Hogefeld

Heute, wo ich diese Zeilen schreibe, frage ich mich was damals wirklich passiert ist...

Wurde Wolfgang Grams wirklich erschossen, oder tötete er sich selbst (mit Absicht oder aus versehen)???

Wer hat den GSG9-Beamten Michael Newrzella getötet (seine Kollegen durch einen Querschläger oder Grams)???

Wieso wurde Birgit Hogefeld des versuchten Mordes angeklagt, obwohl sie direkt zu Beginn des Zugriffs durch die Bundesgrenzschutzgruppe überwältigt und entwaffnet wurde (sie hatte schließlich nicht die Möglichkeit, ihre Waffe zu ziehen, geschweige denn zu schießen)

All das will ich behandeln; eine Antwort kann ich nicht geben - ich war schließlich nicht dabei; wie all die "Gutachter".

LOS GEHT'S!

Der Spitzel...

Ohne den Spitzel Klaus Steinmetz hätte es Bad Kleinen nicht gegeben, wäre Birgit Hogefeld nicht verhaftet und Wolfgang Grams nicht erschossen worden. In 23 Jahren ist es dem Staatsschutz nur drei-viermal gelungen, einen Spitzel an die RAF heranzuführen. Wie Steinmetz konkret an die RAF heran kam, wissen wir nicht, dazu wurde bis heute nichts gesagt. Wir können hier nur seinen Werdegang in der linken Szene beschreiben.

Die Spitzel-Karriere von Klaus Steinmetz ist das Produkt von Anfang der 80'er Jahre vage bekannt gewordenen Geheimdienstprogrammen, die das Ziel hatten, durch langfristig eingesetzte "Perspektivagenten" - kalkuliert wurde mit mehreren Jahren - an die RAF heranzukommen. Diese "Perspektivagenten" sollten u.a. in der linken Szene angeworben werden.

"Ausgangspunkt war, jemanden anzuwerben, der Sympathien für die Szene hatte. Das war die Voraussetzung, die den Erfolg sehr viel wahrscheinlicher machte, als den eines von außen eingeschleusten und speziell ausgebildeten Geheimdienstbeamten, dem die Lebensweise und das Denken der Szene völlig fremd sind und damit äußerlich bleiben."¹

Klaus Steinmetz hatte, oberflächlich betrachtet, eine "politische Geschichte" wie viele andere in der linken Szene

1983 war Steinmetz in Kaiserslautern in einer Gruppe aus der Friedensbewegung und ASTA-Referent an der Uni. Ab 1985 fuhr er öfter an die Startbahn-West und bekam dadurch Kontakte zu Leuten aus Frankfurt. Im gleichen Jahr zog er nach Mainz, arbeitete in einem Lateinamerika-Komitee und bekam Kontakt zu Leuten aus der autonomen Szene. Die Ereignisse um den Tod von Günter Saré in Frankfurt und die Startbahn-West standen im Mittelpunkt seiner "politischen Arbeit". 1986 nahm er an vielen militanten Demonstrationen im Zusammenhang der Anti-AKW-Kämpfe und Tschernobyl teil. Ende '86 zog er mit einem Genossen aus Mainz nach Wiesbaden. Dort gab es die erste Hausdurchsuchung wegen einem Brandanschlag bei Nazi-Müller in Mainz. Die Ermittlungen liefen jedoch gegen seinen Mitbewohner. 1987 bekam er Kontakt zu Einzelnen aus der Wiesbadener Autonomen Antifa und Leuten aus dem anti-imperialistischen Widerstand. Er beteiligte sich damals an der Vorbereitung einer bundesweiten Demonstration in Stuttgart zum zehnten Jahrestag des Todes der Gefangenen aus der RAF in Stammheim am 18.10.77.

Nach den tödlichen Schüssen auf zwei Polizisten an der Startbahn-West in der Nacht vom 2.11.87 wurde die ganze linksradikale Szene im gesamten Rhein-Main-Gebiet eine Ringfahndung mit einer

scharfen Repressionswelle überzogen. Steinmetz wurde, wie viele andere auch, bei einer Hausdurchsuchung festgenommen.

Im Frühjahr 1988 beteiligte er sich an einer militanten Aktion im Zusammenhang mit dem Hungerstreik der französischen Gefangenen aus "Action Directe" gegen das "Institut Français" in Frankfurt. Im Herbst 1988 wurde der Infoladen in Wiesbaden eröffnet. Es war ein gemeinsames Projekt (Treffpunkt für Diskussionen, Veranstaltungen, Infoaustausch ect.) von Leuten aus dem autonomen und anti-imperialistischen Spektrum. Steinmetz beteiligte sich teilweise an Diskussionen und praktischen Arbeiten.

Im Mai '89 wurde er zusammen mit seinem Mitbewohner bei einem Einbruch in Ingelheim festgenommen. Die Polizei fand in seinem Computerladen einen Computer aus einem weiteren Einbruch. In erster Instanz wurden beide zu 11/2 Jahren verurteilt, das Urteil wurde jedoch in der Revision zur Bewährung ausgesetzt.

In den folgenden Jahren war er bei verschiedenen Vorbereitungen von Hausbesetzungen dabei und unterstützte die Besetzungen von außen. Nachdem er kurze Zeit in einer Internationalismus-Gruppe arbeitete, trat er im Februar '93 der Antifa Mainz/Wiesbaden bei. Zuletzt zeigte er großes Interesse an bundesweiten Organisationsansätzen wie der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation und der Initiative der Berliner Gruppe F.e.I.S.

Steinmetz persönliche und politische Geschichte war überprüfbar, es war keine vom Geheimdienst geschaffene Legende. Es gab Kontakte zu Leuten in Kaiserslautern, die zeitweise mit ihm politisch zusammen gearbeitet haben. Mehrere Male fanden auf dem Bauernhof seiner Eltern größere politische Treffen statt, auf denen Leute auch seine Mutter kennenlernten.

Ende der 80er Jahre gab es von autonomen und antiimperialistischen Zusammenhängen des Widerstands Bemühungen, alte Spaltungen zu überwinden und stärker politisch zusammenzuarbeiten. Bei diesen Initiativen - zum Beispiel Stammheim-Demo in Stuttgart, Institut Français, Infoladeneröffnung in Wiesbaden - hat er sich stets beteiligt. Er wurde als jemand wahrgenommen, der von alten Abgrenzungen weg und "weiter" will. Abgesehen von dieser "Offenheit" hat er kaum weitere politische Substanz gezeigt. Daß er z. B. in Diskussionen den Mund nicht aufgekriegt hat, wurde zwar negativ registriert, aber man arrangierte sich damit. Steinmetz glich dieses Manko dadurch aus, daß er sich als "Praktiker" vermittelte.

Er hat sich im Laufe der Jahre in der linken Szene Vertrauen durch ein "augenscheinlich" radikales Verhältnis zum Staat und durch Hilfsbereitschaft bei bestimmten praktischen Arbeiten geschaffen. Das reichte von einfachen, auch alltäglichen Hilfestellungen und guten praktische Ideen bis zur Mitarbeit in einer Gruppe, die versuchte, einer Person zu helfen, die durch die starke staatliche Repression nach den Schüssen an der Startbahn gezwungen war, "abzutauchen". Bei Demos konnte er Leute aus Festnahmesituationen wieder raushauen.

Durch Teilnahme an vielen militanten/illegalen Aktionen verschaffte er sich Vertrauen und Anerkennung. Er verstand es auch, mit diesem Bonus zu arbeiten, indem er Leuten, zu denen er Kontakt bekommen wollte, andeutete, wo und was er schon mitgemacht habe. Er hatte langjährige Kontakte zu Leuten aus der linken Szene in verschiedenen Städten - eine Tatsache, die auch oft zu einem vertrauensvollen Bild von jemanden führt. Immer wieder hat er auch seine Beziehungen zu Frauen eingesetzt, um Kontakte zu für ihn interessanten Zusammenhängen zu knüpfen.

Steinmetz' "Erfolg" lag nicht so sehr daran, daß er und der Verfassungsschutz so "gut" waren, sondern v.a. an der desolaten Situation der betroffenen politischen Zusammenhänge.

Es hat einige Hinweise gegeben, die, wäre mensch ihnen nachgegangen, Mißtrauen hätten erzeugen können. Ob er dadurch als Spitzel enttarnt worden wäre, bleibt dahingestellt, jedoch hätte er mit Sicherheit nicht den Weg bis zur RAF gehen können und seine Geheimdiensttätigkeit hätte nicht eine solche politische Dimension erreicht und solchen Schaden anrichten können.

1983, als Steinmetz noch in der Friedensbewegung und ASTA-Referent war, hatte seine Gruppe einen Spitzelverdacht gegen einen Dritten. Steinmetz ging dem nach und erklärte später, daß es sich tatsächlich um einen Spitzel gehandelt habe. Desweiteren erzählte er der Gruppe kurze Zeit später, er habe ein Büro des Verfassungsschutzes ausfindig gemacht und wolle Fotos davon machen. Ihm wurde davon abgeraten, er machte es aber trotzdem. Als ihn eine Frau später auf die Fotos ansprach, druckte er herum und sagte, er habe sie nicht mehr. Der Verfassungsschutz sei bei ihm auf der Arbeit erschienen und habe ihn unter Druck gesetzt, um an die Bilder zu kommen. Jahre später zeigte er einem Genossen in einer anderen Stadt diese Bilder. Einer anderen Freundin, die ihm davon abriet, sich auf irgendetwas mit dem Verfassungsschutz einzulassen, antwortete er, er wolle sich mal zum Schein darauf einlassen, um an Infos zu kommen.

Im Januar 1985 gab es an der Universität Kaiserslautern eine Veranstaltung zu den politischen

Gefangenen. Der ASTA trat als Mitveranstalter auf. Aufgrund dieser Veranstaltung kam es zu Ermittlungsverfahren gegen neun Leute aus dem antiimperialistischen Spektrum, die für manche mit Haftstrafen endeten. Wie einige andere mußte auch Steinmetz als ASTA-Referent zur Vernehmung. Er war allerdings der Einzige, der keinen Anwalt mitnahm und dessen Vernehmung Stunden dauerte. Als er gefragt wurde, was er erzählt habe, behauptete er: "nichts Wichtiges, nichts Wesentliches" und drückte sich um klare Aussagen herum. Trotzdem wurde er von GenossInnen aus dem antiimperialistischen Spektrum damit entschuldigt, daß er neu und unerfahren sei. Steinmetz war im Lauf der Jahre immer wieder in unterschiedlicher Weise "mit der Staatsmacht konfrontiert". Sei es bei der erwähnten Aktion gegen das "Institut Français", wo bei ihm die Quittung eines Strafzettels gefunden wurde, die auf seine Beteiligung an der Aktion hinwies; oder 1986, als bei einer Hausdurchsuchung bei ihm eine handschriftliche Erklärung zu einer Aktion gefunden wurde, die nicht stattgefunden hatte. Beide Male hatte das keine strafrechtlichen Konsequenzen für ihn. So wurde zwar wegen der Aktion gegen das "Institut Français" gegen ihn ermittelt, das Verfahren wurde jedoch eingestellt. Auch für seinen Einbruch bekam er im Berufungsverfahren "lediglich" eine Bewährungsstrafe. Das war insofern ungewöhnlich, als normalerweise gerade Menschen aus dem linksradikalen Spektrum auch aus geringeren Anlässen mit Knaststrafen belegt werden. Auch die Andeutungen, die er immer wieder machte, um jemandes Vertrauen zu gewinnen, hätten in ihrer Summe zu Konsequenzen im Umgang mit ihm führen müssen. Sie wurden allerdings erst zusammen getragen, als er schon längst aufgefliegen war. Einmal wurde er sogar aus einer fremden Wohnung hinausgeworfen, weil er zu offensichtlich in einer Schublade "geschnüffelt" hatte. Er schaffte es aber wieder, sich mit angeblichen "Unklarheiten" Anderer rauszuwinden und persönliche Beziehungen zu funktionalisieren, um zumindest wieder geduldet zu werden. Zugute kam ihm dabei, daß der Vorfall sich in einer anderen Stadt ereignet hatte. Zu den Fehlern und Schwächen von linken Strukturen, die es ihm ermöglicht haben, bis zum Ende unerkannt zu bleiben, gehört sicher die Unentschiedenheit im Umgang mit Situationen, in denen er sich eigentlich verraten hat. Er hat es jedesmal geschafft, sich aus prekären Situationen rauszuwinden. Dabei hat er immer mit seiner "sozialen Schwäche" und seinen "Scheiß-Strukturen" argumentiert und tiefgreifende Besserung gelobt - meist ist es ihm eine zeitlang auch gelungen, diese "Besserung" vorzutäuschen.

Wesentlichere Ursache für seinen Erfolg war aber die politische Schwäche, in die sein Einsatz hineinstieß.

Seit Mitte der 80er Jahre geriet der radikale linke Widerstand in der BRD immer mehr in die politische Defensive. Der überwiegende Teil der Militanten zog sich entweder ganz aus der politischen Praxis zurück oder verfiel zunehmend in einen Aktionismus, dessen fehlende politische Substanz durch abstrakte und kurzatmige Bestimmungen ersetzt wurde. In dieser Situation konnte sich Steinmetz bewegen, ohne daß seine fehlende politische Identität Anlaß zu tiefgreifender Kritik hätte sein können. Den Aktiven selbst war die eigene Bestimmung zunehmend verloren gegangen. Es reichte, daß Steinmetz vorgab, auch nach neuen Wegen zu suchen, und das er die jeweils angesagten schnell wechselnden "Strategien" kommentierend oder praktisch helfend begleitete, um akzeptiert zu werden. Die Hohlheit seiner Phrasen wurde wohl wahrgenommen, stach aber aus der allgemeinen Orientierungs- und Inhaltslosigkeit nicht sehr auffallend hervor. Seine "Fehler" blieben stehen als ein Problem unter vielen. In so einer politischen Situation können auch die Sicherheitskriterien gegen Spitzel, die immer nur formal und lediglich eine Hilfestellung sein können, nichts nützen.

Diese Kritik der eigenen Fehler soll aber den Staatsschutzangriff nicht verharmlosen und den Spitzel nicht reinwaschen.

Steinmetz war kein Verräter, sondern ein Agent. War er vielleicht am Anfang noch erpresst worden (eine beim Verfassungsschutz gebräuchliche Anwerbemethode) und hat ihm das Szeneleben auch sichtlich gut gefallen, so hat er doch in den fast 10 Jahren seiner Spitzeltätigkeit ausdauernd, zielstrebig und initiativ den Kontakt zu verschiedenen Zusammenhängen der legalen Linken und zur RAF gesucht und sie ausspioniert.

Steinmetz war auch nicht der gewaltlose Idealist und "Vermittler", als den ihn der Verfassungsschutz jetzt gerne darstellen will. "Vermittelt" hat er nur dann, wenn ihm ein Konflikt zu unbequem wurde und mensch ihm keine Möglichkeit gelassen hat, sich rauszuziehen.

"Wir wissen und der Verfassungsschutz weiß das auch, daß Steinmetz immer wieder an militanten Aktionen teilgenommen hat, die juristisch Straftatbestände wie "schwerer Landfriedensbruch" und "schwere Sachbeschädigung" erfüllten." Ein Beispiel ist die oben erwähnte Aktion gegen das "Institut Français". Die Teilnahme von Steinmetz an solchen Aktionen war natürlich im Sinne des Verfassungsschutzes und muß ihm spätestens mit dem diesbezüglichen Verfahren gegen ihn bekannt

geworden sein. Das Gesülze vom gewaltlosen Idealisten hat den Zweck, seine Dienstherrn zu entlasten.

Quelle:Nadir

Vorlauf

»Ich bedaure (...), daß ich am Mittwoch (30.6.93, Anm. d. V.), als ich und mein Mitarbeiter hier vorgetragen haben, nicht den Wissensstand hatte, den ich heute habe. Ich bedaure auch, daß ich heute noch nicht so viel weiß, wie ich morgen, übermorgen oder, wie Herr Generalbundesanwalt von Stahl gesagt hat, in drei Monaten wissen werde. Schließlich und endlich - und das ganz besonders - bedaure ich, daß Sie meine Damen und Herren, den Eindruck gewonnen haben, wir hätten Sie belogen«

Der Vizepräsident des BKA, Köhler, in der 71. Sitzung des Innenausschusses des deutschen Bundestages vom 30.6.1993

Mitte April hatten sich Wolfgang Grams, Birgit Hogefeld und der VS-Spitzel Steinmetz in Cochem getroffen. Birgit Hogefeld hatte dort mit Steinmetz ein weiteres Treffen am 24. Juni in Bad Kleinen verabredet. Ab diesem Zeitpunkt begannen die Vorbereitungen für eine Festnahme von Birgit Hogefeld. Ende April machten sich die ersten Verfassungsschutz-Beamten des Landes Rheinland-Pfalz zu einer »Inaugenscheinnahme« auf den Weg nach Bad Kleinen. Es folgten unzählige gegenseitige Unterrichtungen und Besprechungen von Generalbundesanwalt (GBA), dem Präsidenten des BKA, dem Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, dem Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz und anderen. Bei einer Sitzung am 13. Mai 1993, an der Generalbundesanwalt von Stahl, die Präsidenten des BKA und des Bundesamtes für Verfassungsschutz, der Leiter des Verfassungsschutzes Rheinland-Pfalz und weitere Beamte teilnahmen, wurde vom GBA die Festnahme Birgit Hogefelds angeordnet. »Maßgeblich für diese Entscheidung war die Überlegung, daß mit Haftbefehl gesuchte Terroristen nicht entkommen durften, zumal nicht sicher war, ob es noch zu einem weiteren Treffen zwischen der V-Person und Mitgliedern der öKommandoebeneÐ kommen würde.« 1

Bei diesem Treffen übertrug von Stahl die Gesamtverantwortlichkeit für die Festnahme dem BKA. Die weiteren Vorbereitungen und Gesamtmaßnahmen wurden in mindestens vier Sitzungen der Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung (KGT) unter Hinzuziehung eines Vertreters der GSG 9 erörtert.

Am 15. und 16. Mai fand eine erste gemeinsame Aufklärung des Einsatzraumes um Bad Kleinen durch MEK-Kräfte des BKA und GSG 9-Kräfte statt. »Dabei wurde Anschauungsmaterial gefertigt (Videoaufnahmen von Landschaft, Orten und Plätzen sowie Fotodokumentationen über mögliche Zugriffsorte, u.a. Bahnhof Bad Kleinen).« 2

Ab dem 22. Juni 1993 wurde für die Festnahme einer einzigen Person 3 ein gigantischer organisatorischer Apparat, genannt »Weinprobe«, errichtet. Allein im Einsatzraum Bad Kleinen bestand dieser Apparat nach BKA-Aussagen aus 120 Kräften. Die Operation »Weinprobe« umfaßte: 4

eine Befehlsstelle im BKA in Wiesbaden.

Diese war rund um die Uhr besetzt mit der Polizeiführung und einer Vertretung der Bundesanwaltschaft. Zusätzlich war zeitweise ein Beamter des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes anwesend.

Die Befehlsstelle im BKA war in 3 Einsatzabschnitte unterteilt:

eine örtliche Befehlsstelle in Wismar

Diese umfaßte 5 Unterabschnitte. Oberster Polizeiführer und Verantwortlicher war der Leiter des MEK des BKA. Ihm unterstellt waren 97 Kräfte von BKA und GSG 9. Er verfügte in dieser Zeit über vier Verfolgungshubschrauber und einen Hubschrauber für den Transport von Spezialkräften.

eine BKA-Sonderkommission mit Sitz in Lübeck

Diese war in drei Unterabschnitte unterteilt und insgesamt mit 23 Kräften besetzt.

Verbindungsbeamte beim Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern.

Hinzu kamen noch der gesamte Führungsstab in Wiesbaden, fünf Spurentechniker der Kriminalpolizeiinspektion Schwerin und acht von Wiesbaden eingeflogene Tatortbeamte.

Folgende Maßnahmen wurden im Vorfeld der Festnahme getroffen:

Für das am Mittag des 24. Juni geplante Treffen des Spitzels Steinmetz mit Birgit Hogefeld war für einen Teil des Bahnhofsbereiches von Bad Kleinen eine Video-Fernüberwachung aufgebaut worden. Es erfolgte eine vom BKA angeordnete akustische Überwachung, die angeblich ergebnislos blieb. Die dabei fünf aufgezeichneten Bänder sollen keine auswertbaren Aufnahmen enthalten.

Es wurde angeordnet, ab 26. Juni alle Telefonzellen zu überwachen, die für Birgit Hogefeld günstig zu erreichen gewesen wären. Diese Telefonüberwachung konnte angeblich aus technischen Gründen nicht geschaltet werden.

Eine stationäre Observation mit Videokamera zur Beobachtung des Zuganges zum Haus, in dem Birgit Hogefeld und Steinmetz eine Ferienwohnung gemietet hatten. Das Videoband wurde angeblich sofort nach Verlassen der Wohnung gelöscht.

Der Spitzel Steinmetz war mit einem Peilsender und einem »Personenschutzsender« ausgestattet. Über letzteren konnten die Polizeikräfte Steinmetz¹ Gespräche mithören. Er soll größtenteils keine verwertbaren Ergebnisse gebracht haben.

Die »Observationslücke« in Wismar

Laut Zwischenbericht der Bundesregierung soll das Treffen von Birgit Hogefeld und dem V-Mann Steinmetz am Donnerstag, den 24. Juni, um 13.11 Uhr auf dem Bahnhof Bad Kleinen videoüberwacht begonnen haben. Beide fuhren kurze Zeit später mit dem Zug nach Wismar weiter. »Am 25. Juni 1993 abends wurden sie aufgrund des Peilsenders geortet.« 5, und zwar in einer Ferienwohnung in Wismar.

Am 26. Juni sollen sich die beide in der Ferienwohnung aufgehalten haben. »Während des Aufenthaltes haben - wie später festgestellt wurde - Hogefeld und die V-Person die Wohnung, jedenfalls am 26. Juni, zeitweise verlassen. Die Observationskräfte hatten vom Verlassen der Wohnung keine Kenntnis.« 6 Im Abschlußbericht der Bundesregierung wird sogar von einem mehrfachen Verlassen der Wohnung während des Ferienaufenthaltes gesprochen, ohne daß dies bemerkt wurde.⁷ Das hieße, die Spezialisten des BKA hätten trotz enormem fahndungstechnischen und personellen Aufwand 1 H Tage gebraucht, um ihre Zielperson ausfindig zu machen.

Das BKA und die Bundesregierung behaupten demnach, daß die Einsatzkräfte in diesen 2 H Tagen, die Birgit Hogefeld und Steinmetz in Wismar verbrachten - den Abreisetag nicht mitgerechnet - die beiden lediglich in der Nacht vom 25. auf den 26. Juni unter Kontrolle hatte. Die angebliche »Observationslücke« in Wismar und die Vernichtung der Videobänder dieser stationären Observation - noch bevor Birgit Hogefeld überhaupt festgenommen war - sind ein gesondertes Kapitel in der Beweisvernichtung durch das BKA.

»Gleichermaßen auf Zugriff wie auf Schutz der V-Person ausgerichtet«

Laut veröffentlichtem Zwischenbericht der Bundesregierung hat die KGT als obersten Grundsatz des Einsatzes formuliert, er solle »gleichermaßen auf Zugriff wie auf Schutz der V-Person ausgerichtet (werden, d. V.) (...) damit die Arbeit mit der V-Person weitergeführt werden kann.« 8 Grundlage der Einsatzkonzeption war also, Birgit Hogefeld erst festzunehmen, wenn sie sich von Steinmetz getrennt hat. Die daraus folgende Empfehlung soll gewesen sein, einen Zugriff am Urlaubsort Wismar durchzuführen.

Man kann davon ausgehen, daß der oben genannte Grundsatz, den Spitzel aus allem herauszuhalten, um seine Dienste auch weiterhin in Anspruch zu nehmen, ernst gemeint war. Dann ist aber unverständlich, warum der Zugriff am Urlaubsort erfolgen sollte. Birgit Hogefeld und Steinmetz hatten sich Zeit genommen, um ein paar Tage miteinander zu reden. Aus welchem Grund sollten sie sich in dieser kurzen Zeit trennen? Das wäre aber Voraussetzung gewesen, um Steinmetz eine Legende für sein »Entkommen« zu verschaffen. Ein weiterer Widerspruch ist, daß der Verfassungsschutz seinem Mitarbeiter Steinmetz eingeschärft hatte, daß er am Sonntag Mittag seine Heimreise anzutreten hätte. Es war also von Anfang an klar und geplant, daß Steinmetz sich spätestens am Sonntag mittag von Birgit Hogefeld trennen würde. Darüber waren sowohl der Leiter

des MEK als auch der Einsatzleiter für den Zugriff informiert. Damit wären alle Voraussetzungen der Einsatzkonzeption erfüllt gewesen. Der V-Mann wäre unerkannt nach Hause gefahren und die GSG 9 hätte Birgit Hogefeld festgenommen. Der Zwischenbericht legt denn auch eine seitenlange, auffällig ausschweifende Rechtfertigung für die am Urlaubsort selbst durchzuführende Festnahme vor.

»Wo es zu dem Treffen mit anderen Personen kommen sollte, war zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt. Wohin sich Hogefeld und die V-Person begeben würden, war offen.«
aus dem veröffentlichten Zwischenbericht der Bundesregierung, S. 35

Laut offizieller Version soll konkret geplant gewesen sein, abzuwarten, bis Birgit Hogefeld und Steinmetz ihre Ferienwohnung verlassen und zur circa einen Kilometer entfernten Bushaltestelle laufen. Auf diesem Weg sollte Birgit Hogefeld von einem GSG 9-Trupp aus einem VW-Bus heraus überrumpelt, in den Bus gezogen und weggebracht werden. Dadurch sollte die Festnahme vor der Öffentlichkeit verborgen werden. Steinmetz wäre dem Verfassungsschutz übergeben worden. Der Einsatzführer für die Operation »Weinlese« behauptet in seiner Vernehmung allen Ernstes, man sei davon ausgegangen, daß Birgit Hogefeld nach der Festnahme die Anwesenheit des Spitzel geheimgehalten hätte, da sie nicht hätte zugeben können, einem V-Mann aufgesessen zu sein. Am Sonntag, den 27. Juni, gegen 11.00 Uhr gaben Birgit Hogefeld und Steinmetz die Ferienwohnung in Wismar auf. Birgit Hogefeld verabschiedete sich vom Vermieter und wechselte noch ein paar belanglose Worte mit ihm. Er fragte, ob der Urlaub zu Ende sei und sie wieder arbeiten müßten. Sie antwortete, daß sie noch etwas Zeit hätten und sich noch mit Freunden treffen wollten. Dieses Gespräch hörten die BKA-Kräfte über Steinmetz¹ Personenschutzsender mit. Draußen um die Ecke fuhr schon der Kleinbus mit dem GSG 9-SET an. Aufgrund dieses Geplauders Birgit Hogefelds mit dem Vermieter der Ferienwohnung, daß sie Freunde treffen würden, soll nun angeblich auf Weisung der Einsatzleitung die gesamte Aktion Sekunden vor ihrer Ausführung abgebrochen worden sein. Birgit Hogefeld und der Spitzel Steinmetz fuhren dann mit dem Bus zum Bahnhof und von dort mit der Bahn nach Bad Kleinen, begleitet von Kräften der GSG 9 und des MEK. Gegen 13.00 Uhr verließen sie dort den Zug und gingen in das Billardcafé, eine Gaststätte auf dem Bahnhofsgelände. Die offizielle Version um die abgebrochene Festnahme in Wismar ist an sich schon widersprüchlich und unglaublich genug. Hinzu kommt aber, daß der Spitzel Steinmetz schon seit zwei bis drei Tagen wußte, daß sie am Sonntag mit Wolfgang Grams zusammentreffen würden. Über den Abhörsender dürfte dieser Umstand auch den Polizeikräften nicht verborgen geblieben sein. Ihre Version der Ereignisse ist damit hinfällig.

»Ich hatte schon beim letzten Mal gesagt: Die Einsatzkräfte der Polizei sind am Zugriffsort nicht vom Himmel gefallen. Es hat eine Vorbereitungsphase gegeben, eine planerische und eine echte Vorbereitungsphase.«
Generalbundesanwalt von Stahl in der 71. Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vom 2.7.93

Wahrscheinlicher ist, daß die gesamte Aktion nie für Wismar geplant gewesen ist, sondern für den Bahnhof von Bad Kleinen. Dort wurde schon Wochen vorher aufgeklärt, man kannte die Baulichkeiten des Bahnhofs und die Zugriffsmöglichkeiten, hatte Video-Material erstellt, die Funkmöglichkeiten im Tunnel überprüft und eigens einen Hubschrauber als Relais-Station mitgebracht, damit kein Funkschatten entstehen kann. Schon ab 8.30 Uhr war am 27.6.93 in Bad Kleinen ein Zugriffs-SET einsatzbereit.

Präventive Vorbereitungen für den Zugriff auf dem Bahnhof werden auch durch Aussagen zweier Zeugen des BGS der Bahnpolizei Schwerin nahegelegt. Sie erklärten, daß schon Freitags - also einen Tag nach dem Zusammentreffen von Birgit Hogefeld und dem V-Mann Steinmetz und zwei Tage vor dem Schußwechsel - auf ihrer Dienststelle in Schwerin ein Fax eingegangen sei mit dem Einsatzbefehl, am Sonntagnachmittag (dem Tag der Festnahme, Anm. d. V) den Bahnhof Bad Kleinen abzusichern. Grund für diese Maßnahme sei ein dort haltender Zug, in dem eine hohe Persönlichkeit mitreise. Für die konkrete Sicherung würden sie nicht gebraucht, diese erfolge durch das BKA. Der Zug würde um 15.55 Uhr dort halten.

Dieses Fax macht stutzig. Die BKA-Kräfte mußten bei ihrer Planung davon ausgehen, daß der zuständigen Dienststelle für den Bahnhof Bad Kleinen eine Festnahme, wenn auch außerhalb jeder Öffentlichkeit geplant, nicht entgehen würde. Tatsächlich fragte auch die Reichsbahndirektion Schwerin am Sonntag gegen 15.15 Uhr telefonisch bei der Bahnpolizeiwache Schwerin an, wegen welcher polizeilichen Maßnahme der Zugverkehr eingestellt sei. Die Polizeidirektion Schwerin teilte

schließlich um 15.20 Uhr mit: Schußwaffengebrauch auf dem Bahnhof Bad Kleinen.
Wenn man davon ausgeht, daß Ort und Zeit für die Festnahme schon feststanden - dann nämlich, wenn V-Mann Steinmetz um 15.19 Uhr mit dem Zug Richtung Lübeck abfahren würde - dann war die Uhrzeit, für die die Bahnpolizei Schwerin angefordert wurde, für die Planung optimal: später als die geplante Festnahme, um die Bahnpolizeibeamten als unerwünschte Zeugen außen vor zu halten, aber rechtzeitig genug, damit sie bei der Absperrung des Bahnhofsbereichs vor Schaulustigen mithelfen können. Aber auch, um ihnen aufgrund ihrer Zuständigkeit noch eine Funktion bei dieser Aktion zuzugestehen.

Es ist davon auszugehen, daß das Fax mit der Ankündigung der Durchfahrt einer hohen Persönlichkeit eine Finte ist. Keine der Bahnbediensteten von Bad Kleinen selbst - diese hätten schließlich informiert sein müssen - macht Angaben darüber.

veröffentlichter Zwischenbericht der Bundesregierung zu der Polizeiaktion am 27. Juni 1993 in Bad Kleinen, S. 21

a.a.O., S. 26

so sagt es jedenfalls die offizielle Version

zusammengefaßt nach: Erklärung des Bundeskriminalamtes zum Polizeieinsatz in Bad Kleinen u. veröffentlichter Zwischenbericht...

veröffentlichter Zwischenbericht..., S. 31

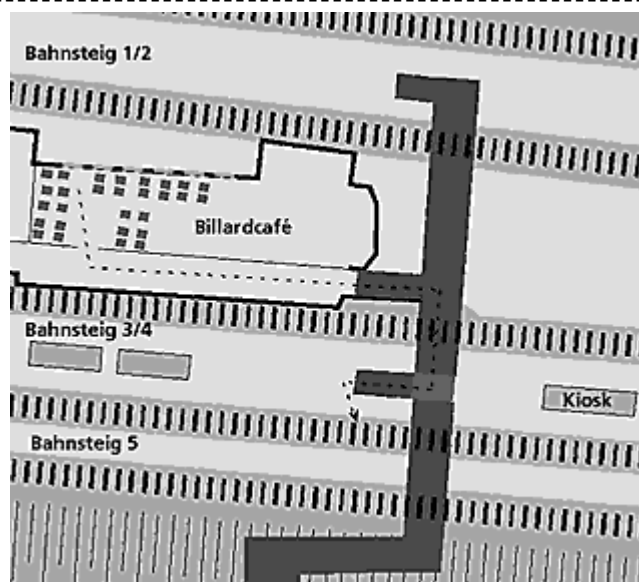
veröffentlichter Zwischenbericht, S.32

Abschlußbericht der Bundesregierung zu der Polizeiaktion in Bad Kleinen vom 3.3.1994

veröffentlichter Zwischenbericht, S.24

Quelle: Nadir

Billardcafé



Der Lageplan vom Bahnhof und dem Billardcafé

»Sie hätten quasi über die Tische hinwegfliegen müssen«

Um 13.24 Uhr betraten Birgit Hogefeld und der Spitzel Steinmetz das Billardcafé auf dem Bahnhof von Bad Kleinen. Gegen 14.00 Uhr holte Birgit Hogefeld Wolfgang Grams vom Zug ab. Beide kehrten in die Gaststätte zu Steinmetz zurück. Außer einigen Gästen und

der Bedienung waren eine BKA-Beamtin, ausgestattet mit einem Funkgerät, und zwischen 13.25 und 14.15 Uhr zwei Observationskräfte der GSG 9 anwesend. Diese hatten den Auftrag, sich ein genaues Bild über den Aufenthaltsort der Gesuchten zu verschaffen. Bis ca. 15.00 Uhr besuchte außerdem BKA Nr. 1 für eine Stunde das Restaurant.

Außerhalb der Gaststätte hörten zwei BKA-Beamte, die in der Böschung an Gleis 5 hinter einem Gebüsch hockten, die Gespräche der drei über Steinmetz' Personenschutzsender mit.

Auf Bahnsteig 1/2 war ein Beobachtungsposten der GSG 9 postiert, der durch die Fenster Einblick in die Gaststätte hatte.

Die drei standen somit sowohl akustisch wie auch optisch unter direkter und totaler Überwachung.

Mit der Zeit verließen die übrigen Gäste das Café, so daß sich neben der Bedienung, der BKA-Beamtin und einigen Jugendlichen im Nebenraum, dem Billardraum, niemand mehr dort aufhielt.

Soweit die Fakten. Nun der Bericht, den der polizeiliche Leiter des Einsatzes in Bad Kleinen und damaligen Leiter der Terrorismus-Abteilung des BKA, Rainer Hofmeyer, dem Innenausschuß des Bundestags erstattete:

"In der Bahnhofsgaststätte saßen Grams und Hogefeld. Wir wußten aber, weil wir die Beobachtungsziele weit weg hatten, um nicht aufzufallen, nicht, was sonst an Publikum in dieser Gaststätte war. Daß der Wirt und vielleicht eine Bedienung drin waren, ist nach menschlichem Ermessen anzunehmen. Das heißt, es gab die Möglichkeit, daß bei einem Einsatz weitere, unbeteiligte Personen gefährdet würden. Außerdem konnten wir die Einsatzkräfte nicht so heranzuführen, daß sie für die beiden, die darin saßen, unerkant blieben, sondern hier war allein schon bei der Annäherung und beim Eindringen eine Hochgradigkeit an Risiko gegeben. Die Kräfte hätten quasi in das Lokal hineinspringen müssen, hätten versuchen müssen, die Terroristen zu sehen, zu identifizieren. Sie hätten quasi über die Tische hinwegfliegen müssen, um die Unbeteiligten auf den Boden zu werfen, wenn das überhaupt gelingt, wenn nicht schon vorher ein Schußwechsel ist. Es gibt auch keine Möglichkeit einer schnellen Annäherung. Das Ganze hätte von vornherein in einem Duell zwischen Terroristen und Polizei geendet."

Das war am 30. Juni, 1993, also einen Tag, bevor Monitor die Aussage der Zeugin Baron öffentlich machte.

Ungefähr 38 bis 58 Sondereinsatzkräfte auf dem Bahnhof

Im gesamten Bahnhofsbereich waren zu diesem Zeitpunkt nach frühen offiziellen Angaben insgesamt sowohl 21 Kräfte der GSG 9 als auch 21 Kräfte des MEK postiert. Diese Zahl wird später offiziell auf jeweils 20 Kräfte reduziert. Doch auch diese Anzahl ist offensichtlich unzutreffend. Dem Zwischenbericht der Bundesregierung liegt beispielsweise ein Plan des BKA über die Postierung der jeweils eingesetzten 20 Beamten von MEK und GSG 9 bei. Eingezeichnet sind aber für beide Gruppen nur jeweils 19. Die GSG 9 soll laut Einsatzführer des Zugriffs mit insgesamt 35 Spezialisten im Einsatz gewesen sein, der Zwischenbericht hingegen spricht von 37. Es ist also einiges unklar: waren von BKA und GSG 9 jeweils 21 oder 20 Kräfte vor Ort? Warum sind auf dem Plan des BKA sowohl für BKA als auch GSG 9 nur 19 Beamte eingezeichnet? Was ist mit den restlichen GSG 9-Beamten, deren Anzahl man irgendwo zwischen 14 (= 35 minus 21) und 18 (= 37 minus 19) veranschlagen muß. Auch der Staatsanwaltschaft Schwerin ist es nicht gelungen, deren Verbleib festzustellen. Flucht in die Falle?

Nicht irgendein Bahnsteig

Warum angeblich nicht mehr Beamte auf Bahnsteig 3/4 waren ...
... und warum das nicht stimmen kann.

Wo war Nr. 4 ?

»Die Abwicklung des Funkverkehrs im Tunnel hat zu keinerlei Beanstandung geführt; denn da wurde gar kein Funkverkehr geführt.«

Nr. 4 läuft Weltrekord
 Die Festnahme von Birgit Hogefeld
 Nr. 4 blieb oben
 »Der ist schon in Beirut aufgefallen«"



Blick vom Treppenaufgang zum Bahnsteig 3/4



Die Bahnunterführung, von wo aus der Zugriff erfolgen sollte.

Nach den Ereignissen in Bad Kleinen gab es in der Öffentlichkeit viele kritische Fragen dazu, warum bei einem derart langfristig und generalstabsmäßig geplanten Einsatz und der Präsenz von über fünfzig Spezialisten von GSG 9 und BKA am Einsatzort ein Fluchtweg für Wolfgang Grams offen geblieben war. Nach der offiziellen Version waren alle Zu- und Abgänge zur Bahnhofsunterführung versperrt, nur ausgerechnet der zu Bahnsteig 3/4 nicht, neben dem Wolfgang Grams in dem Moment stand, als der Zugriffss-SET mit Gebrüll und gezogenen Waffen auf ihn losstürmte. Lediglich ein Beamter, GSG 9 Nr. 4, soll auf Bahnsteig 3/4 postiert gewesen sein - und der habe ihn angeblich direkt vor Auslösung des Zugriffs verlassen.

Nicht irgendein Bahnsteig

Einige Aussagen belegen, daß dem Bahnsteig 3/4 schon in der Vorlaufzeit des Zugriffs besondere Bedeutung zukam, trotz aller offiziellen Äußerungen, daß die Festnahme nach vorangegangener wohlüberlegter Risikoanalyse weder auf diesem Bahnsteig, noch in der Gaststätte oder im Zug, sondern im Tunnel stattfinden sollte: "Die einzige Möglichkeit, einen Zugriff ohne Publikum durchzuführen, war tatsächlich dort (im Tunnel, Anm. d. V.) einmalig gegeben. Wir haben uns deshalb entschieden - in den Medien wird das anders dargestellt -, den Zugriff in der hermetisch abgeriegelten Bahnunterführung zu machen. Es handelt sich um eine übliche Bahnunterführung mit Beton und Stahl, - so stark, daß die Bahn herüberfahren kann. Und links und rechts sind jeweils die Treppen zu den Gleisen. Das ist meines Erachtens für die Zugriffsvoraussetzungen eine optimale Situation. Optimum heißt hier: Ich kann zum Zeitpunkt des Zugriffs feststellen, wen ich festnehmen will."¹

Ein Unterabschnittsleiter des BKA, BKA Nr. 19, der an der Böschung an Gleis 5 im

Gebüsch saß, richtete nach seinen Angaben ab der Funkmeldung "Ausgang" seine Aufmerksamkeit auf die Treppenaufgänge und Bahnsteige. Er wartete darauf, wie er sagt, daß die Zielpersonen irgendwo wieder auftauchen. Auf die Frage, ob sein Auftrag mit sich brachte, den Bahnsteig zu beobachten, antwortet er: Mein Auftrag brachte es mit sich, daß ich den Bahnsteig beobachten mußte. Von seiner Position aus hatte er nur auf Bahnsteig 3/4 freie Sicht. Trotz gegenteiligen Eindrucks war BKA Nr. 19 über die Planung der Festnahme im Tunnel informiert.

Der im Stellwerk mit Überblick über den Bahnhof Bad Kleinen postierte BKA-Beamte veranlaßte rund zehn Minuten vor dem Zugriff eigenverantwortlich das Freihalten von Geis 3 und 4. Dazu ließ er einen Leerzug aus dem Bahnhof rangieren und einen fahrplanmäßig ankommenden Zug vor dem Bahnhofsgelände stoppen. Nach den Gründen dieser Weisung befragt, gab er an, er wollte einen möglichst übersichtlichen Einsatzraum schaffen. Auffällig daran ist, daß ihn die Züge auf Gleis 1, 2 und 5 überhaupt nicht interessierten und damit auch nicht die "Gefährdung von Fahrgästen" - dies war nämlich die offizielle Begründung des BKA für das Freihalten der Gleise 3 und 4. Eine Begründung, die einige Fragen aufwirft:

Welche Fahrgäste des genannten Leerzuges waren gefährdet?

Alle Reisenden der Züge auf Gleis 1, 2 und 5 mußten durch den Tunnel gehen, in dem, nach der Risikoanalyse des BKA, der Gefährdungsgrad am höchsten war. Wieso waren diese Reisenden nicht gefährdet?

Warum waren nur die Fahrgäste auf Bahnsteig 3/4 gefährdet?

Warum angeblich nicht mehr Beamte auf Bahnsteig 3/4 waren ...

Nach den Ereignissen von Bad Kleinen wurde oft die Frage gestellt, warum nicht mehr Polizeikräfte auf Bahnsteig 3/4 postiert waren, um Wolfgang Grams' Flucht aus der Unterführung zu verhindern. Das BKA erklärte dazu: "Weitere Kräfte (außer Nr. 4, d. V.) konnten an dieser Beobachtungsstelle nicht postiert werden, da der Bahnsteig aus der Gaststätte heraus einsehbar war."2 Rainer Hofmeyer, Abteilungsleiter Terrorismus des BKA und Einsatzleiter in Bad Kleinen, versuchte sich drei Tage nach dem Einsatz vor dem Innenausschuß des Bundestags mit einer wortreichen Begründung, die aber nur beweist, daß er die Örtlichkeiten des Bahnhof Bad Kleinen nicht kennt oder nicht kennen will.

"Jeder, der da drüben steht (Bahnsteig 3/4, d. V.), fällt auf. Man muß an die hochgradige Sensibilität der beiden denken und auch an ihre Reaktionsschnelligkeit. Jeder, der dort auffällt, wird gecheckt. Das ist Prinzip. Die mit Haftbefehl Gesuchten laufen grundsätzlich nicht ahnungslos durch die Gegend. Hier konnte der Beobachter der GSG 9 stehen, um das Geschehen zu beobachten. Das heißt, er hat in die Gaststätte geblickt."3

Die Fenster des Billardrestaurants, in dem sich Birgit Hogefeld, Wolfgang Grams und der V-Mann Steinmetz aufhielten, lassen aber keine Sicht auf Bahnsteig 3/4 zu. Sie zeigen ausnahmslos auf Bahnsteig 1/2. Nach den Aussagen der eingesetzten Kräfte hat es jedoch gerade auf diesem Bahnsteig 1/2, den Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams gut einsehen konnten, von einzelnen Männern in Zivil gewimmelt. Dort war der neunköpfige alternative Zugriffs-SET der GSG 9 und mindestens eine Kraft des MEK postiert.

Der Grund für das angebliche Freihalten von Bahnsteig 3/4 muß folglich ein anderer als die Einsehbarkeit vom Restaurant aus gewesen sein. GSG 9 Nr. 8, der dort bis kurz vor Auslösung des Zugriffs stand, äußert dazu in einer Vernehmung gegenüber der Staatsanwaltschaft, dies seien taktische Maßnahmen gewesen, zu denen er keine Aussagen machen dürfe. Die Staatsanwaltschaft akzeptiert das.

... und warum das nicht stimmen kann.

Es gibt einige Hinweise darauf, daß noch mehr als die offiziell bestätigten Beamten auf oder in der Nähe von Bahnsteig 3/4 postiert waren. Der Augenzeuge des Spiegel berichtete, daß während der Schießerei drei Beamte, darunter ein BKA-Beamter "von Bahngleisen gegenüber" Wolfgang Grams entgegentraten. Das BKA hat zum Standort von 14 BKA-Beamten keine genauen Angaben gemacht, mit der Begründung, sie seien zwar zwischen 15 Uhr und 16 Uhr vor Ort gewesen, aber nicht zum Zeitpunkt des Zugriffs um 15 Uhr 15. Überprüft wurde das von der StA Schwerin nicht, diese Beamten sind nicht vernommen worden. Auch für den Zugriffszeitpunkt spricht das BKA erst von

21, später von 20 eingesetzten Beamten. Soll damit der eine Beamte wegetuschiert werden, den der Spiegel-Zeuge erwähnte?

In den Angaben der GSG 9 gibt es ebenfalls Lücken. Von 15 eingesetzten GSG 9-Beamten ist aus keinem Bericht ersichtlich, wo sie sich aufhielten und was ihre Aufgabe war. Sie wurden auch durch die StA Schwerin nicht vernommen.

Die GSG 9-Beamten des alternativen Zugriffs-SETs von Bahnsteig 1/2 sind alle nur einmal vernommen worden, weil ja angeblich schon klar war, daß sie nicht am Tatort auf Gleis 3/4 waren. Insgesamt sind die Aussagen dieses SETs unglaublich. Sie sind bei Auslösung des Zugriffs ebenfalls losgestürzt und hatten einen nur wenige Meter längeren Weg zum Bahnsteig 3/4 zurückzulegen als das Zugriffs-SET. Ihren Aussagen zufolge müßten manche auf dem Podest der Treppe zu Bahnsteig 3/4 aus vollem Sprint scharf abgebremst und kehrt gemacht haben, weil in diesem Moment die Schießerei aufhörte. Tolles Reaktionsvermögen - außerdem hat diese Treppe kein Podest. Die GSG 9-Beamten vom Bahnsteig 1/2 können also zumindest als Zeugen des Mordes, aber auch als Mörder nicht ausgeschlossen werden.

Zwei Reisende von Bahnsteig 3/4 sahen in einem auf Gleis 5 abgestellten Zug kurz vor dem Zugriff jeweils eine männliche Person unterschiedlichen Alters am Fenster stehen. Dieser Zug war erst in Bad Kleinen eingesetzt und noch nicht für die Fahrgäste freigegeben worden. Mit einer Bandabspernung am Übergang zu Bahnsteig 5 wurden die Reisenden daran gehindert, zu diesem Zug zu gelangen. Von diesem Zug aus konnte man direkt auf das benachbarte Gleis 4 und den Bahnsteig 3/4 blicken. Wer diese Männer waren und warum sie in dem für Fahrgäste gesperrten Zug saßen, wurde nie ermittelt. Einem Zeitungsbericht zufolge befand sich in diesem Zug eine Observationsgruppe des BKA.⁴

Ein Zeuge hat beobachtet, wie zwei Beamte direkt nach dem Schußwechsel aus dem Gebüsch hinter Gleis 5 heraustraten. Einer dieser Beamten habe den Wolfgang Grams Sichernden abgelöst. Zwei Zeugen haben kurz nach Ende der Schießerei gesehen, wie mehrere Uniformierte mit Gesichtsmasken und Maschinenpistolen hinter dem auf Gleis 5 stehenden Zug hervortraten.

Eine denkbare Erklärung wäre, daß einige der fehlenden GSG 9-Beamten mit Maschinenpistolen hinter dem Zug auf Gleis 5 in Deckung lagen - wo sie, durch Gebäude und den wartenden Zug gedeckt, nicht gesehen werden konnten - um den flüchtenden Wolfgang Grams "abzufangen".

Auch daß Wolfgang Grams möglicherweise einmal von hinten getroffen worden ist, widerspricht der offiziellen Version von der Postierung der "Zugriffskräfte".⁵

Wo war Nr. 4 ?

Eine wichtige Frage ist, ob GSG 9 Nr. 4 seinen Posten auf Bahnsteig 3/4 tatsächlich wie behauptet verlassen hat. Weder seine Begründung noch die Beschreibung seiner weiteren Tätigkeit sind schlüssig.

Merkwürdigerweise besetzt GSG 9 Nr. 4 den Bahnsteig erst zehn bis fünfzehn Minuten vor dem Zugriff. Dem bis dahin dort stationierten GSG 9 Nr. 8 soll kurz vor Beginn seines Einsatzes das Funkgerät ausgefallen sein.

Nach Aussage von BKA-Chef Zachert wußte man, daß Birgit Hogefeld, Wolfgang Grams und der V-Mann "einen ganz bestimmten Zug nehmen. Insofern mußte einfach der Weg zum Bahnsteig 3/4 genommen werden. Denn das war ja die Aufbruchphase; man wollte diesen einfahrenden Zug um 15.19 Uhr benutzen. Damit war nur dieser Weg möglich."⁶ GSG Nr. 4 ging also kurz vor dem angenommenen Aufbruch der Zielpersonen in Richtung Bahnsteig 3/4, genau an diesen zentralen Ort - um ihn kurz darauf wieder zu verlassen !?

»Die Abwicklung des Funkverkehrs im Tunnel hat zu keinerlei Beanstandung geführt; denn da wurde gar kein Funkverkehr geführt.«

Laut Zwischenbericht der Bundesregierung hat GSG 9 Nr. 4 von seinem Standort auf Bahnsteig 3/4 über Funk durchgegeben, daß Birgit Hogefeld, Wolfgang Grams und der V-Mann Steinmetz das Restaurant verlassen hätten und im Begriff seien, in die

Unterführung hinunter zu gehen. Daß er dann seinen Standort verläßt, wird im Zwischenbericht folgendermaßen erklärt:

"Der Beamte Nr. 4 auf dem Bahnsteig 3/4 verließ seinen bisherigen Standort, als er über Funk die Durchsage Zugriff erfolgt gehört hatte. Aus dem Funkmitschnitt des Sprechfunkverkehrs der Zugriffskräfte ergibt sich hierzu folgendes: Der Unterabschnittsleiter Zugriff hatte durchgegeben: Wenn Zugriff erfolgt, kontrolliert den Kadett. 7 Diese Durchsage wurde über Funk nur bruchstückhaft übertragen, so daß nur die Worte Zugriff erfolgt fälschlicherweise durch einen Beamten wiederholt wurden. (...) Der Beamte Nr. 4 hörte nur diese Wiederholung. (...) Der Beamte Nr. 4 begab sich zur Treppe in die Unterführung. Als er die Treppe hinabging, erkannte er an deren unterem Ende die Zielperson 2 als den vermutlichen GRAMS, (...) Er schloß daraus, daß der Zugriff doch noch nicht erfolgt war und ging deshalb an GRAMS vorbei nach links in den Tunnel.(...) Als er etwa auf Höhe der Hoge Feld war, hörte er die Anweisung des Beamten Nr. 6 Jetzt (...) Der Zugriff war ausgelöst worden.(...) Der Beamte Nr. 4 überwältigte HOGEFELD sofort." 8

Diese Erklärung entspricht nicht den Tatsachen:

In einer solch hochbrisanten Einsatzphase - Sekunden vor dem Zugriff - verbietet es sich den Einsatzanweisungen entsprechend, Dinge über Funk abzuklären, die nichts mit dem direkten Zugriff zu tun haben und möglicherweise tödliche Folgen haben können. Gründe für die nur bruchstückhafte Übertragung des Funkspruchs werden nicht benannt, die "Panne" wird lediglich festgestellt. Ein Funkschatten als Ursache hierfür, wie in der Öffentlichkeit diskutiert, wird von offizieller Seite ein dreiviertel Jahr lang vehement ausgeschlossen, bis er im Abschlußbericht der Bundesregierung nebst einem möglichen Bedienungsfehler doch wieder als eventuelle Ursache für die Verstümmelung in Betracht gezogen wird.

Dazu Hitz, Inspekteur des BGS: "Es wurde gefragt, ob nicht bekannt sei, daß sich in einem Tunnel Funkschatten bilden können. Natürlich ist daran gedacht worden. Im Vorfeld sind viele denkbare Einsatzmöglichkeiten aufgeklärt worden. Insbesondere wurden auf unterschiedlichen Bahnhöfen die Umstände geprüft, z.B. die Bahnhöfe in Blankenberg, Schwerin, Hagenow, Ludwigslust, Wismar und Bad Kleinen. Natürlich ist daran gedacht worden. Deswegen ist ja gerade auch ein Hubschrauber eingesetzt worden, über dessen Relais der gesamte Funkverkehr abgewickelt wurde. Die Abwicklung des Funkverkehrs im Tunnel hat zu keinerlei Beanstandung geführt; denn da wurde gar kein Funkverkehr geführt. Der Funkspruch, der von dem Einheitsführer der GSG 9 im Bereich des Vorplatzes des Bahnhofes Bad Kleinen als Weisung abgegeben wurde - nämlich: 'Wenn Zugriff erfolgt, weißen Kadett kontrollieren' -, ist von einem anderen Beamten bruchstückhaft wiederholt worden.(...) Das vielleicht zur Frage des Funkschattens." 9

Die Darstellung der Verstümmelung wirkt konstruiert. Wieso sollte der Anfang eines Funkspruches und auch das Ende verloren gehen, so daß ausgerechnet zwei Worte in der Satzmitte "Zugriff erfolgt" übrigbleiben? Und das alles trotz eines eigens eingesetzten Relais-Hubschraubers?

In den ersten offiziellen Verlautbarungen des Bundeskriminalamtes 10 ist keine Rede von einem wie auch immer gearteten Funkspruch. Erst Anfang August, also mehr als einen Monat nach dem Einsatz, wird im Spiegel diese Funkpanne als "Auslöser für die Pannen in Bad Kleinen" unter Bezugnahme auf den ersten inoffiziellen Zwischenbericht des Bundesinnenministeriums eingeführt.

Bemerkenswert ist die zeitliche und inhaltliche Übereinstimmung zwischen den offiziellen Erklärungen und den Aussagen von GSG 9 Nr. 4. In den ersten drei von sechs Vernehmungen/Aufzeichnungen des GSG 9 Nr. 4 taucht weder dieser noch sonst ein Funkspruch auf. Er verläßt nach seinen eigenen Angaben den Bahnsteig, nachdem er die Zielpersonen nicht mehr sehen konnte, weil sie die Treppe zur Unterführung erreicht hatten. Erst in seiner vierten Vernehmung - in der letzten Juli-Woche - erwähnt er zum ersten Mal den besagten Funkspruch. Nr. 4 gibt an, nach ca. 30 Sekunden die Worte Zugriff, Zugriff gehört zu haben. Wenn man die Verstümmelung des Funkspruches Wenn Zugriff erfolgt, kontrolliert den Kadett voraussetzt, ergibt die Wortwiederholung, die Nr. 4

gehört haben will, jedoch keinen Sinn. In seiner fünften Vernehmung will Nr. 4 dann nur das Wort Zugriff gehört haben. Die Frage, die sich nun aufdrängt, ob das ein Befehl zum Zugriff war oder dieser bereits stattgefunden hatte, - im ersten Fall hätte Nr. 4 keine Veranlassung gehabt, den Bahnsteig zu verlassen - wird erst in seiner sechsten Vernehmung geklärt: GSG 9 Nr. 4 behauptet nun, das Funk-Bruchstück Zugriff erfolgt gehört zu haben.

Entgegen den oben genannten Erklärungen wurde laut Funkmitschnitt dieser Sekunden in Bad Kleinen folgender Funkspruch abgegeben: Funk funktioniert - - - Zugriff erfolgt, kontrolliert den Kadett! - - - Zugriff erfolgt - - - Kadett kontrollieren! Kadett kontrollieren! Ob der Funkspruch nun verstümmelt angekommen ist oder nicht, spielt also tatsächlich keine Rolle. Wichtig sind die beiden letztgenannten Funksprüche: Zugriff erfolgt und Kadett kontrollieren! Kadett kontrollieren! Zwischen beiden liegt eine Zeitspanne von nur drei Sekunden. Wenn man davon ausgeht, daß die Aufforderung Kadett kontrollieren! Kadett kontrollieren! auch so gemeint ist, wie sie ausgesprochen wurde, dann heißt das, der Zugriff muß mit Abgabe dieser Funkmeldung tatsächlich erfolgt gewesen sein, denn nur dann sollte das Auto überprüft werden.

Nr. 4 läuft Weltrekord

Drei Sekunden vor dem Vollzug der Zugriffsaktion hört GSG 9 Nr. 4 angeblich das wiederholte Funk-Bruchstück Zugriff erfolgt und nimmt fälschlicherweise an, seinen Posten verlassen zu können, um die Festnahme zu unterstützen.

In diesen drei Sekunden müßte GSG Nr. 4 zuerst fünfzehn Meter auf dem Bahnsteig bis zur Treppe, dann 20 Stufen abwärts und nun nochmal fünf Meter bis zu Birgit Hogefeld gelaufen sein, um diese zu überwältigen. Das alles ohne, daß er Wolfgang Grams aufgefallen wäre, denn dieser stand ja am Ende der Treppe. An ihm soll Nr. 4, ganz unbeteiligt erscheinend, vorbeigegangen sein. Auf 100 Meter umgerechnet wäre er auf dem Bahnhof Bad Kleinen einen neuen Weltrekord gelaufen.

Die Festnahme von Birgit Hogefeld

Nach Verlassen von Bahnsteig 3/4 will GSG 9 Nr. 4 Birgit Hogefeld festgenommen haben. Aber auch davon gibt es sehr unterschiedliche Darstellungen.

"Als HOGEFELD, GRAMS und der V-Mann die Gaststätte in Richtung Unterführung, in der die Festnahme erfolgen sollte, verließen, wurde dies von dem auf dem Bahnsteig 3/4 eingesetzten Beamten über Funk den übrigen Zugriffskräften gemeldet. (...) In diesem Moment begab sich der auf Bahnsteig 3/4 postierte Beamte - möglicherweise infolge eines mißverstandenen Funkspruchs - die Treppe hinunter in die Unterführung. Am Fuß der Treppe begegnete er für ihn unerwartet GRAMS, der auf dem Podest stand. Er ging an Grams und dem V-Mann vorbei links in die Unterführung. Als er auf der Höhe der HOGEFELD angekommen war, löste ein anderer Beamter, der an der zum Bahnhofsvorplatz führenden Treppe im Tunnel als Beobachter postiert war, den Zugriff aus. Der ersterwähnte Beamte zog seine Dienstwaffe und nahm die direkt neben ihm stehende HOGEFELD fest."11 Soweit die offizielle Version.

Am konkretesten, sollte man meinen, könnte GSG 9 Nr. 6 sagen, wie denn nun die eigentliche Auslösung für den Zugriff zustande gekommen ist. Nr. 6 ist derjenige der oben Genannten, der als einziger im Tunnel gestanden sein soll und auf dessen Handzeichen hin die Einsatzkräfte losgestürmt seien. Später gilt er als einer der beiden Beschuldigten, Wolfgang Grams exekutiert zu haben. Nr. 6 liefert jedoch verschiedene Versionen, von wo aus kommend Nr. 4 auf Birgit Hogefeld zugelaufen ist. Aus seinen ersten Aufzeichnungen und Äußerungen geht hervor, daß Nr. 4 nicht etwa die Treppen von Bahnsteig 3/4 herunter kam, wo er nach allen Aussagen und öffentlichen Erklärungen als Beobachter gestanden haben soll, sondern von rückwärts, entweder vom Restaurant oder von Bahnsteig 1/2, um Birgit Hogefeld zu überwältigen. Dies zumindest vermerkt Nr. 6 in seinem ersten Gedächtnisprotokoll. Dies schildert Nr. 6 am Tattag auch seinem SET-Führer, der diese Angabe in seinen Notizen registriert, ohne sich der Widersprüchlichkeit bewußt zu werden, daß der Beobachter von Bahnsteig 3/4 sich nur von vorn auf Birgit Hogefeld zubewegt haben kann. Sowohl GSG Nr. 6 als auch der SET-Führer erachten es als möglich, daß der Birgit Hogefeld überwältigende GSG 9-Beamte von hinten kam. Das heißt aber, daß es sich hier nicht um die spätere Nr. 4 gehandelt

haben kann, denn deren Funktion und Standort kannten alle Einsatzkräfte. Der Widerspruch hätte Nr. 6 und dem SET-Führer sofort auffallen müssen. In späteren Aussagen erklären sie dann, Nr. 4 sei von Bahnsteig 3/4 gekommen. Man kann davon ausgehen, daß in den ersten handschriftlichen Aufzeichnungen der GSG 9-Beamten noch vom Tattag selbst eine Abstimmung auf eine gemeinsame Version noch nicht stattgefunden haben kann. Darüberhinaus standen u.a. die später willkürlich festgelegten Nummern der am Einsatz beteiligten GSG 9-Männer noch nicht fest. Da die GSG 9-Beamten in dieser Situation noch ihre Namen oder Anfangsbuchstaben notiert haben und diese erst im Nachhinein geschwärzt und nur teilweise durch Nummern ersetzt wurden, könnte durchaus in der ursprünglichen Fassung gar nicht die Nr. 4 auf Birgit Hogefeld losgegangen sein, sondern ein ganz anderer, z.B. auf Bahnsteig 1/2 postierter Beamter, dessen Name hinterher geschwärzt wurde. Nachdem dann die gültige Version festgelegt, abgesprochen und miteinander abgestimmt war, setzte man für diese Schwärzung "Nr. 4" ein und zog somit den auf Bahnsteig 3/4 verbleibenden GSG Nr. 4 aus dem Schußfeld, übertrug ihm nicht nur die Beobachterfunktion auf dem Bahnsteig, sondern auch gleichzeitig die Überwältigung von Birgit Hogefeld und hatte so einen Zeugen oder Täter weniger. GSG 9 Nr. 4 gibt an, Birgit Hogefeld im Alleingang überwältigt und noch längere Zeit im Tunnel allein gesichert zu haben. Vorschrift war jedoch nach Aussage des Unterabschnittsleiters für den Zugriff, die Zielpersonen mittels Körperkraft zu überwältigen; mit Unterstützung mindestens eines weiteren Beamten, der mit gezogener Waffe die Festnahme sichern sollte. Bei der großen Zahl an eingesetzten Kräften und der öffentlich beschworenen Gefährlichkeit der Zielpersonen scheint es unglaublich, daß GSG 9 Nr. 4 nicht von einem der über fünfzig Kollegen unterstützt wurde. Ein Festnahmebericht - sonst üblicher Polizeistandard - wurde trotz Aufforderung durch den Einsatzleiter entweder von GSG 9 Nr. 4 nicht geschrieben oder vom BKA nicht an die Ermittlungsbehörden weitergegeben.

Nr. 4 blieb oben

Wer letztendlich Birgit Hogefeld festgenommen hat, läßt sich nach diesen Absprachen und Manipulationen wahrscheinlich nicht mehr klären, nur eins scheint festzustehen: GSG 9 Nr. 4, der Beobachter von Bahnsteig 3/4, war es nicht.

Das bestätigt auf eindrucksvolle Weise eine Zeugin, die sich zur Zeit des Zugriffs selbst auf Bahnsteig 3/4 aufhielt und dort auf einen Zug wartete. Diese Frau macht konkrete Angaben über einen jungen Mann, der rechts von ihr mit einem Funkgerät in der Hand an einem Schuppen stand. Den von ihm abgesetzten Funkspruch kann sie genau wiedergeben: Jetzt kommen sie zum Treppenaufgang. Sie sieht jenen jungen Mann einige Sekunden später in gebückter Haltung mit gezogener Pistole an sich vorbeilaufen in Richtung Treppe und dann begann auch schon die Schießerei, also zu einem Zeitpunkt, als Nr. 4 schon längst Birgit Hogefeld im Tunnel überwältigt haben soll.

Die Angabe, daß der Beobachter auf dem Bahnsteig mit gezogener Waffe direkt an ihr vorbei Richtung Treppenabgang gerannt ist, wird von einer weiteren Reisenden bekräftigt. Die Schilderungen dieser Zeuginnen widersprechen also drastisch den Aussagen von Nr. 4. Dieser gibt an, seine Pistole erst direkt vor Birgit Hogefeld gezogen zu haben. Das muß er ja auch, denn es ist undenkbar, daß er mit gezogener Pistole "unauffällig" und sein Erstaunen geschickt verbergend an Wolfgang Grams hätte vorbeigehen können.

Ein weiterer Zeuge, auf den die Staatsanwaltschaft Schwerin in ihrer Einstellungsverfügung großen Wert legt, hat sich aufgrund der Monitor-Sendung bei der Polizei gemeldet, weil er die Darstellung des aufgesetzten Kopfschusses für falsch hält. Er sieht den auf Bahnsteig 3/4 beobachteten Funker später noch einmal in der Gruppe der GSG 9-Beamten stehen, die sich um Newrzella gruppiert hatten. Dagegen ist GSG 9 Nr. 4 nach seinen eigenen Angaben nach der Festnahme von Birgit Hogefeld gar nicht mehr auf Bahnsteig 3/4 gewesen. Er sei lediglich Richtung Bahnsteig gegangen, auf der Treppe aber stehengeblieben und das zu einem Zeitpunkt, als Newrzella schon abtransportiert worden war.

Zudem untermauern zwei weitere Zeugenaussagen aus den Reihen der GSG 9 selbst das Verbleiben von Nr. 4 auf dem Bahnsteig. GSG 9 Nr. 6 nennt auf die Frage, wer denn, als er auf dem Gleis Wolfgang Grams gesichert haben will, sich in seiner Nähe aufgehalten habe, ohne Umschweife seine Kollegen GSG 9 Nr. 1 bis 5. Nach eigenem Bekunden will aber Nr. 4 die ganze Zeit über im Tunnel gestanden und dort allein Birgit Hogefeld bis zu deren Abtransport gesichert haben, kann sich also folglich nicht in der Nähe der Gleise aufgehalten haben. Im übrigen stellt sich die gleiche Frage auch für GSG Nr.1, der ebenfalls im Tunnel den V-Mann Steinmetz "gesichert" haben soll.

Der Gesamtverantwortliche für Observation, Technik, Ermittlungen, Fahndung und auch für den Zugriff mit Befehlsstelle in Wismar läßt sich unmittelbar nach seinem Eintreffen in Bad Kleinen von den anwesenden Polizeikräften den Verlauf des Einsatzes schildern. Dieser Herr führt in einer Vernehmung aus, wie ihm einer seiner Untergebenen die Schießerei auf Wolfgang Grams anschaulich demonstriert habe: Er hätte auf den Treppenstufen aus der Deckung heraus, ohne Sichtkontakt, mit der Waffe über dem Kopf geschossen. Der Zeuge meint dazu, selbige Vorführung habe ihm Nr. 4, Nr. 19 oder der mit der leichten Handverletzung gegeben. Es müsse auf jeden Fall einer gewesen sein, der am Schußwechsel beteiligt war. Wegen seiner Unsicherheit in Bezug auf die konkrete Person hält er telefonische Rücksprache mit der GSG 9 und erfährt dort, daß es Nr. 19 nicht gewesen sein könne, denn der habe nicht geschossen. Wie der verantwortliche Leiter selbst aussagt, hat er sich dann nachts noch einmal über den Inhalt seiner Aussagen Gedanken gemacht. Auf seinen eigenen Wunsch findet darauf am nächsten Tag eine weitere richterliche Vernehmung statt. Hier bestätigt er dann erneut, daß die Darstellung der Schußabgabe aus der Deckung von Nr. 4 stammt. Aber da er die Position des Zeugen Nr. 4 kenne, sei er sich sicher, daß dieser nicht geschossen haben könne. Weiterhin gibt er an, daß GSG 9 Nr. 4 nicht selbst so geschossen, sondern ihm nur gezeigt habe, in welcher Haltung auf Wolfgang Grams geschossen wurde. Er sei sich jetzt auch nicht mehr sicher, ob tatsächlich mit der Hand über dem Kopf geschossen wurde oder ob diese Demonstration so gemeint war, daß man allgemein aus der Deckung so schießen würde.

»Der ist schon in Beirut aufgefallen«

Anfang Juli, nur ein paar Tage nach der tödlichen Staatsoperation in Bad Kleinen, wird dem GSG 9-Psychologen Salewski von der Focus-Redaktion mitgeteilt, sie habe einen Informanten - einen ehemaligen Angehörigen der GSG 9. Dieser habe von einem jetzigen GSG den Namen des Todesschützen von Bad Kleinen erfahren. Es handle sich um GSG 9 Nr. 4, der bereits damals in Beirut aufgefallen sei. Diese Mitteilung kommt der Staatsanwaltschaft Schwerin Mitte Juli zu.

Man sollte nun annehmen, daß die Staatsanwaltschaft spätestens nach diesem Hinweis - die Aussage der genannten Reisenden, wonach der Beobachter auf Bahnsteig 3/4 gebückt, mit gezogener Pistole nur bis zur Treppe gelangte, lag schon vor - schnellstens veranlaßt, daß Waffe und Munition von Nr. 4 eingezogen werden. Denn das hatte das BKA bei der Tatortarbeit unterlassen. Zwei Waffen mitsamt Munition der direkt am Zugriff beteiligten GSG - Nr. 4 und Nr. 1 - sind nicht eingesammelt und untersucht worden mit der Begründung, es sollten nur die Waffen sichergestellt werden, mit denen auch geschossen wurde. Eine Überprüfung, aus welcher Waffe geschossen wurde und aus welcher nicht, hat nie stattgefunden.

Zusätzlich hat sich GSG 9 Nr. 8, einer der beiden des Mordes an Wolfgang Grams Beschuldigten, nach eigenen Bekundungen vorübergehend für die Durchsuchung eines Zuges ein Magazin von GSG 9 Nr. 4 ausgeliehen, anschließend aber angeblich wieder zurückgegeben. Auch dieses Magazin von Nr. 4 mußte nicht ausgehändigt werden. Die Entscheidung darüber, ob Beweisstücke vorschriftsmäßig abgegeben werden oder nicht, bleibt somit mit Unterstützung der Staatsanwaltschaft Schwerin weiterhin die Sache der möglichen Täter selbst.

Bei der erst neun Tage nach dem Einsatz erfolgten Asservierung der Kleidung der direkt beteiligten GSG 9-Beamten wurden diese angewiesen, Bekleidung und Waffenholster

abzugeben. Auch GSG Nr. 4 war davon betroffen. Er allerdings gab sein Waffenholster nicht ab, weil er es während des Einsatzes nicht benutzt, sondern angeblich mit der Waffe in einer dunkelblauen Umhängetasche getragen habe. Diese Umhängetasche wiederum zählte aus der Sicht von GSG 9 Nr. 4 nicht zur Bekleidung, weshalb er sie auch nicht abgab. Diese Überlegungen erzählt Nr. 4 in einer seiner Vernehmungen bei der Staatsanwaltschaft. Auch daraufhin mußte er weder das Holster noch die Umhängetasche nachliefern.

Das einzige, was Nr. 4 letztlich für kriminaltechnische Untersuchungen zur Verfügung gestellt hat, sind Schuhe, Jeans und ein Seidenblouson. In einer Vernehmung auf seine Kleidung während des Einsatzes in Bad Kleinen angesprochen - gemeint war sein äußeres Erscheinungsbild -, merkt Nr. 4 ungefragt an, daß seine Kleidung keine Blutspuren aufweisen dürfte. In einer späteren Untersuchung finden sich jedoch auf einem der Jackenärmel zwei Blutspuren, die laut dem Münsteraner Rechtsmediziner Prof. Brinkmann nicht von Wolfgang Grams stammen.

Nach seinen eigenen Angaben ist Nr. 4 nicht irgendein Mitglied der GSG 9, sondern nimmt in seiner Einheit die Rolle des Einheitstruppführers ein. Er unterstützt in Einsatzlagen den Führungstrupp, ist aber befugt, selbständig Entscheidungen zu treffen. In Einzelfällen ist er direkt dem Führungsstab unterstellt und wird von dort geführt. Bad Kleinen war ein solcher Einzelfall. Als einziger der am Zugriff beteiligten GSG 9-Beamten erhielt er seinen Auftrag nicht vom SET-Führer, sondern direkt vom Polizeiführer. War dessen Vorgabe an ihn, eine Spezialaufgabe auf Bahnsteig 3/ 4 zu übernehmen?

Ein weiterer Hinweis darauf, daß die offizielle Version außer dem Mord noch weitere wesentliche Sachverhalte unterschlägt, ergibt sich aus den Todesumständen des GSG 9-Beamten Michael Newrzella.

Rainer Hofmeyer, Leiter der Terrorismusabteilung des BKA und Einsatzleiter von Bad Kleinen, in der 69. Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vom 30.6.1993

Erklärung des Bundeskriminalamtes zum Polizeieinsatz in Bad Kleinen in: FR, 7.7.93
Rainer Hofmeyer in der 69. Sitzung des Innenausschusses des deutschen Bundestages am 30.6.1993

Focus, 26.7.93

siehe dazu das Kapitel "Gutachten"

Zachert, Präsident des Bundeskriminalamts, in der 72. Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 12.7.1994

Die Insassen des auf dem Bahnhofsvorplatz parkenden Opel Kadett waren der Polizei im Vorfeld des Zugriffs verdächtig erschienen. Man hielt es für möglich, daß sie auch RAF-Mitglieder seien. Sie wurden nach dem Zugriff kontrolliert.

Veröffentlichter Zwischenbericht, S. 48

in der 73. Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 18.8.93

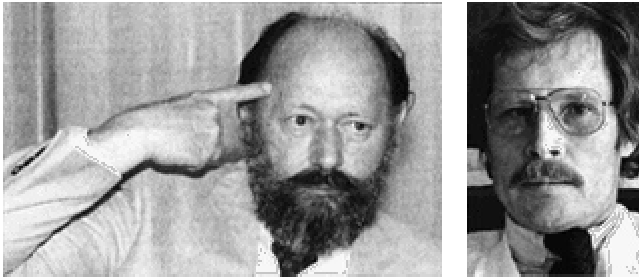
siehe Erklärung des Bundeskriminalamtes zum Polizeieinsatz in Bad Kleinen, in: FR, 7.7.93

Abschlußbericht der Bundesregierung, S. 5

Gutachten

"Ein Schweriner Staatsanwalt warnte davor, Bontes Gutachten allzuviel Glauben zu schenken. Siegfried Kordus, Mecklenburg-Vorpommerns Chef des Landeskriminalamtes, ahnt, wie es weitergeht: 'Bonte sagt nur, es könnte auch anders gewesen sein. Damit kann man doch leben. Da macht man dann noch ein, zwei Nachgutachten, und das war's dann.'"

Der Spiegel, 4.7.94



Links Prof. Bonte, Institut für Rechtsmedizin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, rechts Prof. Brinkmann vom Institut für Rechtsmedizin Münster.

Der "Beweis" der Selbstmord-Behauptung durch Prof. Brinkmann

Wolfgang Grams wurde die Waffe mit Gewalt entwunden

Blut an der Jacke von GSG 9 Nr. 6

Schußentfernung

Eine Kuriosität: keine Fingerabdrücke auf der Waffe von Wolfgang Grams

Schuß von hinten

Die folgenden Ausführungen stützen sich weitgehend auf die Arbeit des von den Eltern Grams bestellten Gutachters Prof. Bonte, Leiter des rechtsmedizinischen Instituts der Universität Düsseldorf. Aus Gründen der Lesbarkeit haben wir zum größten Teil auf wörtliche Zitate verzichtet (obwohl auch viele Formulierungen - aber nicht alle Wertungen - direkt seinem Gutachten entnommen sind). Alle wichtigen Ergebnisse seiner Gutachten sind in dieses Buch eingearbeitet. Zu Dokumentationszwecken war zuerst ein vollständiger Abdruck im Anhang geplant, er mußte dann aber aus Platzgründen aufgegeben werden.

Prof. Bonte hat in einem ersten Gutachten die Argumente und Schlußfolgerungen der von der StA Schwerin bestellten Gutachter, insbesondere des Münsteraner Rechtsmediziners Prof. Brinkmann und des Wissenschaftlichen Dienstes der Stadtpolizei Zürich (WD), auf ihre wissenschaftliche Richtigkeit und Plausibilität überprüft. In einem zweiten Gutachten hat er Spuren untersucht, die für eine gewaltsame Entwindung von Wolfgang Grams' Waffe sprechen. Diese Spuren waren von der StA Schwerin unter den Teppich gekehrt worden. Schließlich verdanken wir ihm auch den Hinweis auf eine aktuelle Untersuchung aus den USA, die eine weitere "wissenschaftliche" Säule der Schweriner Selbstmordbehauptung, die angebliche Mindestschußentfernung von 1,5 Metern, widerlegt.

Der "Beweis" der Selbstmord-Behauptung durch Prof. Brinkmann

Dem Gutachten von Prof. Brinkmann kommt in der Schweriner Selbstmord-

Argumentation eine ganz zentrale Bedeutung zu. Im Gegensatz zu allen seinen Kollegen inklusive dem hochgelobten WD Zürich ist Prof. Brinkmann nämlich der Einzige, der behauptet, einen Selbstmord beweisen zu können. Alle anderen können letztlich weder

Mord noch Selbstmord ausschließen und das ist infolge der umfangreichen Spurenvernichtung an ganz zentralen Punkten aus gutachterlicher Sicht leider auch das einzig mögliche Ergebnis.

Es ist bemerkenswert, wie Prof. Brinkmann zu seinem "Beweis" kommt. Seine Argumentationskette lautet kurz gefaßt folgendermaßen:

1. unmittelbar nach dem Kopfschuß werden durch den Druck des Projektils kleine Blut- und Gewebspartikel aus der Wunde mehr oder weniger senkrecht nach oben geschleudert
2. Wolfgang Grams wird durch den Kopfschuß sofort atonisch, also völlig bewegungsunfähig und kann die Waffe nicht mehr halten
3. aufgrund des Rückstoßes und des fehlenden Widerstands der (schon atonisch gewordenen) Hand wird die Waffe sofort angehoben; dadurch bleibt die Laufinnenseite fast frei von aufspritzenden Blutpartikeln
4. die Waffe gleitet Wolfgang Grams aus der Hand und fällt neben ihm in's Gleis; obwohl die Waffe wegen der Massenträgheit langsamer ist als die nach oben spritzende Blutfontäne, erreicht sie früher den Boden, weil diese einen größeren Gesamtweg zurückzulegen hat
5. bereits am Boden liegend wird die Waffe von dem fast senkrecht herabregnenden Blut- und Gewebe-Spray ausschließlich linksseitig getroffen. Dadurch entsteht Spritzmuster von überwiegend rundlichen Blutanhaftungen.

Um diese Argumentationskette zu bewerten, soll sie der Reihe nach untersucht werden:

zu 1.

Prof. Brinkmann geht von einer starken Links-Rückenlage bzw. sogar einer Links-Seitenlage des Kopfes aus. Nur dadurch könnte die Blutfontäne nicht weit weg spritzen, sondern in steilem Bogen fast senkrecht direkt neben Wolfgang Grams auf dessen ihm inzwischen aus der Hand und zu Boden gefallene Waffe niederregnen.

Bei der Rekonstruktion der Kopflege stützt sich Prof. Brinkmann auf die Messungen von Prof. Oehmichen, dem von der Staatsanwaltschaft Schwerin bestellten Erstobduzenten. Der von den Anwälten der Eltern Grams bestellte Obduzent Prof. Geserick kam aber bezüglich der Lage der Kopfschußverletzung zu wesentlich anderen Ergebnissen als Prof. Oehmichen. In einem weiteren Gutachten zog deshalb Prof. Bonte zur Klärung der differierenden Ergebnisse Fotografien von der Kopfschußverletzung heran und gelangte bei ihrer Vermessung zu ähnlichen Resultaten wie Prof. Geserick. Ebenso ergab sich eine gute Übereinstimmung mit einer Vermessung des Schußkanals im Gehirn, die im Universitätsspital Zürich durchgeführt worden war. In die Berechnungen wurde ebenfalls der Fundort der beiden Projektilteile im Schotter miteinbezogen, die von allen Gutachtern übereinstimmend mit dem Kopfschuß in Verbindung gebracht werden.

Im Resultat ergibt sich, daß der Kopf von Wolfgang Grams schräg zur Fahrtrichtung auf der Schiene gelegen haben muß. Die Neigung nach links kann aber nur unbedeutend gewesen sein (maximal 18 Grad gegen die Horizontale). Interessanterweise entspricht die berechnete Lage ziemlich gut der Lage während der notärztlichen Behandlung.

Auch in der Frage, in welcher Richtung Blut und Gewebe aus der Einschußwunde abspritzen konnte, geht Prof. Brinkmann von falschen Annahmen aus. Die Kopfhaut wölbt sich im Augenblick des Einschusses durch die expandierenden Gase explosionsartig gegen die Frontfläche der Waffe vor. Sie hat die Tendenz, diese allseitig zu umschließen. Bei allseitig gleichmäßigem Überstülpen könnten Blut- und Gewebsspritzer überhaupt nur gegen die zentrale Frontfläche und in das Laufinnere geschleudert werden.

Aus dem Verlauf des Schußkanals ist nun aber abzuleiten, daß der Lauf nicht genau senkrecht gegen die Kopfhaut gerichtet war, sondern, bezogen auf den liegenden Kopf von der Seite, etwas nach unten links. Das korrespondiert mit der Stanzmarke, die nur oben und rechts sichtbar ist. Genau hierdurch sind auch die beiden Wundrandeindrücke unten und links zu erklären, aus welchen nun in der Tat Blut/Gewebe außerhalb der Kontaktfläche der Waffe abspritzen konnte. Hierdurch ist zugleich erklärt, weshalb die Waffe nur auf der linken Seite und obenauf bespritzt wurde. Prof. Brinkmann irrt, wenn

er behauptet, daß Blut/Gewebe genau oder auch nur annähernd senkrecht nach oben spritzen mußte. Ein Abschleudern konnte nur nach links und unten erfolgen.

zu 2.

Die Annahme einer sofortigen Lähmung ist nach der einschlägigen Literatur keineswegs gerechtfertigt. Hierzu ein Zitat: "Ganz abgesehen von der oft erstaunlich langen Überlebenszeit nach den schwersten Verletzungen (Kopfschüssen, Herzverletzungen) besteht mit ganz wenigen Ausnahmen auch in den meisten Fällen eine ausgedehntere oder geringere Handlungsfähigkeit. Eine sichere Verneinung der Frage, ob der Verletzte noch bestimmte Handlungen vollbracht haben kann, ist nur möglich bei hochsitzenden Rückenmarksläsionen, ausgedehnter Zertrümmerung des Schädels und vollständiger Unterbrechung der cerebralen Blutversorgung".¹

Hirnverletzungen, aus welchen eine sofortige Handlungsunfähigkeit abzuleiten ist, sind dem Gutachten der Züricher Universität nicht zu entnehmen.

Damit soll nicht behauptet werden, Wolfgang Grams wäre noch zu bewußten und gesteuerten Handlungen in der Lage gewesen. Aber es gibt verschiedene Stufen der Handlungsfähigkeit. Hier geht es ausschließlich um die Frage, ob ihm notwendigerweise wegen einer in Bruchteilen von Sekunden einsetzenden Atonie und damit Handlungsunfähigkeit die Waffe sofort aus der Hand fallen mußte, wie es von Prof. Brinkmann unterstellt wird. Das ist sicher nicht der Fall. Das Argument einer sofort einsetzenden atonischen Lähmung ist demnach nicht stichhaltig.

zu 3.

Ein Element von Prof. Brinkmanns Selbstmord-Argumentation ist die angebliche Abwesenheit von Blutanhaftungen im Inneren des Laufs der Czeska von Wolfgang Grams. Dieses Argument ist schon deshalb nicht stichhaltig, weil es keine wissenschaftliche Untersuchung gibt, die einen Zusammenhang zwischen Kontaktdauer und Blutmenge im Laufinnern belegt. Im Gegenteil ist in einer Untersuchung von sicheren Selbstmorden in 20 Fällen von aufgesetztem Kopfschuß wurden nur einmal Gewebespritzer in der Waffe nachgewiesen. Chemische Tests führten in 8 der 20 Fälle zu einem positiven Blutnachweis.

Blut im Lauf der Waffe ist also auch bei aufgesetztem Schuß kein Regelbefund. Aus der Blutmenge im Laufinnern können folglich keine Rückschlüsse gezogen werden.

Ungeachtet der Tatsache, daß das Nichtvorhandensein dieser Spuren nichts beweist, ist noch nicht einmal sicher, daß es diese Spuren wirklich nicht gab. Prof. Brinkmann drückt sich in seinem Schlußgutachten sehr vage aus, indem er von "geringfügigsten Blutanhaftungen" und sogar von "Anhaftungen mit geringfügigen Blutanteilen" spricht. Es wurde aber keine genaue Quantifizierung durchgeführt, was die Aussage "geringfügigste Blutanhaftungen" ja nahelegt. Eine Mischspur mit quantitativ belegtem Anteil von Blut ist erst recht nicht nachgewiesen. Besonders nebensächlich wird Prof. Brinkmanns Argumentation aber, weil die Waffe schon beschossen wurde, bevor er das Laufinnere auf Spuren untersuchte!

zu 4.

Prof. Brinkmann hat überraschende Vorstellungen von der Fluggeschwindigkeit von Blut- und Gewebsspritzern.

In amerikanischen Untersuchungen wird zwischen "low, medium, and high velocity blood-splatter" (langsame, mittelschnelle und sehr schnelle Blutspritzer) unterschieden. Von "low velocity" spricht man, wenn Blut allein durch die Schwerkraft herabfällt. "Medium velocity" haben Spritzer, die beim Schlag auf eine bereits blutende Nase entstehen. "High velocity" kann nur durch Projektile aus Feuerwaffen erzeugt werden. Zum Vergleich: "High velocity" wird nur von aus Langwaffen verfeuerten Geschossen erreicht. Diese sind etwa viermal schneller, als Geschosse aus Faustwaffen.

Es fällt schwer, anhand dieser Beobachtungen eine Zeitschätzung vorzunehmen. Daß es sich aber nur um Millisekunden handeln kann, ergibt sich aus Folgendem: Ursache der

Blut- und Gewebsabspritzung ist die Druckerhöhung im Augenblick des Einschusses. Diese Druckwelle läuft mit einer Geschwindigkeit von etwa 1600 m/sec, ist also wesentlich schneller als das Geschöß. Die Geschwindigkeit der Blutteilchen ist dadurch ebenfalls wesentlich größer als die des Geschosses.

Ebenso schwer kann die Zeit eingeschätzt werden, die eine sofort herabfallende Waffe bis zum annähernden Bodenkontakt benötigt. Da indes im wesentlichen die Schwerkraft eine Rolle spielen dürfte, ist nach dem vorigen von einer "low velocity" auszugehen.

Die Annahme von Prof. Brinkmann, daß die letztere Zeit kürzer ist, als die erstere, ist eine durch nichts belegte Fiktion. Wenigstens bei schräg oder horizontal abspritzenden Teilchen ist zu erwarten, daß diese den Boden der näheren Umgebung weit schneller erreichen als eine aus der Hand fallende Waffe.

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Bemerkung im abschließenden Gutachten von Prof. Brinkmann, die freilich in einem anderen Zusammenhang steht (Frage der Endlage des rechten Arms): "Hinzu kommt die Unwägbarkeit, wie fest im Augenblick der Schußauslösung die Schußhand mit der Waffe verbunden war bzw. wann sie sich löste und wie lange damit die Bewegung des Arms passiv durch die Bewegung der Waffe bestimmt war". Umgekehrt wird bei der Frage nach der Endlage der Waffe erklärt: "Je nachdem, wie lange die Waffe in der Hand des Grams noch fixiert war und ihre Bewegung durch die Armbewegung beeinflußt wurde (...)". Hier werden also Unsicherheiten hinsichtlich des Zeitpunktes der Lösung der Hand von der Waffe deutlich. Gleichwohl soll die Waffe schneller den Boden erreicht haben, als die mit "high velocity" fliegenden Partikel. Prof. Brinkmann widerspricht sich hier selbst.

zu 5.

In seinem Abschlußgutachten behauptet Prof. Brinkmann, Blutspuren hätten sich lediglich auf der linken Seite der Waffe von Wolfgang Grams gefunden. Auf seiner eigenen Handskizze sind jedoch auch auf der Oberseite der Waffe mehrere Blutspritzer auf der linken Seite des Korns eingezeichnet. Auch auf den Fotos der Waffe ist auf der Laufoberfläche oberhalb des "D" von "MODEL 75" eine rötliche Anhaftung zu erkennen. Und Prof. Bär von der Universität Zürich beschreibt eine "wenige mm große Blutspur ab Laufoberseite über Riffelung direkt vor Visier".

Das Spritzmuster der Blutspuren an der Czeska beschreibt Prof. Brinkmann in seinem Zwischengutachten mit "spritzartig", "rundlich", "ovalär ausgezogen" und in einem Fall "ausrufezeichenartig ausgezogen". Prof. Brinkmann schließt insbesondere aus der ausrufezeichenförmigen Spur auf einen aufgesetzten Schuß. Noch auf einer Sachbearbeiterkonferenz, die der WD Zürich im Rahmen seiner Untersuchungen einberufen hat, erwähnt Prof. Brinkmann ein "laufparalleles Spritzspurenmuster", das spezifisch für einen absoluten Nahschuß sei.

In seinem abschließenden Gutachten spricht Prof. Brinkmann dagegen von "ganz überwiegend sogenannten Sprayspuren mit rundlicher Konfiguration. Nur ganz vereinzelt läßt sich eine leicht ovaläre Konfiguration erkennen". Bei der hierzu nicht passende ausrufezeichenförmige Spur findet er nun auf Detailaufnahmen, "daß die Kontur des Anfangsteils des Ausrufezeichens möglicherweise sekundäre Veränderungen aufweist". Die bloße Möglichkeit reicht nachfolgend aus, diese Spur aus den Überlegungen auszuklammern.

Daraus entwickelt Prof. Brinkmann nun ganz andere Schlußfolgerungen als in seinem vorläufigen Gutachten, freilich ohne seine Meinungsänderung kenntlich zu machen: "Das Spurenbild mit den zahlreichen punktförmigen runden Spuren ist dadurch zu erklären, daß entsprechende Blutpartikel senkrecht gegen die Ebene der linken Seite geprallt sind". Und andersherum: "Das Blutspurenmuster an der Waffe läßt sich nicht dadurch erklären, daß das primär aus den Wunden austretende Blut tangential gegen den Lauf prallte. Form und Verteilung der Spuren sprechen eindeutig hiergegen". So bleibt angeblich nur die Möglichkeit, daß die bereits auf dem Boden liegende oder sich dahin bewegende Waffe von einem herabregnenden Spray getroffen wurde.

Prof. Brinkmann ignoriert also seine eigenen Beobachtungen, um zum gewünschten Ergebnis zu kommen.

Aber das ist noch nicht alles. Die Annahme, daß die Bespritzung der auf dem Boden

liegenden Waffe ein zwingendes Indiz für Selbstmord sei, ist nur bei oberflächlicher Betrachtung plausibel. Was für die Waffe gilt, muß nämlich auch für die Opfer-Hand gelten. Es gibt keinen Grund anzunehmen, daß die Waffe den Boden grundsätzlich eher erreicht, als die Hand. Das würde bedeuten, daß auch die Hand sekundär bespritzt werden kann. Wäre es so, dann hätte allerdings eine allgemein akzeptierte rechtsmedizinische Regel keine Berechtigung, die in allen Lehrbüchern nachzulesen ist: die Regel nämlich, daß Blut- und Gewebespritzer auf der Hand des Opfers Selbsttäterschaft beweisen. Es sind ja zahlreiche Konstellationen vorstellbar, bei welchen die Opferhand - folgt man der Argumentation von Prof. Brinkmann - auch bei Fremdtäterschaft sekundär bespritzt wird. Prof. Brinkmann setzt sich hier also in Widerspruch zu der rechtsmedizinischen Lehrmeinung. Bei den Blutspuren an der Waffe von Wolfgang Grams handelt sich um einen Regelbefund bei direkter, auch streifendem Anspritzung. Die Schlußfolgerung, daß das Spurenmuster nur durch sekundäres "Herabregnen" erklärt werden kann, ist falsch.

Damit sind aber alle Glieder der Argumentationskette von Prof. Brinkmann widerlegt! Die Waffe wurde noch beim Ansetzen an die Schläfe mit Blut- und Gewebesteilen bespritzt. Alle anderen Überlegungen sind abwegig und überflüssig. Auch die Lokalisation der Spuren auf der Waffe ist mit einer normalen Handhaltung ohne weiteres vereinbar. Ein Rückschluß auf Selbsttäterschaft ist wissenschaftlich nicht haltbar.

Spurenvernichtung durch Prof. Brinkmann

Aus einem Vermerk des LKA Mecklenburg-Vorpommern ergibt sich, daß die auf Blutspuren untersuchte Bekleidung der Beamten der GSG 9 auf eigene Initiative der RM Münster auch auf Fremdfasern untersucht worden ist. Es ist aus dem Gutachten des Münsteraner Professors Brinkmann an keiner Stelle ersichtlich, was diese Untersuchungen auf Fremdfasern gebracht haben soll. Stattdessen hat sie frühzeitig Untersuchungen unmöglich gemacht, die von zentraler Bedeutung gewesen wären, vor allem die Bestimmung der Schußentfernung der GSG 9 zu Wolfgang Grams und die genauere Untersuchung der Blutspuren von Wolfgang Grams an der Jacke von GSG 9 Nr. 6, die ihn möglicherweise als Täter hätten überführen können.

Im Zusammenhang damit, daß Prof. Brinkmann der einzige Gutachter ist, der die Schweriner Selbstmord-Behauptung mit einem "Beweis" stützt - ein Beweis, der vollständig unhaltbar ist und in dem er sich an einigen Stellen über seine eigenen Untersuchungsergebnisse hinwegsetzt - ergibt sich ein sehr zwielichtiges Bild dieses "Experten".

Wolfgang Grams wurde die Waffe mit Gewalt entwunden

Schon der Erstobduzent der StA Schwerin, Prof. Oehmichen, entdeckte eine "streifenförmige, getreidekorngroße Oberhautabschürfung (...) an der Außenseite der Schwimmhaut zwischen Zeigefinger und Daumen, praktisch querfingerbreit oberhalb des Handgelenks gelegen. Von hier aus erkennt man eine streifenförmige Rötung". Auch Prof. Bär vom IRM Zürich beschreibt diese Verletzung: "Die Haut innerhalb des Daumen-Zeigefingerwinkels zwischen 1. und 2. Strahl am Handrücken mit streifiger, halbovaler, oberflächlich geschürfter Hautveränderung von ca. 4 cm maximaler Schenkellänge und ca. 4 mm Breite; eine Schürfrungsrichtung kann nicht bestimmt werden".



Links die Pistole Czeska 75 Brunner, rechts die Schürfung an der Hand

Entwindungsgriff

Prof. Bär stellt auch Überlegungen zum möglichen Ursprung dieser Verletzung an: "Die Waffe CZ 75 des Grams weist hinten am Griffstück oben eine zungenartige metallene

Kontur auf, die teils leicht kantig gestaltet ist. Zusätzlich muß, da Grams ja aus seiner Waffe Schüsse abgegeben hatte, der Schlaghammer in gespannter Stellung gestanden haben. (...) Bei Drehung der Waffe in der sogenannten Hochachse überstreicht dieser Schlaghammer eine Zone, die dem Bereich der an der rechten Hand des Grams festgestellten Schürfung in etwa entspricht. Bei entsprechend grosser Kraftaufwendung, etwa beim brüsken Nachhinten- und -obendrücken des Waffenlaufes und bei gleichzeitiger Verdrehung der Waffe in der Hochachse kann es zu einem gewaltsamen Kontakt mit Reiben des Schlaghammers an der Haut kommen (...) Diese Schürfung an der rechten Hand des Grams könnte nach diesen Überlegungen deshalb durch den Schlaghammer am Waffenrücken der CZ 75 infolge eines sehr engen, gewaltsamen und eventuell unfreiwilligen Kontakts der rechten Hand des Grams mit diesem Schlaghammer entstanden sein. Es ist dabei auch an einen sogenannten Griff zur Entwindung der Waffe (= Entwindungsgriff) aus der Hand zu denken".

Während Prof. Bär in seinem Gutachten für die StA diesen Gedanken entwickelt, geht es in der veröffentlichten Auseinandersetzung noch um die Frage, ob die Waffe links oder rechts neben Wolfgang Grams lag, den kein GSG 9-Beamter je überhaupt berührt haben will.

Der wissenschaftlich gestützte Beweis, daß dies gelogen ist und die Öffentlichkeit mit Scheindiskussionen eingeschläfert wird, hätte damals vielleicht noch das glanzlose Ende der Selbstmord-Behauptung bedeuten können.

Und so ergibt es sich, daß Prof. Bär seinem Gutachten auch eine entschärfende Alternativargumentation beilegt 2: "Andererseits ist (...) aus einer Videoaufnahme des am Boden liegenden Grams (...) aber ersichtlich, daß die rechte Hand des Grams in jenem Zeitpunkt der notärztlichen Behandlung unterhalb des rechten Gesäßes - scheinbar wie eingeklemmt und mit dem Handrücken bodenwärts (schotterwärts) verdreht - gelegen hatte. Damit ist nicht mehr auszuschließen, daß die angesprochene halbovaläre Hautabschürfung am rechten daumenseitigen Handrücken durch einen Kontakt mit einem Schotterstein, etwa beim Hervorziehen, respektive Hervordrehen des rechten Vorderarmes (zur anschließenden Blutdruckmessung ?), entstanden war".

In heiklen Fällen hat die StA Schwerin öfter noch einen weiteren Gutachter hinzugezogen, so auch dieses Mal und zwar wieder Prof. Sellier: "Dreht man aber die Waffe um ihre Hochachse im Uhrzeigersinn (von oben her gesehen), so verliert der Hahn nach etwa 30 Grad Drehung zwangsläufig den Kontakt mit der Haut, (...) so daß zwar möglicherweise der imponierende Teil der Hautveränderung erklärt werden kann, nicht aber die übrigen bogenförmigen (...) Ich meine, daß sie (die Hautveränderung, d. Verf.) durch Berührungen des Handrückens mit dem Schotter sehr gut erklärt werden kann, denn Grams ist durch die Rettungsmaßnahmen mehrfach gewendet worden. Dabei lag die (rechte) Hand auch unter seinem Körper und wurde dabei (durch seine Körpermasse) gepreßt mit den entsprechenden Folgen."

Gutachten der Anwälte

Die Anwälte der Eltern Grams haben dieses Untersuchungsergebnis von Prof. Bonte überprüfen lassen. Prof. Bonte kommt aufgrund eigener experimenteller Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß die Verletzung aller Wahrscheinlichkeit von einem Entwindungsgriff herrührt. Er hat dazu verschiedene denkbare Versionen eines Entwindungsgriffes durchgespielt 3, bei denen er im Prinzip vergleichbare Ergebnisse erzielte. Es zeigte sich indes, daß das Versuchsergebnis durch zwei Faktoren entscheidend beeinflusst wurde: dem Ausmaß der Anhebung des Laufs nach oben und dem Grad der lokalen Gewalteinwirkung durch das Hahnende.

Wird der Lauf nur wenig nach oben gedrückt, dann stellt sich der von Prof. Sellier beschriebene Effekt ein: sowohl das Hahnende, als auch die Lippe des oberen Griffrückens werden auf den Handrücken gedrückt. Sowohl die Lippe als auch das Hahnende hinterlassen kurze, gering bogenförmige, und durchbrochene Abblassungen. Bei stärkerer Anhebung des Laufs berührt indes ausschließlich das Hahnende den Handrücken. Welche lokale Veränderung sich unter dieser Voraussetzung einstellt, hängt jetzt nur noch vom Grad der Gewalteinwirkung ab. Immer zu sehen ist eine bogige Abblassung, deren Konfiguration weitgehend der Rötung auf dem rechten Handrücken

von Wolfgang Grams entspricht. Wird die Waffe mit äußerster Kraft entwunden, dann entsteht ebenfalls zunächst eine bogige Abblassung, die am Beginn der Spur unter Umständen deutlich, im übrigen Verlauf aber äußerstenfalls ganz oberflächlich angeschürft ist.

Der Sellier'sche Einwand gilt also nur, wenn der Lauf gering oder gar nicht angehoben wird. Um eine sichtbare Spur zu hinterlassen, muß ferner erhebliche Gewalt eingesetzt werden. Forcieren läßt sich dieses, wenn im Rahmen der Entwindung der Daumen zwischen Hahn und Lauf gelegt wird - wie es sinnvoll wäre, um eine unbeabsichtigte Schußauslösung während der Entwindung zu verhindern - , wodurch lokal ein zusätzlicher Druck ausgeübt wird.

Die von Prof. Bär entwickelte Alternative ist prinzipiell denkbar. Tatsächlich ist auf Aufnahmen vom Tatort eine Lageänderung des rechten Arms von Wolfgang Grams zu erkennen, auch wenn man deshalb nicht gleich, wie Prof. Sellier, von "mehrfachem Wenden" sprechen kann. Zunächst liegt die Hand unter dem Gesäß, sie ist stark nach außen zu abgewinkelt, der Arm leicht gebeugt. Der vordere Handrücken zwischen den Grundstrahlen von Daumen und Zeigefinger ist möglicherweise genau nach unten gekehrt, liegt also dem Schotter auf. Auf der folgenden Aufnahme liegt der Arm ausgestreckt neben dem Verletzten, könnte also in der Zwischenzeit unsanft herausgezogen worden sein. Daß sie bei der letzteren Alternative verletzt werden konnte, ist vorstellbar.⁴

Zur Verifizierung führte Prof. Bonte auch mehrere Versuche mit Gleisschotter durch. Dabei konnten zwar im Selbstversuch regelmäßig Hautabschürfungen erzeugt werden, die aber ein anderes Aussehen hatten, als der Befund auf dem rechten Handrücken von Wolfgang Grams. Es entstanden haarfeine Schürflinien, oftmals mehrere, die streng parallel liefen. Sie waren von einer unregelmäßigen Hautrötung umgeben. Eine andere Frage war, ob beim Herausziehen der Hand unter dem Gesäß ein so auffallender, geometrisch regelmäßiger Befund erzeugt werden kann, wie er auf dem Handrücken von Wolfgang Grams festgestellt wurde. Mit Sicherheit kann gesagt werden, daß ein bloßes Herausziehen an der Hand, am Ellenbogen oder an Hand und Ellenbogen gleichzeitig eine nahezu lineare, aber keine viertelelliptische Hautveränderung erzeugt. Theoretisch vorstellbar wäre, daß ein fließender Übergang von einem anfänglichen Zug an der Hand zu einem nachfolgendem Zug am Ellenbogen einen solchen Befund hervorruft. Bei den Experimenten ist dieses nicht gelungen, nicht einmal annähernd.

Gegenläufige Bewegungsrichtung

Prof. Bonte weist noch auf ein weiteres wichtiges Indiz hin, daß gegen die von Prof. Bär entwickelte Theorie spricht: "Wenn man auf den - unwahrscheinlichen Fall einer viertelellipsigen Hautveränderung abstellt, muß man von einer Schürfrichtung ausgehen, die jener durch den Hahn der Waffe genau entgegenläuft: Beginn am Daumengrundgelenk und Ende auf der Schwimnfalte handgelenkwärts. Noch wichtiger ist die Beobachtung, daß nur am Beginn der Hautveränderung eine eindeutige Hautabschürfung entsteht, in diesem Fall also am Daumengrundgelenk und nicht im Zeigefinger-Daumen-Winkel wie bei Wolfgang Grams. Das ist auch theoretisch nachvollziehbar: Der primäre Auflageort der Hand auf dem Schotter ist der stärksten (und längsten) Belastung durch das Gesäß ausgesetzt; beim Herausziehen kommt es zu einer allmählichen Entlastung.

Auch wenn man also zwei jeweils für sich unwahrscheinliche und im Experiment nicht bestätigte Verletzungsmechanismen unterstellt, gleichmäßig breite oberflächliche Hautabschürfung oder Rötung und viertelellipsige Schürffigur durch einen Schotterstein, bleibt ein eindeutiger Widerspruch bestehen: die markante und lokal betonte Hautabschürfung würde mit Sicherheit am daumennahen Ende der Verletzung liegen und nicht am handgelenksnahen, wie im Fall Wolfgang Grams."

Prof. Bonte kommt daher zu folgendem Schluß: "Die auf dem rechten Handrücken von Wolfgang Grams festgestellte bogenförmige Hautabschürfung und -rötung läßt sich widerspruchsfrei durch einen streifenden Kontakt mit dem Hahnenende im Rahmen eines Entwindungsgriffs erklären. Form und Aussehen der Hautveränderung sind im

Experiment in weitestgehender Annäherung reproduzierbar. Auch beim Herausziehen der zwischen Schotterbett und Gesäß eingeklemmten Hand hätte es im Prinzip zu einer Verletzung am gleichen Ort kommen können. Es ist unwahrscheinlich, daß dabei eine regelmäßige viertelelliptische Rötung ohne durchgehend sichtbare Hautabschürfung entstanden wäre. Mit Sicherheit wäre es zu einer umschriebenen Hautabschürfung in der Nähe des Daumengrundgelenks gekommen, nicht aber im handgelenksnahen Bereich, wie im vorliegenden Fall."

Blut an der Jacke von GSG 9 Nr. 6

Prof. Brinkmann kommt nach der spurenkundlichen Untersuchung der Bekleidung der Einsatzkräfte zu folgendem Schluß: "Zusammenfassend ergibt sich, daß nur an der Jacke von GSG-9 Nr. 6 humanes Blut nachgewiesen werden kann, welches Herrn Grams zugeordnet werden kann." Diese Blutspur ist seinen Angaben nach wenig aussagekräftig: "Die kontaktartige, formlose Ausprägung dieser Spur und ihre Lokalisation an der Rückseite des rechten Ärmels weisen nicht zwangsläufig auf einen bestimmten Entstehungsmechanismus hin". Will sagen, sie hätten auch bei einer Berührung von Wolfgang Grams durch den GSG 9-Beamten, etwa beim Abtransport in das Krankenhaus, entstehen können. Daraus schließt er, daß GSG 9 Nr. 6 nicht der Mörder gewesen sein kann. Das ist aber ein doppelt falscher Schluß.

Spuren: vernichtet

Erstens gibt es noch eine andere Erklärung für die undeutliche Ausprägung dieser Spur. Hierzu wurden Klebefolien-Abzüge hergestellt. Es liegt auf der Hand, daß dadurch 1. Spuren ausgedünnt werden können, danach also quantitativ nicht mehr erfaßbar sind und daß 2. gerade feine Spritzspuren, wie sie durch das aus der Wunde herausgeschleuderte Blut- und Gewebespray entstehen können, nach dem vollflächigen Abkleben der Kleidung mit Adhäsionsfolie nicht mehr als solche erkennbar sind. Die Frage ist also, ob die Abklebung der GSG 9-Bekleidung vor oder nach der serologischen Untersuchung geschah. Bei der Untersuchung der Bekleidung von Wolfgang Grams wurde folgendermaßen vorgegangen : "Zur Sicherung von Mikrospuren (Kontakt- bzw. Faserspuren) wurden zuerst alle Kleidungsstücke mit Adhäsionsfolie abgeklebt". Die Unterstreichung stammt von Prof. Brinkmann. Er weist damit also ganz gezielt auf die aus seiner Sicht richtige Reihenfolge hin. Sollte er entgegen seiner Überzeugung bei der Untersuchung der Bekleidung der Einsatzkräfte anders vorgegangen sein? Ganz offenbar nicht, denn Prof. Bär von der Züricher Universität entdeckt auf den im Institut für Rechtsmedizin Münster entnommenen Klebefolien an der Vorderseite der Jacke und der Hose von GSG 9 Nr. 6 eine Mischspur aus Gewebe- und Blutkrüstchen. "In dieser Mischspur kann anteilmäßig Grams nicht ausgeschlossen werden, da er zwei der drei Merkmale auch besitzt" Daß Prof. Brinkmann diese Spuren nicht gefunden hat, muß demnach heißen, daß er entweder nicht (sorgfältig) gesucht hat oder daß die Kleidung vor der Untersuchung auf Blutspuren abgeklebt wurde. Sein negativer Befund ist in beiden Fällen bedeutungslos.

Nun könnte man meinen, es sei gleichgültig, ob sich die Spuren im Original auf der Bekleidung oder quasi als Abklatsch auf der Folie befinden. Aber, wie Prof. Bär es ausdrückt "Da der genaue Entnahmeort (nur Vorderseite der Jacke, respektive Hose) dieser Klebefolien nicht rekonstruierbar ist und somit eine genauere Zuordnung der in den Klebefolien haftenden Gewebepartikel an bestimmte Partien an der Vorderseite der Kleider nicht möglich ist, (...) sind weitergehende Interpretationen aus unserer Sicht nicht möglich."

Wichtig ist auch, daß die Unterlagen des Züricher Gutachtens darauf hindeuten, daß eine Hälfte der Klebefolien zuerst zur Schmauchspurenbestimmung an den WD Zürich gingen. Darauf weist jedenfalls die Bemerkung im Gutachten des WD der Stadtpolizei hin, es sei versucht worden, "je auf der halben Abklebefolie allfällig vorhandene Schmauchpartikel sichtbar zu machen". An anderer Stelle im WD-Gutachten heißt es: "Am 30.8.1993 erhielten wir vom IRM Münster unter anderem zwei Abklebefolien, mit denen an diesem Institut ab der Jacke des GSG 9-Beamten Nr. 6 Mikrospuren gesichert worden waren".

Dann folgen Ausführungen, wie diese Folien behandelt wurden. Die Weinsäure/Natriumrhodizonat-Methode wird beschrieben. Sie ist unzweifelhaft geeignet, biologische Spuren zu zerstören oder zu beseitigen. D.h. daß auf der Hälfte der Klebefolien eventuelle Blutspuren ohne Untersuchung vernichtet wurden. Die Ergebnisse der Blutspurenuntersuchung sind also wenig aussagekräftig. Sie besagen nicht mehr, als daß die Bekleidung des GSG 9-Beamten Nr. 6 nicht nur an der Rückseite des rechten Ärmels, sondern auch an der Vorderseite von Jacke und Hose Blutspuren aufwies, die Wolfgang Grams zugeordnet werden können. Ob es sich ursprünglich um geringste sekundäre Kontaktsuren oder um umfangreichere Anspritzungen gehandelt hat, ist angesichts der insuffizienten Handhabung bereits im Vorfeld der Untersuchungen nicht mehr zu entscheiden.

Theoretische Grundlagen: falsch

Zweitens: Es ist nach den vorliegenden mangelhaften Untersuchungsergebnissen nicht zwingend abzuleiten, daß sich der Beamte Nr. 6 in unmittelbarer Nähe von Wolfgang Grams aufhielt, als der Kopfschuß fiel, was für seine Täterschaft Voraussetzung wäre. Prof. Brinkmann dreht das Problem nun aber genau in die andere Richtung. Er erklärt kategorisch: "Jedenfalls scheidet insoweit eine Entstehung durch das unmittelbare Schußgeschehen aus. Der Unterarm des rechten Ärmels sowie die anderen Teile dieser Jacke sind frei von Blutspuren". Selbst, wenn man die obigen Einwände gegen die Qualität der Untersuchungen nicht gelten lassen will, ist diese Behauptung falsch. Prof. Brinkmann geht bei seinen Schlüssen wiedereinmal unabhängig vom konkreten Spurenbefund von falschen Voraussetzungen aus. Zum einen stützt er sich auf die irrige Vorstellung "des ideal hinter der Waffe befindlichen Körpers" - in leicht vornübergebeugter Haltung mit ausgestrecktem Arm und Lauf der Waffe quasi in der Verlängerung des Arms, wie beim Übungsschießen, womöglich mit Abstützung durch die andere Hand. In Wirklichkeit hätte ein Fremdtäter aber die Hand stark zum Handrücken hin abwinkeln müssen. Die Waffe muß ja bei Schußabgabe einen Winkel von äußerstenfalls 36 Grad gegen den Erdboden gehabt haben, und das in einer Höhe von etwa 35 cm. Da nun aber Blut und Gewebe nur nach hinten und unten abspritzen konnte, also vom Schützen weg, befand sich der Körper in einem "toten Winkel" (der von Prof. Brinkmann an ganz anderer Stelle bemüht wird). Es mußte also keineswegs zwingend zu einer Bespritzung der Täterbekleidung kommen. Das zweite Gegenargument geht in dieselbe Richtung, ist aber von allgemeinerer Bedeutung. Es ist aus der einschlägigen Literatur zu erfahren. Um Mißverständnissen vorzubeugen: es geht dabei um die Schußhand von Selbstmördern. Was für die Hand des Selbstmörders gilt, gilt aber logischerweise ebenso für die Schußhand eines Fremdtäters. Und was für die Hand gilt, gilt schon gar für weiter vom Einschuß entfernte Gegenstände, wie die Täterbekleidung. Hierzu zwei Zitate: Prokop: "Wir warnen davor, aus dem Fehlen der Beschmauchung oder Blutbespritzung der Schußhand zu weitgehende Schlüsse ziehen zu wollen. Wir haben genügend Selbstmorde mit aufgesetzter Waffe gesehen, wo diese Stigmata fehlten".⁵ Sellier: "Allerdings sind Blutspritzer bei einem aufgesetzten Schuß nicht obligatorisch, d.h. das Fehlen von Spritzern schließt einen Schuß mit aufgesetzter Waffe nicht aus (Beobachtung an eigenen Fällen von sicherer Selbstbeibringung)".⁶ Auch wenn man also alle Einwände ignorieren möchte und davon ausgeht, daß sich an der Jacke des Beamten keine tatrelevanten Spuren befanden, ist aus dem Fehlen einer Bespritzung keineswegs zu schließen, daß der Betreffende als Täter ausscheidet. Und das gilt natürlich auch für alle anderen untersuchten Beamten.

Auch wenn es eigentlich nicht mehr wichtig ist, muß am Rande noch einmal an den seltsamen Diebstahl einer blutbeschmierten Jacke aus den Räumen des Wissenschaftlichen Dienstes im September 93 erinnert werden. Dieser Diebstahl des Blousons von GSG 9 Nr. 6 erfolgte erst, als die Untersuchungen schon abgeschlossen waren. Angesichts obiger Untersuchungsergebnisse stellt sich die Frage, ob es sich bei diesem Diebstahl um eine Finte handelte, die auf eine falsche Fährte führen sollte.

Schußentfernung

Die Kioskverkäuferin Baron hat in ihrer Vernehmung mehrfach ausgesagt, daß zwei Männer nacheinander an den schon im Gleis liegenden Wolfgang Grams herantraten und mehrere Schüsse auf ihn abgaben.



Dr. Pfister, Leiter des Wissenschaftlichen Dienstes (WD) der Stadtpolizei Zürich

Eigentlich hätte die Überprüfung dieser Aussage kein Problem sein müssen, denn eine Besonderheit der von der GSG 9 eingesetzte Waffe Heckler & Koch P 7 ist, daß sie noch auf 10 m Entfernung einen ungewöhnlich genau definierten Schmauchkegel erzeugt, anhand dessen die Schußentfernung gut bestimmt werden kann. Daß eine genaue Schußentfernungsbestimmung dennoch nicht möglich war, wird von Dr. Pfister vom Wissenschaftlichen Dienst Zürich nach Versuchen folgendermaßen begründet: "Daraus ergibt sich, daß eine vor der Schmauchspurenasservierung durchgeführten Mikrospurensicherung mit Abklebefolie das Schmauchspurenbild derart verfälscht, daß aufgrund der verbleibenden Schmauchspuren keine Schußdistanzbestimmung mehr vorgenommen werden kann."

Dr. Pfister beschritt daher einen neuen Weg. Eine Besonderheit der von der GSG 9 eingesetzten "Action"-Munition ist nämlich, daß das Geschöß über eine Hohlspitze verfügt, der eine Kunststoffabdeckung aufsitzt. Nach der Produktbeschreibung des Herstellers verläßt diese Kunststoffabdeckung "die Laufmündung mit höherer Geschwindigkeit, als das Geschöß. Durch ihren asymmetrischen Aufbau wird sie sofort aus der Flugbahn des Geschosses gebracht und fällt einige Meter vor der Mündung energielos zu Boden."

Diese Angabe scheint nach den Ergebnissen von Schußversuchen nicht ganz zuzutreffen. Nach Dr. Pfister durchschlugen die Kunststoffabdeckungen "zum Teil, selbst bei einer Schußdistanz von 6 Metern, zwei aufeinandergelegte Kartons mit einer Dicke von je 2 mm". Dr. Pfister folgert hieraus: "Aufgrund dieses Untersuchungsergebnisses sind die kleinen Perforationen in den Kleidern und die korrespondierenden Hautdefekte am Körper von Wolfgang Grams erklärbar, da sie unseres Erachtens durch die vorerwähnten Kunststoffabdeckungen entstanden".

Dieser Ansatz ist im Prinzip schlüssig. Dr. Pfister macht aber bei der praktischen Umsetzung zwei methodische Fehler. Erstens zieht er seine Schlüsse aus einer Versuchsreihe von lediglich 20 Schuß, was aber für eine statistisch sichere Aussage völlig unzureichend ist. Der von der Staatsanwaltschaft Schwerin zusätzlich hinzugezogene Gutachter Prof. Sellier begnügt sich sogar mit einer Versuchsreihe von nur neun Schüssen.

Zweitens geht er bei der Zuordnung der von den Kunststoffkappen verursachten Hautdefekte etwas eigenwillig zu Werke. Eine sichere Zuordnung ist zweifellos möglich, wenn nur ein Schuß gefallen ist und von diesem ein Einschußloch und ein Kappendefekt verursacht wurde. Im vorliegenden Fall wurden aber etwa dreißig Schüsse auf Wolfgang Grams abgegeben. 25 Projektile müssen an ihm vorbeigeflogen sein. Es ist aber keineswegs auszuschließen, daß er von zugehörigen Kunststoffabdeckungen getroffen wurde. Ebenso wenig ist auszuschließen, daß er von einem Projektil getroffen wurde, die zugehörige Kunststoffabdeckung aber an ihm vorbeiflog. Dr. Pfister nimmt letzteres sogar für den streifenden Durchschuß der linken Lende an. Beweisen läßt sich diese Annahme aber nicht.

Schließlich berücksichtigt er auch nicht, daß er seine Versuchsreihe unter Laborbedingungen durchführte. Welchen Einfluß z.B. die Windverhältnisse vor Ort auf die Flugbahn der 0,1 gr leichten Plastikkappen haben, ist nicht geklärt.

Das Problem hat Dr. Pfister im Prinzip erkannt. Er wollte ihm dadurch begegnen, daß er seiner Auswertung die jeweils kürzesten möglichen Abstände zugrundelegt. Er kommt dabei zu Abständen von 12, 7, 10 und 8 cm.⁷

Dr. Pfister ignoriert letzten Endes die auch von ihm selbst zur Sprache gebrachten großen prinzipiellen Unsicherheiten der von ihm angewandten Methode und formuliert als Ergebnis, daß die Schußdistanz in jedem Fall mindestens 1,5 m betragen haben muß.

Prof. Sellier glaubt nach nur 9 Schüssen sogar von einer Schußentfernung von "mehreren Metern" sprechen zu können. Aber auch aus 1,5 m Entfernung könnte ein über einer liegenden Person stehender Schütze nur unter großen Verrenkungen schießen.

Die Staatsanwaltschaft Schwerin nimmt dieses Untersuchungsergebnis gerne entgegen und informiert auch sogleich die Medien. Das objektive wissenschaftliche Gutachten des unfehlbaren WD Zürich ist ihr ein willkommener Beitrag zur Demontage der Zeugin Baron.

Im Mai 1994 ist eine Untersuchung zu einem ähnlich gelagerten Fall erschienen, die sich auf eine statistisch ausreichende Versuchsreihe von 250 Schüssen mit der von der GSG 9 benutzten Munition stützt. Die Autoren schossen aus Entfernungen von einem bis zehn Metern jeweils 25 Mal. Aus 1 m Entfernung erzielten sie Abweichungen 0 bis 10 cm, aus 2 m Entfernung 0 bis 13 cm, aus 3 m Entfernung 0 bis 16 cm usw. Daraus folgt, daß drei der vier vom WD Zürich benannten Schüsse (7, 8 und 10 cm) aus einer Entfernung von 1 Meter und weniger abgegeben worden sein können. Die Autoren weisen aber darauf hin, daß diese Untersuchungsmethode in erster Linie zur Überprüfung konkreter Zeugenbehauptungen in Frage komme, die in extremen Fällen bestätigt oder widerlegt werden könnten.

Daß die Zeugin Baron durch diese Untersuchung eher bestätigt als widerlegt, wird liegt auf der Hand. Damit wäre eigentlich eine neue Pressekonferenz der Staatsanwaltschaft Schwerin fällig.

Eine Kuriosität: keine Fingerabdrücke auf der Waffe von Wolfgang Grams

Der Versuch, auf der Tatwaffe Fingerabdruckspuren nachzuweisen, hat ein negatives Ergebnis gebracht. Das muß erstaunen, da doch sicher davon ausgegangen werden kann, daß mehrere Personen die Waffe in der Hand gehabt haben und zumindest Wolfgang Grams, aber auch alle GSG 9-Männer haben keine Handschuhe getragen. "Verständlich" wird es aber, wenn man verfolgt, in welcher Reihenfolge die verschiedenen Untersuchungen an der Waffe vorgenommen wurden.

Sie ging zunächst zum BKA, wo sie beschossen wurde. Ferner wurden spurenkundliche Untersuchungen durchgeführt. Die Waffe wurde danach an Prof. Brinkmann weitergereicht. Er führte eine ausführliche spurenkundliche Untersuchung durch, bei der u.a. biologische Spuren für analytische Zwecke abgenommen wurden. Sie wurde dann nach Zürich gebracht. Der Wissenschaftliche Dienst Zürich asservierte zunächst biologische Spuren. Die Waffe wurde dann mit Klebeband abgetupft und an Prof. Bär weitergereicht, der wiederum biologische Spuren abnahm. Erst danach wurde sie nach Fingerabdrücken untersucht. Dabei bleibt unklar, ob der Züricher Beschuß der Waffe womöglich auch noch vorausging.

Natürlich müssen Fingerabdruckspuren unter so einer Fülle vorhergehender Untersuchungen leiden - obwohl sie sicher mit Schutzhandschuhen erfolgten, sonst müßten ja Fingerabdrücke der Untersucher vorhanden gewesen sein. Daß schließlich keine Fingerabdrücke mehr vorhanden waren, kann nur heißen, daß sie über einen längeren Zeitraum Stück für Stück vernichtet wurden. Auf diesem Weg kann der letzte Schütze nicht mehr ermittelt werden.

Ein Hintergrund dieser gravierenden "Panne" könnte sein, daß die GSG 9 in Bad Kleinen keine Handschuhe trug.

Schuß von hinten

Prof. Oehmichen vermerkt bei der Erstobduktion von Wolfgang Grams zu dem Durchschuß am linken Mittelbauch die rückwärtige Schußwunde als Einschuß und die vordere als Ausschuß. Der von den Eltern Grams beauftragte Zweitobduzent, Prof.

Geserick, schließt sich dem unter Vorbehalt "offenbar" an. Prof. Brinkmann meldet ebenfalls Vorbehalt an aufgrund eines eventuellen Schürfsaumes (als Zeichen für einen Einschuß) bei der vorderseitigen Schußwunde an. Hinsichtlich des Schürfsaumes kommen Oehmichen, Geserick und Brinkmann aber zu drei unterschiedliche Beobachtungen: nur hinten, vorne und hinten und nur vorne. Außerdem weist Prof. Sellier darauf hin, daß auch am Ausschuß ein Schürfsaum entstehen kann. Er ist daher doch kein sicheres Einschußzeichen.

Prof. Bär vom IRM Zürich findet keinen Unterschied in der Schmauchkonzentration, beruft sich aber wegen Epithelfähnchen auf eine andere Untersuchung, derzufolge das auf die Schußrichtung hindeute und geht deshalb von der vorderen Wunde als Einschuß aus. Die angeführte Untersuchung enthält indes nicht den geringsten Hinweis auf die von ihm gezogene Schlußfolgerung.

Dr. Pfister vom WD Zürich bezieht die Umhängetasche von Wolfgang Grams mit ein, deren Durchschuß in der Verlängerung des Schußkanals liegt. Die Umhängetasche hing vor ihm. An ihrer Vorderseite meint er eindeutig einen Einschuß feststellen zu können. Die Schmauchspurenhäufigkeit ist in entgegengesetzter Richtung abnehmend: am Pollunder hinten fünf Partikel, an der Rückseite der Tasche drei, an der Vorderseite ein Partikel. Auch wenn keine quantitative Schmauchbestimmung durchgeführt wurde, kann hieraus doch wohl abgeleitet werden, daß die Schmauchkonzentration von hinten nach vorn abnimmt. Das spricht für eine Schußrichtung von hinten nach vorn.

S. Berg, Grundriß der Rechtsmedizin, München 1984

Eine Methode, die sich nicht nur im Fall Bad Kleinen bewährt hat: eine Argumentation kann noch so unplausibel sein, wenn sie nur "wissenschaftlich" daherkommt, läßt sich mit ihr jeder unliebsame Fakt relativieren.

Das SEK Nordrhein-Westfalen wollte leider keine Auskunft geben, wie so ein Entwindungsgriff polizeilich korrekt angesetzt wird.

Weniger vorstellbar ist, daß das Notarzt-Team dieses in Kauf nahm, obwohl das Legen venöser Zugänge zu den ersten Notmaßnahmen gehört. Auch der Handrücken bietet sich hierfür an. Tatsächlich haben sowohl Prof. Oehmichen als auch Prof. Geserick auf dem rechten Handrücken eine Punktionsstelle beschrieben.

O. Prokop, W. Göhler, Forensische Medizin, Stuttgart 1976

K. Sellier, Schußwaffen und Schußwirkungen, Lübeck 1982

Prof. Bonte hat in seinen Untersuchungen anhand der gleichen Unterlagen festgestellt, daß die Angaben Dr. Pfisters unzutreffend sind. In drei Fällen sind sie nicht haltbar, in einem Fall ergibt sich sogar ein möglicher Abstand von lediglich 4 cm, was nach den von Dr. Pfister vorgelegten Experimentalergebnissen einer Schußentfernung von nur 75 cm entsprechen. In einem anderen Fall ist sogar ein Nahschuß aus etwa 25 cm Abstand konstruierbar.